

Universität
Rostock



Traditio et Innovatio

ERNST MORITZ ARNDT
UNIVERSITÄT GREIFSWALD



Wissen
lockt.
Seit 1456

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Politik- und
Verwaltungswissenschaften
Arbeitsstelle politische Bildung

Philosophische Fakultät
Institut für Politik- und
Kommunikationswissenschaft
Forschungsstelle Rechtsextremismus

Evaluation der Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern

Abschlussbericht

Greifswald und Rostock
- September 2010 -

Prof. Dr. Hubertus Buchstein
Dr. Gudrun Heinrich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
1. Einleitung	4
2. Das Konzept der Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern.....	4
3. Evaluation und Design der Untersuchung	9
4. Erfahrungen aus den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus	11
4.1 VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.....	12
4.2 kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus.....	13
4.3 Evaluation und wissenschaftliche Begleitung der Programmbereiche	13
5. Die Regionalzentren und ihre Arbeit	17
5.1 Regionalzentrum Mittleres Mecklenburg	19
5.2 Regionalzentrum Nordvorpommern.....	27
5.3 Regionalzentrum Südvorpommern.....	32
5.4 Regionalzentrum Mecklenburgische Seenplatte.....	39
5.5 Regionalzentrum Westmecklenburg	47
6. Umsetzungsanalyse des Konzepts der Regionalzentren	54
6.1 Die zentralen Elemente des Konzepts der Regionalzentren.....	54
6.2 Regionalisierung der Angebote.....	57
6.3 Kooperationen und Vernetzung.....	59
6.4 Langfristige Strategien.....	64
6.5 Akzeptanz der Regionalzentren.....	65
6.6 Chancenstrukturen und Optimierungspotenziale	66
7. Resümee und Handlungsempfehlungen	73
8. Literaturverzeichnis	80

1. Einleitung

In dem vorliegenden Abschlussbericht präsentiert das Evaluationsteam die Untersuchungsergebnisse seiner annähernd zweijährigen wissenschaftlichen Begleitung der Regionalzentren für demokratische Kultur. Der Bericht basiert auf insgesamt fünf in sich geschlossenen Modulberichten, die im Rahmen des Evaluationsauftrages bereits erarbeitet wurden. Während die einzelnen Modulberichte die jeweiligen Regionalzentren und ihre Arbeit in den Mittelpunkt stellten, betrachtet dieser Abschlussbericht zusätzlich die konzeptionelle Ebene und deren Umsetzung.

In den folgenden Kapiteln wird zunächst das *Konzept der Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern* dargestellt (Kapitel 2). Zum methodischen Verständnis wird daraufhin die *Evaluation und das Design der Untersuchung* erläutert (Kapitel 3). Einen Blick über den Tellerrand liefern die *Erfahrungen aus den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus* (Kapitel 4). Als Gegenstand der Evaluation werden anschließend die *Regionalzentren und ihre Arbeit* in den jeweiligen Regionen profiliert vorgestellt (Kapitel 5). Die Beschreibungen werden anschließend einer systematischen *Umsetzungsanalyse des Konzepts der Regionalzentren* unterzogen und anhand grundsätzlicher Leitfragen reflektiert (Kapitel 6). Im abschließenden *Resümee* werden die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst und *Handlungsempfehlungen* aus Sicht der Evaluation gegenübergestellt (Kapitel 7).

2. Das Konzept der Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern

Mit dem Konzept der Regionalzentren hat Mecklenburg-Vorpommern eine eigene Landesstruktur der Arbeit gegen Rechtsextremismus aufgebaut und damit sein im Koalitionsvertrag von 2006 erklärtes Ziel umgesetzt.

Das Konzept der Regionalzentren geht auf Überlegungen der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern und der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern e.V. (RAA) zurück, die in den Jahren von 2001 bis 2006 Träger der durch das damalige Bundesprogramm CIVITAS¹ finanzierten *Mobilen Beratungsteams* waren. Den AkteurInnen war bewusst, dass es auch nach dem Auslaufen der Bundesprogramme galt, eine regional orientierte und verstetigte Struktur - die den Grundgedanken der Beratung und Stärkung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen entsprach - im Land zu erhalten. Diese Ideen aufgreifend wurde durch die politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Greifswald und Rostock ein Gutachten für das Ministerium für Soziales und Gesundheit erarbeitet.² Auf dessen Grundlage erstellte das Ministerium eine eigene Konzeption³ und schrieb die Vergabe des Auftrages zur Einrichtung von „Regionalzentren für demokratische Kultur“ an fünf Standorten im Land aus.⁴ Unter Berücksichtigung der im Gutachten vorgestellten Überlegungen entschied sich das Land ganz bewusst für die Ausschreibung an Standorten, die nicht regionale (Ober-)Zentren repräsentieren. Stattdessen wurden mit der Auswahl von überwiegend Klein- und Mittel-

1 „CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ als integraler Bestandteil des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

2 Buchstein/Heinrich (2007a; 2007b).

3 Vgl. Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern (2007a).

4 Vgl. ebenda (2007b).

städten sowohl strategische als auch regionale und infrastrukturelle Argumente berücksichtigt. Als Standorte der Regionalzentren⁵ wurden ausgewählt

1. Anklam - Regionalzentrum Südvorpommern
2. Bad Doberan⁶ - Regionalzentrum Mittleres Mecklenburg
3. Ludwigslust - Regionalzentrum Westmecklenburg
4. Neubrandenburg - Regionalzentrum Mecklenburgische Seenplatte
5. Stralsund - Regionalzentrum Nordvorpommern

Ausgangslage

Das Konzept der Regionalzentren in Mecklenburg-Vorpommern charakterisiert eine gesellschaftliche Situation in den ostdeutschen Bundesländern, die auf das Erstarken rechtsextremer Strukturen hinweist bzw. die den Rechtsextremismus zusätzlich nährt:

- soziale, ökonomische und politische Transformationsprozesse
- unzureichende zivilgesellschaftliche Ressourcen und Infrastrukturen
- Gewöhnung oder gar Zustimmung für das Wirken demokratiefeindlicher Kräfte
- sinkende Wahlbeteiligungen und Einzug der NPD in Parlamente und Kommunalvertretungen
- zunehmende Verankerung rechtsextremer AkteurInnen in Mecklenburg-Vorpommern und deren Etablierung in Gemeinwesen

Diesen primär zivilgesellschaftlichen Defiziten gelte es vorrangig durch die präventive und nachhaltige Stärkung einer demokratischen Kultur zu begegnen. Darüber hinaus wurden in dem Konzept differenzierte Beobachtungen und Einschätzungen berücksichtigt, die pauschale Ursachenanalysen zurückweisen und stattdessen sowohl spezifische Ausgangslagen als auch gesamtgesellschaftlich vernetzte Prozesse und Strukturen beachten. So ließ sich bspw. feststellen, dass der Rechtsextremismus sich regional unterschiedlich und insbesondere in dörflichen sowie kleinstädtischen Kommunen manifestiert, oder dass demokratiepädagogische Angebote vorrangig bereits motivierte und engagierte Menschen erreichten und somit Zugänge zur Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen sowie gesellschaftlichen Entscheidungsträgern ausgebaut werden sollten.⁷

Zielformulierungen

Als strategische Ziele formuliert das Konzept der Regionalzentren die Sensibilisierung und Aktivierung demokratiefördernder Prozesse, die Immunisierung der Bevölkerung gegen Rechtsextremismus und dessen Zurückdrängung. Hierfür sollen folgende Richtungspunkte wegweisend sein:

- Verzahnung des staatlichen Handelns mit zivilgesellschaftlichem Engagement
- Aufbau stabiler zivilgesellschaftlicher Strukturen

5 Zur regionalen Zuständigkeit der Regionalzentren vgl. Tabelle in Kapitel 6.2: Regionalisierung der Angebote.

6 Der Standort wurde mittlerweile nach Roggentin verlegt.

7 Vgl. Buchstein/Heinrich (2010).

- Förderung eines breiten Aktionsbündnisses und dessen Bündnispolitik
- Entwicklung eines Handlungsleitbildes für Zivilgesellschaft, dass u.a. Bereiche der Wirtschaft, Jugend- und Sportverbände integriert

Beratungsnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern - Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus

Das Konzept der Regionalzentren wurde inhaltlich und finanziell mit dem Bundesprogramm „Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus“ verbunden. Danach ist es die Aufgabe der Regionalzentren, sowohl Mobile Interventionsteams aufzustellen als auch regionale Beratungsnetzwerke zu entwickeln, als deren Kern sie sich verstehen und die in krisenähnlichen Bedarfsfällen aktiv werden sollen.

Darüber hinaus und in der Verantwortung der Landeskoordination soll zusätzlich ein landesweit agierendes Beratungsnetzwerk aufgebaut und koordiniert werden. Um eine breit vernetzte Struktur von professionellen Beratungsangeboten zu gewährleisten, sollen ihm staatliche als auch zivilgesellschaftliche Beratungseinrichtungen und AkteurInnen⁸ angehören, die sich zu den Themenfeldern Demokratie und Toleranz engagieren. Bundesweit obliegt die Zusammensetzung der landesweit organisierten Beratungsnetzwerke grundsätzlich den jeweiligen Landeskoordinierungsstellen. In den neuen Bundesländern gilt die Ausnahme, dass jeweils ein Träger der Mobilen Beratungsteams und Opferberatungsstellen integraler Bestandteil des Beratungsnetzwerkes sein soll.

Tätigkeitsschwerpunkte und Arbeitsansätze der Regionalzentren

Unter Berücksichtigung der übergeordneten Leitkriterien Prävention, Intervention und Integration, die für das gesamte Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ gelten sollen, werden *Gemeinwesenberatung*, *Demokratiepädagogik* und *Krisenintervention* als Tätigkeitsschwerpunkte der Regionalzentren definiert und miteinander verbunden. Mit dieser Kompetenzbündelung⁹ sollen sich die Regionalzentren sinnbildlich als Knotenpunkte eines landesweiten Netzwerkes verstehen und agieren können. Das Land sieht in den Regionalzentren

„Entwicklungs- und Kreativagenturen einer guten Praxis der Stärkung der demokratischen Kultur durch eine professionelle **Begleitung und Qualifizierung demokratischer Strukturen und Einzelpersonen** [Hervorhebung durch den Verf.] vor Ort.“¹⁰

8 Staatliche Kapazitäten der Ministerien und Ämter; Beratungsprojekte nichtstaatlicher Organisationen; Fachkräfte aus der (Jugend-)Sozialarbeit, den Jugendverbänden, der Justiz, der Medizin, der Psychologie; WissenschaftlerInnen; MediatorInnen; zivilgesellschaftliche Initiativen etc. Vgl. Leitlinien zur „Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“, S. 6: <http://www.beratungsnetzwerke.de/down/16-05-07-Leitlinien.pdf> [Stand: 11.05.2007; Abruf: 25.8.2010].

9 Diese Konzentration multiprofessioneller Kompetenzen wird gelegentlich und fälschlicherweise als eine Bündelung des demokratischen Engagements in Gestalt der Regionalzentren verstanden. Deren Aufgabe besteht jedoch vorrangig darin, das Engagement zu stärken und nicht zu ersetzen.

10 Vgl. Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern (2007a).

Das demokratiepädagogisch motivierte und unterstützende Handeln der Regionalzentren richtet sich demzufolge vorrangig an demokratisch gesinnte AkteurInnen in kommunalen Nahräumen. Hierbei sollen den Regionalzentren folgende Selbstverständnisse und Arbeitsansätze zugrunde liegen: unterstützende anstatt eigenständige AkteurInnen, primär demokratiefördernd statt antiextremistisch, nachfrageorientiert als auch - im Bedarfsfall - initiativ vorgehend sowie parteipolitisch unabhängig.

Zielgruppen

Wie bereits erwähnt sollen sich die Angebote der Regionalzentren maßgeblich an den Bedürfnissen und Interessen der demokratischen Sphären orientieren. Allgemein und zusammenfassend werden hierfür u.a. folgende Zielgruppen und Maßnahmen definiert:

Zielgruppe	Maßnahmenziel
<ul style="list-style-type: none"> • kommunale Verwaltung und Politik • Initiativen • Erwachsene • Jugendliche • Jugendkulturen • kommunale Strukturen wie Freiwillige Feuerwehr etc. 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung • Qualifizierung • Netzwerkeinbindung inner- und außerhalb der Kommune • Demokratie fördernde Maßnahmen • Organisation und Hilfe für Entfaltungsmöglichkeiten

Darüber hinaus werden in dem Konzept der Regionalzentren die Zielgruppen Jugendliche und Schule spezifiziert und detaillierte Möglichkeiten für Maßnahmen genannt. Diese weisen insbesondere auf die Notwendigkeit der Öffnung von (jugend-)pädagogischen Institutionen und Schulen ins Gemeinwesen sowie die Entwicklung einer demokratischen Institutions- bzw. Schulkultur als Voraussetzung für eine wirkungsvolle Entfaltung demokratischer Werte und Handlungsmöglichkeiten hin.¹¹

Zentrale Elemente der Regionalzentren

Zusammenfassend lässt sich das Konzept der Regionalzentren¹² anhand von fünf zentralen Elementen kennzeichnen:

1. *Präventive Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft:* die zur Verfügung stehenden Ressourcen werden vorrangig der frühzeitigen Demokratiepädagogik und der Entwicklung demokratischer Strukturen gewidmet. Dies wird als effektivere und nachhaltigere Strategie als die Repression des Rechtsextremismus eingeschätzt.
2. *Multiprofessioneller und ganzheitlicher Arbeitsansatz:* In den Regionalzentren werden die Beratung von AkteurInnen des demokratischen Gemeinwesens, die Aufgabe der Krisenintervention als auch der Bereich der Demokratiepädagogik miteinander verbunden. Die Einbeziehung der Aufgabenbereiche Opferberatung und Ausstiegshilfe wurde demgegenüber bewusst abgelehnt, um die Neutralität der Regionalzentren und ihre Zielgruppe der demokratischen AkteurInnen zu betonen.

11 Vgl. ebenda (2007a: 9f.).

12 Vgl. ergänzend Kapitel 6.1.

Den komplexen gesellschaftlichen Anforderungen wird mit einem ganzheitlichen Ansatz begegnet, der auf die verschiedenen demokratiefeindlichen Phänomene mit der Hinwendung zur Demokratieförderung und Zusammenarbeit sowohl staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Strukturen reagiert.

3. *Regionalisierung*: Die Aufgabenpakete werden in Zentren zusammengefasst und in jeweils zwei bis drei Landkreisen und einer oder zwei kreisfreien Städten, d.h. in fünf Regionen verankert. Die regionale Aufteilung soll einen unmittelbaren Bezug zu den Bedingungen vor Ort ermöglichen, die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten erleichtern, kommunale Kontexte erschließen und Kontakthemmschwellen bei BeratungsnehmerInnen und KooperationspartnerInnen senken. Die aufsuchende Mobile Beratung der Regionalzentren entspricht der notwendigen dezentralen Organisation in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern.
4. *Pluralismus durch Trägervielfalt*: Die Auftragsvergabe an drei unterschiedliche Träger im Land kennzeichnet die zivilgesellschaftliche Orientierung des Konzepts sowie das ihm zugrunde liegende Subsidiaritätsprinzip und grundsätzliche Interesse an der Förderung von Pluralismus.
5. *Landeskoordination im Ministerium für Soziales und Gesundheit*: Das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ und die damit auch verbundene Arbeit gegen Rechtsextremismus ist in Mecklenburg-Vorpommern im Ministerium für Soziales und Gesundheit verortet. Unter dessen Federführung wurde zur Umsetzung des Landesprogramms eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG)¹³ und die Landeskoordinierungsstelle eingerichtet. Fach- und Dienst- bzw. Personalaufsicht über die Regionalzentren liegen bei den Trägern. Demgegenüber sind vornehmliche Aufgaben der Landeskoordination die inhaltliche Abstimmung und Steuerung des Programms sowie - in Kooperation mit den zuständigen Landesstellen - die Administration der Zuwendungen. Mit dieser Aufgabenteilung ist ein hohes Maß an Gestaltungsmöglichkeiten und Umsetzungschancen in die Hände zivilgesellschaftlicher Träger gelegt worden.

Mit dem Konzept der Regionalzentren wählte das Land eine neue Struktur, die auf Erfahrungen aus der Evaluation der Bundesprogramme CIVITAS, ENTIMON und XENOS von 2001 bis 2006 aufbaut. Die rot-grüne Bundesregierung hatte im selben Zeitraum den Fokus ihrer Förderprogramme auf die Stärkung der demokratischen Strukturen und die Aktivierung der Zivilgesellschaft gelegt. Demgegenüber stand in den 90er Jahren noch die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen im Vordergrund. Das für die neuen Länder aufgelegte Programm CIVITAS verfolgte eine vor allem an den Ressourcen der demokratischen Zivilgesellschaft und der Stärkung der politischen Bildung orientierte Strategie (Roth 2010: 25). Zu den neuen und im Rahmen dieses Großversuches erprobten Ansätzen gehörten die Opferberatung und die Mobile Beratung, die demokratische AkteurInnen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und Bekämpfung des Rechtsextremismus unterstützen sollten. Beide Ansätze wurden in den Evaluationen als erfolgversprechend bewertet (Lynen von Berg et al.: 2007). Die Chancen der Beratung sind nach Aussagen der Evaluation vor allem davon abhängig, inwieweit es gelingt, die spezifischen lokalen Kontexte zu berücksichtigen („Kontextualisierung“) und damit das Gemeinwesen insgesamt in den Blick zu nehmen. Mit dem Ansatz der Regionalzentren in Mecklenburg-Vorpommern

13 Der IMAG „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“ und dem integrierten Vergaberat für Projektanträge gehören folgende Mitglieder an: Staatskanzlei, Innenministerium, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Ministerium für Wirtschaft, Finanzministerium, Arbeit und Tourismus, Landeszentrale für politische Bildung und Beauftragte für die Stasi-Unterlagen.

wurden diese Hinweise aufgenommen. Durch die Aufgabenverschränkung und vor allem durch die Regionalisierung sollen Chancenstrukturen geschaffen werden, die eine Kontextualisierung und Gemeinwesenorientierung ermöglichen.

Dass eine eigene Landesstruktur bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus auch andere Formen annehmen kann, zeigt ein Blick jenseits Mecklenburg-Vorpommerns: In Brandenburg, wo inzwischen seit 12 Jahren das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ mit großer Resonanz umgesetzt wird, entschied man sich für die Trennung der Aufgabenbereiche der Mobilen Beratung von anderen Aufgaben wie Prävention. Die Aufgabe der Mobilen Beratung liegt in Händen des „Brandenburgischen Institutes für Gemeinwesenberatung - demos“, das in den regional verorteten „Büros für Integration und Toleranz“¹⁴ mit einem Team der RAA kooperiert und vor allem für den Bereich der schulischen Arbeit zuständig ist.¹⁵

3. Evaluation und Design der Untersuchung

Der Evaluationsauftrag, der an das Team der Universitäten Greifswald und Rostock erteilt wurde, beinhaltet sowohl die Evaluation als auch die wissenschaftliche Begleitung und Beratung der Regionalzentren für demokratische Kultur.

Evaluation als „Beurteilung eines Produktes, Prozesses oder eines Programms“¹⁶ ist prinzipiell in der Lage, mehrere Funktionen zu erfüllen. Sie dient in idealtypischer Weise der Erkenntnisfindung, der Legitimation sowie der Optimierung. Durch die Aufgabe, die Evaluation mit wissenschaftlicher Beratung und Begleitung über den Zeitraum von annähernd zwei Jahren zu verbinden, musste ein differenziertes Evaluationsdesign entworfen werden, welches im Dezember 2008 in Form eines umfangreichen Leistungsverzeichnisses vorgelegt wurde. Die Grundgedanken und Strukturen der Evaluation werden nachstehend dargestellt:

- Das *Evaluationsdesign vereint summative und formative Aspekte*. Zum einen geht es darum, Leistungen der Regionalzentren in der Rückschau zu bilanzieren, zum anderen - im Sinne einer formativen Evaluation - den laufenden Arbeitsprozess in den Blick zu nehmen, ohne dabei mit dem Selbstverständnis einer Supervision wirken zu können bzw. zu wollen.
- Für die Evaluation der Regionalzentren wurde ein stärker *beschreibend-analyisierender Ansatz* gewählt. Im Bewusstsein der Problematik der nur sehr eingeschränkt möglichen Messbarkeit von Programm- und Maßnahmeeffekten, die an Einstellungsänderungen

14 Die Büros befinden sich in Angermünde, Cottbus, Frankfurt/Oder, Neuruppin, Potsdam und Trebbin.

15 Landesregierung Brandenburg (2005): "Tolerantes Brandenburg" - für eine starke und lebendige Demokratie. Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit; Landtag Brandenburg (22.06.2010): Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Handlungskonzeptes "Tolerantes Brandenburg" gemäß Beschluss des Landtages vom 25. März 2010, Drucksache 5/632-B, „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“, Drucksache 5/1482.

16 Wottowa/Thierau (1990:13).

und Empowerment orientiert sind,¹⁷ sollte die Arbeitsweise der Regionalzentren vor allem über die Beschreibung und Analyse der Prozesse betrachtet werden.

- Um Beratung und Evaluation miteinander verbinden zu können, ist aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung nur der *Ansatz einer partizipativen Evaluation* geeignet. Diese hat den Anspruch, die zu Evaluierenden zu AkteurInnen und MitgestalterInnen im Evaluationsprozess zu machen, indem deren eigenen Ansprüche, Sichtweisen und Qualitätskriterien nicht nur beschrieben, sondern auch zu einem Element der Evaluation gemacht werden.¹⁸

Das zugrunde gelegte Evaluationsdesign entstand aus diesen Entscheidungen für einen stark formativen, eher beschreibenden und vor allem partizipativen Ansatz.

Modularisierung

Der Gesamtevaluationsauftrag wurde von uns in insgesamt sechs Module unterteilt, die als einzelne Berichte in sich abgeschlossen erarbeitet und vorgelegt wurden. Dem Ansatz der Regionalisierung wurde dabei insofern Rechnung getragen als die fünf Regionalzentren und deren Arbeitsweisen jeweils getrennt beschrieben und untersucht wurden. Auch die Analyse und Bewertung sowie Hinweise auf Stärken und Schwächen wurden für jedes Regionalzentrum gesondert erarbeitet:

Modul	vorgelegt
1. Arbeitsweise und Selbstverständnis der Regionalzentren	April 2009
2. Chancen und Restriktionen - Rahmenbedingungen der Arbeit der Regionalzentren	Juli 2009
3. Wahrnehmung und Einschätzung der Regionalzentren für demokratische Kultur	Gesamtbericht: Januar 2010; Zusammenfassung: September 2010
4. Demokratiepädagogik - Ansatz und Umsetzung	Juni 2010
5. Sonderprofile	Juli 2010
6. Abschlussbericht	September 2010

Arbeitsweise

Neben der Sichtung vorliegender Materialien (Berichte der Regionalzentren, Presse, Sekundäranalysen etc. waren leitfadengestützte Interviews mit den MitarbeiterInnen sowie mit BeratungsnehmerInnen und KooperationspartnerInnen der Regionalzentren die entscheidende Informationsquelle. Im Laufe der Evaluation wurden annähernd 60 Interviews durchgeführt und ausgewertet. Die Interviews mit den MitarbeiterInnen der Regionalzentren dienten auch der gemeinsamen Klärung des Erkenntnisinteresses und der Vorgehensweise. Die im Sinne von Fallbeispielen eingehender betrachteten Beratungsfälle oder Projekte der Regionalzentren wurden gemeinsam mit den MitarbeiterInnen ausgewählt. Damit sollte gewährleistet werden, dass die Fallanalysen mit einem möglichst hohen Erkenntnisgewinn für die MitarbeiterInnen der Regionalzentren verbunden sind.

17 Stöss (2003) und Palloks (2007), die in Anlehnung an Kromrey (1988) resümiert: „Ein verbindliches theoriegeleitetes Wirkungsmodell, mit dem gemessene Wirkungen - z.B. lokale Veränderungsprozesse - tatsächlich einer bestimmten Intervention zugeordnet werden könnten, liegt für den Bereich kommunaler Demokratisierungsprozesse nicht vor.“

18 Ulrich/Wenzel/Ketterle (2003).

Umsetzung

Im Sinne des Konzepts der partizipativen Evaluation wurde eine erste Entwurfsfassung der Modulberichte zunächst dem jeweiligen Regionalzentrum mit der Bitte um Hinweise, Korrektur- und Ergänzungsvorschläge zugesandt. Erst nach deren Prüfung und ggf. Berücksichtigung wurden die Berichte dem Ministerium für Soziales und Gesundheit als Auftraggeber der Evaluation übergeben und vor der IMAG vorgestellt. Mit diesem Verfahren wurde sichergestellt, dass Missverständnissen oder auch inadäquaten Einschätzungen vorgebeugt wurde. Gleichzeitig diente dieses Vorgehen dazu, die Sichtweisen der Evaluierten frühzeitig zu integrieren und ihnen eine mitgestaltende Rolle zukommen zu lassen. Erst durch die regelmäßigen, in hohem Maße beschreibend-analysierenden Zwischenberichte und das partizipative Verfahren wurden aus Sicht der Evaluation die beiden Aufgaben der wissenschaftlichen Begleitung und zugleich Beratung miteinander kombinierbar und möglich.

4. Erfahrungen aus den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus

Mit den zu Beginn des Jahres 2007 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aufgelegten Programmen „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ wurden wesentliche Eckpunkte des 2001 unter der rot-grünen Regierung geschaffenen Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie“ mit seinen Teilprogrammen CIVITAS, ENTIMON und XENOS aufgenommen und ausgeweitet. So konnte bundesweit die Aufrechterhaltung etablierter Strukturen mit Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt und mit Mobilien Beratungsteams gewährleistet werden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern partizipiert an den Bundesprogrammen und integriert diese in die oben in Teilen beschriebene Landesstruktur. Für deren Koordination ist die Landeskoordinierungsstelle im Ministerium für Soziales und Gesundheit zuständig.

Im Folgenden werden einige wesentliche Ergebnisse der bisher vorliegenden Evaluationen vorgestellt. Da die Regionalzentren durch ihr Aufgabenfeld Krisenintervention direkt an den Bundesprogrammen beteiligt sind und über weitere zahlreiche Projekte wie die Lokalen Aktionspläne die Bundesprogramme indirekt unterstützen und umgekehrt von diesen unterstützt werden, ist der Blick auf einige der bundesweiten Evaluationsergebnisse für Mecklenburg-Vorpommern von Interesse.

Das Bundesprogramm umfasst zwei Ebenen: das Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und das Programm „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Abschließende Ergebnisse seiner bundesweiten Programmevaluation sind erst 2011 zu erwarten. Erkenntnisse über den Stand der Evaluation bis Ende 2008 sind jedoch einem Zwischenbericht des Deutschen Jugendinstituts e.V. (DJI)¹⁹ und der beteiligten Institute²⁰ zu entnehmen.

19 Vgl. Deutsches Jugendinstitut (2009).

20 Vgl. Camino/ISS (2009a; 2009b).

4.1 VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Das Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT“ ist präventiv-pädagogisch ausgerichtet und stützt sich auf drei Säulen. Das Programm zielt auf die Förderung von Lokalen Aktionsplänen (LAP) zur Rechtsextremismus-Prävention durch Stärkung der Demokratieentwicklung im lokalen Kontext (Säule 1) und auf innovative Modellprojekte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (Säule 2). Die Programmsteuerung sowie die kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung einzelner Programmteile bilden die dritte Säule.

Säule 1

Im Rahmen der LAP werden in kommunaler Verantwortung Strategien entwickelt, die den Problemen vor Ort Rechnung tragen sollen. Die durch Aktionspläne eingeleiteten, konkreten Maßnahmen zielen auf die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft im Allgemeinen sowie die nachhaltige Entwicklung von Bündnissen gegen Rechtsextremismus im Besonderen. Im Zuge der Umsetzung bildet die für den LAP verantwortliche Kommune ein Netzwerk aus Ämtern, durch die eine interne oder externe Koordinierungsstelle bestimmt und mit Steuerungs-, Koordinierungs- und Verwaltungsaufgaben betraut wird. Die Entscheidungskompetenz hinsichtlich der Förderung von Einzelprojekten freier Träger zur Umsetzung des LAP kommt einem mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen besetzten, lokalen Begleitausschuss zu.²¹ Im Land Mecklenburg-Vorpommern wurden insgesamt zehn Lokale Aktionspläne eingeworben. Die Regionalzentren arbeiten in einigen Regionen eng mit den KoordinatorInnen der Aktionspläne zusammen.

Säule 2

Mit der Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus, der Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen, Präventions- und Bildungsangeboten für die Einwanderungsgesellschaft und früh ansetzender Prävention wurden vier Themenbereiche mit verschiedenen Unterthemen abgesteckt, in deren Rahmen das BMFSFJ Modellprojekte nicht-staatlicher Organisationen unterstützt. Neben einem Empfehlungsschreiben der zuständigen Behörde (Kommunalamt, Landesministerium oder Bundesministerium) werden Perspektiven der Nachhaltigkeit und Weiterführung als Förderungskriterien herangezogen. Mit der Förderung sollen neue Ansätze erprobt und als „gute Praxis“ transferiert werden.²²

Säule 3

Gesteuert wird „VIELFALT TUT GUT“ durch das BMFSFJ, das durch einen Programmbeirat in der Ausgestaltung und Weiterentwicklung unterstützt wird. Administrative Aufgaben werden über die Regiestelle Vielfalt bei der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH in Berlin abgewickelt, die den ProjektpartnerInnen zugleich beratend zur Seite steht und das Bundesministerium in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Um Struktur und Inhalte der Bundesprogramme zu prüfen, wurde in ihre Konzeption eine Programmevaluation einbezogen, mit dem das DJI betraut ist.

21 Vgl. BMFSFJ (2006a).

22 Vgl. BMFSFJ (2006b).

4.2 kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus

Der Aufbau von landesweiten Beratungsnetzwerken wird mit dem Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie“ gefördert. Ziel ist die fallbezogene und kompetente Hilfe bei Vorfällen mit einem rechtsextremen Hintergrund im lokalen Kontext, die es durch Mobile Interventionsteams sicherzustellen gilt. Sie wirken gemäß den Leitlinien vor Ort bei der Bewältigung von Krisensituationen (Säule 1).

Ausgangspunkt für Kriseninterventionen sind Dominanzbestrebungen von Rechtsextremen im öffentlichen Raum. „Krise“ meint dabei eine „akut bedrohliche Situation mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Hintergrund“.²³ Als Beispiele werden vom BMFSFJ u.a. rechtsextreme Gewalttaten, die Unterwanderung oder Übernahme zivilgesellschaftlicher Strukturen, der Versuch der Einflussnahme von Rechtsextremen in Jugendarbeit und Schulsozialraum, aber auch Konzerte, Infostände und Demonstrationen aufgeführt. Anhand dieser Bandbreite rechtsextremer Aktivitäten wird deutlich, dass Interventionen unterschiedlicher Herangehensweisen bedürfen. Dementsprechend sind Beratungsnetzwerke und Mobile Interventionsteams angehalten, staatliche und nichtstaatliche Beratungskompetenzen zu bündeln. Der dadurch entstehende Expertenpool kommt zum Tragen, wenn im konkreten Fall das Vorgehen abzustimmen und geeignete Beratungskompetenzen zu identifizieren sind, um eine adäquate Beratungsarbeit zu gewährleisten. Als „anlassbezogen[e], unmittelbar[e] und zeitlich befristet[e]“ Beratung soll das hierzu aus dem Beratungsnetzwerk zusammengesetzte Interventionsteam „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten. Je nach Situation setzt sich die Beratungszielgruppe dieser Interventionen aus direkt Betroffenen - etwa Opfer rechter Gewalt oder mit rechtsextremen Aktivitäten konfrontierte zivilgesellschaftliche Initiativen - und/oder örtlichen Verantwortungsträgern zusammen. Hierzu zählen AkteurInnen aus politisch-administrativen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Bereichen.

Ein weiterer Programmbereich umfasst die Förderung von thematischen Modellprojekten, durch die neue Beratungsansätze entwickelt und erprobt werden oder die einer Professionalisierung der bisherigen Beratungstätigkeiten dienen. Demnach fungieren Beratungsnetzwerke, Mobile Interventionsteams und Landeskoordinierungsstellen als Zielgruppen dieser Projekte (Säule 2). Vergleichbar mit der Konzeption von „VIELFALT TUT GUT“ bilden eine Zentralstelle mit den Ressorts Steuerung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit und die Evaluation durch eine wissenschaftliche Begleitung die dritte Säule.²⁴

4.3 Evaluation und wissenschaftliche Begleitung der Programmbereiche

Mit dem Ziel, Aussagen über die Gesamtanlage der Bundesprogramme zu treffen, werden einzelne Programmbereiche durch insgesamt sechs wissenschaftliche Begleitungen evaluiert, die schließlich in die Gesamtevaluation des DJI einfließen.

Lokale Aktionspläne

Da erforderliche Strukturen wie Koordinierungsstellen, Ämternetzwerke und Begleitausschüsse bereits geschaffen waren, konnten die Lokalen Aktionspläne und mit ihnen Einzelprojekte bereits Ende 2007 gestartet werden. Seither werden bundesweit 90 Lokale

23 Vgl. BMFSFJ (2007: 3).

24 Ebenda.

Aktionspläne gefördert, wovon 30 auf die alten und 60 auf die neuen Bundesländer entfallen. Den Stand der Implementierung bis Mitte 2008 beschreibt das DJI in etwa wie folgt:

- die LAP verfügen mehrheitlich über externe Koordinierungsstellen, die zumeist bei freien Trägern angesiedelt sind und Moderations- sowie Steuerungsaufgaben übernehmen
- die Koordinierungsstellen fungieren gemäß Konzeption als Scharnier zwischen den beteiligten AkteurInnen und als Verbindung zu ProgrammpartnerInnen wie der Regiestelle
- federführende Ämternetzwerke - in denen Polizei, Jugend- und Schulämter häufig aktiv werden - können z.T. auf Erfahrungen aus ähnlichen Programmen zurückgreifen
- die Begleitausschüsse sind durch staatliche und zivilgesellschaftliche AkteurInnen besetzt, die in der Regel konstruktiv über die Förderung von Einzelprojekten befinden
- Einzelprojekte werden häufig durch freie Träger der Jugendhilfe und Wohlfahrtsverbände realisiert; ein Erfahrungstransfer wird durch Kooperationen mit Regelanbietern der Jugendhilfe ermöglicht

Das Coachingangebot, das zur Erstellung und Umsetzung der LAP durch die Regiestelle zur Verfügung gestellt wird, ist nach Ansicht der Evaluierenden essentiell. So haben alle betreffenden Kommunen die Beratungsangebote wahrgenommen. Die Beratenden traten dabei einerseits zu Beginn als wichtige Impulsgeber auf, andererseits regten sie oftmals gemeinsame Reflexionen an, die den Rückbezug auf Aufgaben und Ziele der LAP gewährleisten konnten.²⁵ Neben dem Coaching und der Existenz einer Koordinierungsstelle, haben sich eine nicht zu große Förderregion, inhaltliche Gestaltungsspielräume und Erfahrungshorizonte der Beteiligten, Promotoren und Medienkontakte sowie die Kooperation von unterschiedlichen AkteurInnen als überwiegend positive Faktoren zur Umsetzung von Aktionsplänen erwiesen. Während der Aufbau von Kooperationen innerhalb und außerhalb der LAP als erfolgreich eingeschätzt werden kann, scheint die Nachhaltigkeit dieser Bündnisse jedoch z.T. fraglich.²⁶

Die unmittelbare Anbindung der Aktionspläne an die Kommunen wird in der Fachdiskussion kontrovers betrachtet. Während kritische Stimmen die Gefahr sehen, dass Kommunen sich der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus entziehen oder „unliebsame“ zivilgesellschaftliche Initiativen ausgrenzen könnten, verweisen die Evaluierenden auch auf die Chancen der Prävention durch heterogene Netzwerke, die Einbindung der Kommunen und eine entsprechende Ressourcenbündelung. Zwar wird auch die Stärkung der Zivilgesellschaft als Programmziel betont und darauf hingewiesen, dass zivilgesellschaftliche AkteurInnen gemäß Programmkonzeption den Begleitausschuss der LAP dominieren sollten - mit konkreten Daten über das Verhältnis von staatlichen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen wird in den vorliegenden Zwischenberichten hingegen nicht operiert. Dies ist auch auf die Unschärfe des Begriffs der Zivilgesellschaft zurückzuführen.²⁷

In Anlehnung an Roland Roth, der sich mit der Zwischenbilanz der Bundesprogramme beschäftigte, kann dahingehend angezweifelt werden, ob die Gesamtevaluation zur Klärung dieser Streitfrage beitragen kann. Die hinsichtlich der Bundesprogramme von Roth kriti-

25 Deutsches Jugendinstitut (2009: 8f.).

26 Vgl. Camino/ISS (2009a: 18).

27 Vgl. ebenda: 20ff.

sierte und als „Projektitis“ beklagte projektorientierte Finanzierung,²⁸ wird hingegen auch von den Evaluierenden als „nicht [...] zielführend“ beanstandet. So zeichne sich ein Widerspruch zwischen der Entwicklung einer auf drei Jahre bezogenen Gesamtstrategie und der für ein Jahr bewilligten LAP und Projektmittel ab.²⁹

Modellprojekte

Im Hinblick auf die 89 geförderten Modellprojekte³⁰ haben sich bereits bis Mitte 2008 tragfähige und stabile Strukturen herausbilden können. In Mecklenburg-Vorpommern gelang es fünf Modellprojekte über das Bundesprogramm zu finanzieren. Der Zwischenbericht der Programmevaluation des Bundes konstatiert:

- die zu erbringende Ko-Finanzierung wird z.T. beanstandet, hat sich aber auch in der dadurch erwirkten Zusammenarbeit mit ProjektpartnerInnen als positiv erwiesen
- der breite Förderbereich ermöglicht Spielräume für innovative Projektideen, jedoch sind einzelne Unterthemen der Themencluster unzureichend besetzt
- während Projekte, die ältere Kinder zur Zielgruppe haben, überwiegen, werden Kinder im Kindergartenalter durch die Arbeit mit ErzieherInnen nur indirekt berücksichtigt

Vor diesem Hintergrund sieht das Evaluationsteam der Bundesprogramme einen Optimierungs- und Entwicklungsbedarf bei der Ausgestaltung der thematischen Vorgaben. Dies gelte insbesondere auch für die „Elternarbeit“ und die „geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen“. Darüber hinaus weist der Zwischenbericht auf die mangelnde Einbindung von MigrantInnen-Organisationen und Religionsgemeinschaften hin. Den hohen Bedarf an fachlicher Beratung, der etwa durch die zu erzielenden Kooperationen mit Schulen und Eltern entstehe, sieht das DJI nicht gedeckt.³¹

Beratungsnetzwerke

Die Implementierung von Beratungsnetzwerken gegen Rechtsextremismus wurde bis Mitte 2008 in 15 von 16 Bundesländern erreicht. Dabei hat sich eine Vielzahl von Organisationsmodellen entwickelt, die von den unterschiedlichen Ressourcen und Strukturen der Bundesländer herrühren. Trotz dieser Heterogenität bilden zumeist regionale Netzwerkstrukturen den Ausgangspunkt der Mobilien Intervention.³² In Mecklenburg-Vorpommern ist die Landeskoordination im Ministerium für Soziales und Gesundheit mit der Installierung und Koordinierung des landesweiten Beratungsnetzwerkes beauftragt. Die Aufgabe der Krisenintervention sowie der Aufbau und die Betreuung der regionalen Beratungsnetzwerke liegen in den Händen der Regionalzentren. Da Zwischenergebnisse der Bundesevaluation hierzu bereits vorliegen, hat die Landesevaluation die Frage der Krisenintervention nicht gesondert behandelt, sondern in die Untersuchung der Mobilien Beratung integriert.³³

Bundesweit beziffert die wissenschaftliche Begleitung die Fallberatungen, die auf Anfragen von staatlichen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zurückgehen, für das Jahr 2008 auf 542 und für 2009 auf 787 Beratungen. Im Rahmen einer spezifischen Empowerment-Strategie sollen die BeratungsnehmerInnen durch die Mobilien Interventionsteams zu

28 Vgl. Roth (2010: 26ff.).

29 Vgl. Camino/ISS (2009a: 97).

30 Stand 2010.

31 Vgl. Deutsches Jugendinstitut (2009: 9).

32 Ebenda.

33 Siehe Modularisierung, Modul 3: Wahrnehmung und Einschätzung der Regionalzentren für demokratische Kultur.

selbstbestimmtem und eigenverantwortlichem Handeln befähigt werden.³⁴ Hinsichtlich der Arbeit der Beratungsnetzwerke konstatiert das DJI für 2009 aus bundesweiter Perspektive:

- vor dem Wissen um das Bundesprogramm sind Bekanntheit und Expertise der Beratungsnetzwerke ausschlaggebend für Unterstützungsgesuche
- Zielvereinbarungen sind im Kontext mobiler Intervention nur unzureichend formalisiert und für BeratungsnehmerInnen wenig transparent
- Fallberatungen sind aufgrund komplexer Problemlagen häufig nicht auf konkrete Interventionsanlässe zu begrenzen
- über die Nachbetreuung von BeratungsnehmerInnen können keine Aussagen getroffen werden, da diese nicht durch das Bundesprogramm getragen wird

Angesichts dieser Befunde bringen die Bundesevaluierenden in ihrem Zwischenbericht erste Anregungen hervor. Zum einen die Bekanntmachung von Strukturen und Angeboten des Programms und zum anderen die „Explizierung von Vereinbarungen“ im Zuge des Beratungsprozesses.³⁵ Den Fallberatungen und unterschiedlichen Bedarfen im Rahmen der Mobilen Intervention wird das enge Verständnis von Krisenintervention offenbar nicht gerecht. Dahingehend zeigt auch der Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung für den Berichtszeitraum Februar 2008 bis August 2009 Grenzen des reaktiv ausgerichteten Programms auf: Die klare Trennung von Intervention und Prävention gehe nicht mit konkreten Beratungssituationen konform und ein enger Begriff von Krise führe zu einer eingeschränkten Problemwahrnehmung sowie Reduktion des Handlungsrepertoires der Beratenden. Die wissenschaftliche Begleitung sieht den Ansatz der „Empowerment-Strategie“ als erfolgversprechend an und empfiehlt, den erfolgreichen Verlauf fernab von zeitlichen Befristungen zum eigentlichen Kriterium für Fallabschlüsse zu erheben. Demgemäß lautet ein Zwischenfazit der beauftragten Bundesevaluierenden: „Sowohl der Krisenbegriff als auch die Vorgabe einer zeitlichen Befristung haben sich als hinderlich erwiesen.“³⁶

Aus Sicht der Landesevaluation erweist sich in Mecklenburg-Vorpommern die Aufgabenvergabe der Krisenintervention an die relativ konstante Struktur der Regionalzentren gerade mit Blick auf die oben beschriebenen kritischen Anmerkungen als sinnvoll. Obwohl auch hier ebenso wie in anderen Bundesländern eine Debatte über die Kriterien einer Krise entbrannt ist und sich die Unklarheiten als hinderlich erweisen, konnten negative Auswirkungen dennoch reduziert werden. Dies insbesondere dadurch als die Krisenintervention von einer Struktur übernommen wird, die nicht allein auf diese Tätigkeit angewiesen ist, sondern sie in ihre Beratungstätigkeit insgesamt integrieren kann. Die Notwendigkeit einer engen zeitlichen Begrenzung entfällt daher und ermöglicht den BeraterInnen, den Prozess mit höherer zeitlicher und strategischer Flexibilität zu bearbeiten.

Weiterhin kommt die Bundesevaluation zu dem Schluss, dass ein Hindernis bei der Verfolgung von Empowerment-Ansätzen dem Umstand geschuldet sei, dass Mobile Interventionsteams gelegentlich selbst eine Akteursrolle einnehmen. Diese Tendenz zeigte sich auch innerhalb der Landesevaluation.

34 Vgl. Camino/ISS (2009a: 32).

35 Vgl. Deutsches Jugendinstitut (2009: 10).

36 Vgl. Camino/ISS (2009b: 7f.).

Das Verhältnis zwischen den Programmteilen

Nach Roland Roth lassen sich die Bundesprogramme selbst als „Teil eines unkoordinierten Nebeneinanders von unterschiedlichen und unverbundenen Ressortpolitiken von repressiven und präventiven staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Strategien“ charakterisieren, die dem Versuch harren, ein übergreifendes Konzept gegen Rechtsextremismus zu entwickeln: „Wir haben es mit Programmteilen, aber nicht mit einem Programm zu tun, das strategischen Ansprüchen genügen könnte.“³⁷ Gleichwohl ist die Frage, inwieweit sich beide Bundesprogramme und die einzelnen Programmbereiche gegenseitig behindern oder wechselseitig ergänzen, für die wissenschaftliche Begleitung forschungsleitend.³⁸

Von besonderem Interesse ist das Verhältnis zwischen den einzelnen Programmteilen, wenn sich diese durch inhaltliche oder räumliche Nähe überschneiden. Eine räumliche Konzentration von Projekten sehen die Evaluierenden für das Bundesgebiet in Relation zum Ballungsraum Berlin nur punktuell gegeben. Ob mit der räumlichen Nähe eher Synergien oder Konflikte einhergehen, ist den vorliegenden Zwischenberichten nicht zu entnehmen. Bezugnehmend auf die Modellprojekte ist ein inhaltlicher Austausch z.T. mit Lokalen Aktionsplänen, Beratungsnetzwerken oder zwischen Modellprojekten ersichtlich, die dem eigenen Themencluster zugeordnet sind. Deutliche Synergieeffekte auf inhaltlicher und personeller Ebene bescheinigen die Evaluierenden der Vernetzung von Lokalen Aktionsplänen und Beratungsnetzwerken, die auf strukturellen oder anlassbezogenen Kooperationen gründen und durch einen wechselseitigen Informations- und Fachaustausch sowie Hilfestellungen gekennzeichnet sind.³⁹ Mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern können hier die Regionalzentren als regionale Netzwerk-Knoten eine wichtige Funktion übernehmen.

Insgesamt zeigen die Zwischenergebnisse der Bundesevaluation einzelne Schwachstellen auf, die aufgrund der mittel- bis langfristigen Struktur der Regionalzentren in Mecklenburg-Vorpommern u.U. geringer ins Gewicht fallen. Das Zwischenfazit, dass der Wirkungsgrad und die Nachhaltigkeit von Programmteilen in der Stärkung von Demokratie und der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einerseits und ihrer Vernetzung mit Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe andererseits eng miteinander verwoben sind, ist ein wichtiger Hinweis auch für die Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern.

5. Die Regionalzentren und ihre Arbeit

Im folgenden Kapitel werden die Regionalzentren und ihre verschiedenen Tätigkeiten detaillierter dargestellt. Ziel ist es, anhand gezielter Erhebungen als auch Wahrnehmungen und Einschätzungen zur Umsetzung ihres Konzepts, dessen Tragweite und Wirksamkeit zu analysieren. Hierbei wurden nicht nur beurteilende Beobachtungen seitens der Evaluation, sondern auch diejenigen von (potentielle) BeratungsnehmerInnen und KooperationspartnerInnen sowie den MitarbeiterInnen der Regionalzentren selbst mit einbezogen.⁴⁰ Bei der Umsetzung ihrer Arbeit sind für die Regionalzentren nicht nur das im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ erarbeitete Konzept, sondern auch ihre jeweiligen, trägerspezifischen Konzepte relevant. Dies galt es bei der Analyse ihrer Tätigkeiten zu berücksichtigen.

37 Roth (2010: 27).

38 Vgl. Deutsches Jugendinstitut (2009: 6).

39 Vgl. ebenda: 10f.

40 Um eine leichtere Lesbarkeit der Berichte zu gewährleisten, wurde in ihnen überwiegend der Indikativ als Sprachform gewählt. Die dadurch nicht immer explizit kenntlich gemachten subjektiven Sichtweisen der Interviewten sind zu berücksichtigen.

In den Einzelberichten zu den Regionalzentren (Kapitel 5.1 bis 5.5) werden folgende Aspekte und Arbeitsfelder reflektiert: der jeweilige *Beratungsansatz* und das *Selbstverständnis* der Regionalzentren, auf deren Grundlage sie ihre Arbeit umsetzen, regionale rechtsextreme Potenziale und Strukturen als *Rahmenbedingung* ihrer Arbeit, die Ergebnisse der *schriftlichen Befragung*, die Arbeitsbereiche *Mobile Beratung*, *Demokratiepädagogik* und *Sonderprofil* sowie abschließend die *Zusammenarbeit* der Regionalzentren.

Die von den Regionalzentren zu leistende *Krisenintervention* wurde im Rahmen der Evaluation im Arbeitsfeld Mobile Beratung integriert. Während des ersten Evaluationsjahres hatte sich anhand der bereits gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse sowie zahlreichen Gesprächen mit AkteurInnen gezeigt, dass sich die Krisenintervention nicht eindeutig von anderen Interventionsanlässen bzw. Beratungen abgrenzen lässt und damit für eine isolierte Betrachtung innerhalb der Evaluation nicht geeignet ist. In der Evaluation der Mobilien Beratung wurde daher der Blick auf die vielfältigen Interventions- und Beratungsprozesse der Regionalzentren erweitert und damit dem Angebotsspektrum und der breiten Konzeption der Regionalzentren deutlich stärker entsprochen.

Im Zuge der umfangreichen quantitativen Erhebung zur Wahrnehmung und Akzeptanz der Regionalzentren wurden (potentiellen) BeratungsnehmerInnen und KooperationspartnerInnen befragt. Damit wurde einerseits das Ziel verfolgt, den Bekanntheitsgrad der Regionalzentren bei Einrichtungen, Organisationen und Personen, von denen angenommen wird, dass sie sinnvolle PartnerInnen für die Regionalzentren wären, sowie die möglichen Aufgabenschwerpunkte bei einer etwaigen Kooperation mit ihnen zu erfragen. Darüber hinaus wurde um eine Einschätzung zur Qualität der zurückliegenden bzw. noch andauernden Zusammenarbeit mit den Regionalzentren gebeten.

Für die Befragung wurde ein 15 Fragen umfassender Fragebogen entwickelt, der an 637 Institutionen und Einzelpersonen versandt wurde. Die BefragungsteilnehmerInnen wurden aus einer Bandbreite vielfältiger Tätigkeitsfelder zusammengesetzt. So stützt sich die Untersuchung auf Aussagen von AnsprechpartnerInnen aus dem politisch-administrativen Bereich (BürgermeisterInnen, AmtsleiterInnen, Integrationsbeauftragte), Politik im engeren Sinne (KommunalpolitikerInnen, Parteien), Vereine/Verbände, Jugendhilfe, Polizei, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern sowie Zivilgesellschaft (Bürgerinitiativen).

Die Befragungsergebnisse erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität, da der AdressatInnenkreis der Regionalzentren nicht näher definiert ist und daher keine repräsentative Stichprobe gezogen werden konnte. Ungeachtet dessen war es mit 251 zurückgesandten Fragebögen gelungen, eine für die empirische Sozialforschung außergewöhnlich hohe Rücklaufquote von annähernd 40 Prozent zu erzielen.⁴¹ In den Einzelberichten der Regionalzentren werden zunächst die jeweils sie betreffenden Ergebnisse abgebildet. Eine übergeordnete und Regionalzentrum übergreifende Darstellung erfolgt im daran anschließenden Kapitel zur Akzeptanz der Regionalzentren.

Die Berichte stellen komprimierte Zusammenfassungen von insgesamt fünf Modulberichten dar, die im Rahmen der Evaluation erstellt wurden. Die Angaben beziehen sich somit auf den Gesamtzeitraum von September 2008 bis September 2010. Neben mehreren Hintergrundgesprächen und Teilnahmen an Beratungs- und Koordinierungsgesprächen auf Landesebene dienten zur Beschreibung und Analyse der Arbeit der Regionalzentren:

41 Dies lässt sich aus Sicht der Evaluation im Wesentlichen auf die nicht-repräsentative Auswahl der Befragten, das motivierende persönliche Anschreiben sowie die in der Regel offizielle Funktion der Angeschriebenen und deren potentiell Eigeninteresse an den Ergebnissen der Evaluation zurückführen.

- annähernd 60 leitfadengestützte Interviews, die mit den MitarbeiterInnen der Regionalzentren sowie ihren Trägern, BeratungsnehmerInnen und KooperationspartnerInnen geführt wurden
- die über 630 AdressatInnen umfassende quantitative Erhebung bei (potentiellen) KooperationspartnerInnen und BeratungsnehmerInnen der Regionalzentren
- qualitative Analysen von gut 20 Beratungsprozessen der Regionalzentren
- zehn Werkstattgespräche mit den Regionalzentren
- etwa zehn Telefoninterviews als qualitative Ergänzung zur schriftlichen Befragung
- Sekundärmaterialien wie die regelmäßigen Sachberichte und Interessensbekundungen der Regionalzentren etc.

5.1 Regionalzentrum Mittleres Mecklenburg

Das Regionalzentrum Mittleres Mecklenburg liegt in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern und hat seinen Sitz in Roggentin bei Rostock. Auf einer Fläche von ca. 3.600 km² ist es in seiner Region für gut 420.000 BürgerInnen zuständig. Die MitarbeiterInnen können sich bei ihrer Arbeit auf ihre umfangreichen Vorerfahrungen als Mobiles Beratungsteam stützen. Dabei ist ihnen die durch den gemeinsamen Träger geförderte Kooperation mit dem Regionalzentrum Nordvorpommern zusätzlich hilfreich.

5.1.1 Beratungsansatz

Das Selbstverständnis und Menschenbild des Regionalzentrums gründen sich im Einklang mit seinem christlichen Träger sowohl auf die Menschenrechte und freiheitlich-demokratische Grundordnung als auch auf den Kantschen kategorischen Imperativ⁴² und den fachspezifischen Beutelsbacher Konsens.⁴³ Die MitarbeiterInnen sind davon überzeugt, dass der darin enthaltene Wertekanon alle relevanten Orientierungsmaßstäbe eines demokratiebildenden Urteilens und Handelns enthält. Als „AnwältInnen der Demokratie“ und „AktiviererInnen vorhandener Potenziale“ verfolgen sie das Ziel - durch Motivation, Befähigung und Gelegenheit zu demokratischem Engagement - ein Verständnis für Demokratie als Lebensform, geprägt von Pluralismus, Respekt und individueller Verantwortungsübernahme, zu vermitteln. Hierbei nutzen die MitarbeiterInnen ihr hohes Maß an strategischem Vorgehen und die klare Konzeptionierung ihrer Arbeit, die einerseits auf ihre langjährigen Erfahrungen in diesem Bereich und andererseits auf die reflektierte und unterstützende Arbeit ihres Trägers zurückzuführen sind.

Der Beratungsansatz des Regionalzentrums ist grundlegend ein offen-moderierender, der auf die Mündigkeit der BürgerInnen und ihre Selbstorganisationspotenziale setzt. Die Beratungstätigkeiten sind von dialogischen Kommunikationstechniken der Moderation und Mediation, von der Einhaltung einer Äquidistanz zu allen KlientInnen und vom Verzicht auf Polarisierung und Konfrontation geprägt. Den Schwerpunkt der Beratungstätigkeiten bilden Informations- und Beratungsgespräche bzw. -veranstaltungen. Sein grundsätzliches Vorgehen bei Beratungsprozessen beschreibt das Regionalzentrum anhand eines fünfstufigen Prozesses, der sich in (1) Erstberatung, (2) Grundlagenfortbildung, (3) Zielfindungsprozess, (4) Diversifikation (Arbeit in Interessengruppen) und (5) Zentralisation

42 Dieser besagt sinngemäß: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“

43 (1) Überwältigungs- und Indoktrinationsverbot, (2) Gebot der Kontroversität und (3) Prinzip der Analysefähigkeit und Interessenlage der Schüler bzw. AdressatInnen.

(zusammenführende Kommunikation am Runden Tisch) gliedert. Darüber hinaus orientiert sich das Regionalzentrum an mehreren Beratungsstandards. Entsprechend dem „Vier-Augen-Prinzip“ werden Beratungstätigkeiten in Teams durchgeführt, in denen sich Kompetenzen und Qualifikationen der MitarbeiterInnen ergänzen und die eine ganzheitliche Perspektive gewährleisten. Mit dem „Self-Empowerment“ wird den BeraterInnen unterstellt, bereits über alle notwendigen Kompetenzen zu verfügen, die sie für die eigenständige Bewältigung ihrer Problemlagen benötigen, und dass diese nur noch in geeigneter Weise gefördert werden müssen. Zum festen Repertoire der Beratungstätigkeiten gehört auch die Nutzung niedrigschwelliger Beratungszugänge, die sich in informellen und zufälligen Gesprächen ergeben. Die so in einer Atmosphäre von Unverbindlichkeit entstandenen Kommunikationsräume verringern bei BeraterInnen eine Hemmschwelle der Kontaktaufnahme und erhöhen zugleich deren Bereitschaft, bei Bedarf weitere Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen. Mit der Vergegenwärtigung ihrer moderierenden Rolle besinnen sich die MitarbeiterInnen darauf, dass sie bewusst keine leitende Verantwortung über Gremien- oder Projektstätigkeiten übernehmen. Weitere Grundstandards des Regionalzentrums sind die Sicherstellung der Freiwilligkeit der AkteurInnen, die Herstellung von Vertraulichkeit in der Zusammenarbeit mit ihnen und die Umsetzung einer vertrauensfördernden aufsuchenden Arbeit. Vor-Ort-Gespräche sind fester Bestandteil und Auftakt eines jeden Beratungsprozesses, da sie der eingehenderen Analyse und Prozessplanung in einem ruhigeren und für die Anfragenden vertraulichen Setting dienen.

Zur Bewältigung der Beratungsanfragen erarbeitete sich das Regionalzentrum die drei Entscheidungskriterien Ressource, Prozess und Dringlichkeit, nach denen die Priorität von Anfragen bestimmt wird. Mit Vorrang werden solche behandelt, die nicht auf alternative Angebote zurückgreifen können, die prozessorientierte Gemeinwesenberatung nahe legen, und die akute Vorfälle mit einem rechtsextremistischen Hintergrund mitmaßnen lassen. Demgegenüber werden das Ziel und der Abschluss eines Beratungsprozesses individuell und anhand weicherer Kriterien wie die Erreichung einer erhöhten Handlungs- und Methodenkompetenz, Wissenszuwachs und Motivation entschieden. Damit wird dem im Vorfeld nicht vorhersehbaren und exakt planbaren Unterstützungsbedarf der BeraterInnen Rechnung getragen. Um dennoch der Gefahr einer strukturellen Abhängigkeit vom Regionalzentrum entgegenzuwirken, wird der Status quo der Beratungsprozesse in regelmäßigen Zeitabständen hinsichtlich noch bestehender Beratungs- und Informationsbedarfe überprüft.

Neben Beachtung des Datenschutzes und Selbstbestimmung der BeraterInnen über die Weitergabe von sie betreffenden Informationen zeichnet sich die Öffentlichkeitsarbeit des Regionalzentrums besonders dadurch aus, dass die MitarbeiterInnen sich konsequent an ihren Grundsatz halten, öffentlich nicht als AkteurInnen in Erscheinung zu treten. Damit werden Rollenkonflikte zwischen ihrer Beraterrolle einerseits und ihrer Akteursrolle andererseits, zugunsten der Bewahrung von Vertraulichkeit zu den BeraterInnen und zu Ungunsten der öffentlichen Information entschieden.

5.1.2 Rechtsextreme Potenziale und Strukturen als Rahmenbedingung der Arbeit

Wie im gesamten Bundesland ist der parteigebundene Rechtsextremismus in der Region Mittleres Mecklenburg aufgrund personeller Überschneidungen nur schwer vom bewegungsorientierten zu unterscheiden. Führende rechtsextreme Persönlichkeiten in der Region sind die NPD-Mitglieder Birger Lüssow und David Peterreit, die der „Freien Szene“ entstammen und dorthin weiterhin Verbindungen pflegen. Im Wirkungskreis des Regionalzentrums ist der NPD-Großkreisverband Mecklenburg-Mitte mit dem Vorsitzenden Birger Lüssow (MdL) und einem Postfach in Rostock angesiedelt. Dort befanden sich bis

April/Mai 2010 auch dessen Wahlkreisbüro sowie sein mit szenetypischen Bekleidungsmarken handelndes Bekleidungsgeschäft „Dickkoepp“. Den Schließungen waren jahrelange und bis dato anhaltende Proteste seitens der AnwohnerInnen und des Bürgerbündnisses „Schöner leben ohne Naziläden“ gegen das Geschäft vorausgegangen. Seit der Kommunalwahl 2009 besetzt die NPD in der Region insgesamt neun Sitze, die sich wie folgt verteilen: Bürgerschaft Rostock (2), Kreistage Bad Doberan und Güstrow (jeweils 2), Stadtvertretung Bad Doberan (2) und Güstrow (1).

Zum bewegungsorientierten Rechtsextremismus in der Region gehört wesentlich der mittlerweile zwar verbotene, aber mutmaßlich weiterhin verdeckt in anderen rechtsextremen Strukturen aktive Kameradschaftsbund „Mecklenburgische Aktionsfront“. Darüber hinaus sind die kameradschaftsähnlichen Gruppen „Nationale Sozialisten Rostock“ und „Autonome Nationalisten Güstrow“, die den besonders aktionistisch und gewaltbereit eingeschätzten „Autonomen Nationalisten“ zugeordnet werden, bekannt. Ebenso können der subkulturellen rechtsaffinen bzw. -extremen Szene Gruppierungen zugeordnet werden, die mehrfach, u.a. durch gewalttätige Übergriffe auf sich als links oder alternativ verstehende Jugendliche, auffielen.

In der Region Mittleres Mecklenburg kann eine systematische Unterwanderung der Zivilgesellschaft konstatiert werden. Rechtsextreme engagieren sich zunehmend und vorwiegend zunächst verdeckt u.a. in Elternvertretungen, Jugendarbeit, Sportvereinen, Feuerwehren etc. Der Strategie „Wolf im Schafspelz“ folgend versuchen sie dort ihre rechtsextreme Ideologie sukzessive und subtil zu verankern. Jenseits der üblichen rechtsextremen Strukturen hat sich im Landkreis Güstrow eine Siedlung der sogenannten „Artamanen“ entwickelt. Diese leben nach dem Lebensbündprinzip in enger Verbindung zueinander und wirken zielgerichtet in die Gesellschaft.

5.1.3 Ergebnisse der schriftlichen Befragung

Die schriftliche Erhebung zur Wahrnehmung und Einschätzung der Regionalzentren ergab, dass das Regionalzentrum 43 von 62 aktuellen bzw. potenziellen BeratungsnehmerInnen und PartnerInnen⁴⁴ bekannt ist. Von diesen bestätigten wiederum 35 Befragte eine Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum, die sie durch Informationen und Beratung zu Rechtsextremismus (28), Präventionsarbeit (22) und Vernetzung mit AkteurInnen, Projekten o.ä. (18) als besonders hilfreich einschätzten. Hervorzuhebende positive Zustimmungswerte erhielt das Regionalzentrum durch seine Kompetenz (29), konstruktive Zusammenarbeit (27), gute Organisation (26) und sein Verständnis für Probleme der Befragten (25). Demgegenüber vermissten insgesamt zehn Befragte ausreichend zeitliche und personelle Ressourcen für die Zusammenarbeit. Zusätzlich wurden als konkrete Verbesserungsvorschläge die Vermittlung von Informationen durch Gespräche, Fortbildung, Newsletter/Internet etc. (5), Erhöhung der Personalausstattung (4) und eine stärkere Vernetzung mit engagierten AkteurInnen und Initiativen zum Themenfeld Demokratie (3) formuliert.

5.1.4 Mobile Beratung

Als Gegenstand der Untersuchung zur Arbeitsweise des Regionalzentrums in seinem Bereich der Mobilen Beratung wurde ein landesweiter Verband im Bereich Jugend und ein Gemeinwesen in der Region Mittleres Mecklenburg ausgewählt.

44 Von den insgesamt 637 AdressatInnen der Befragung hatten 251 Personen den Fragebogen ausgefüllt zurückgesendet. Auf das Regionalzentrum Mittleres Mecklenburg entfielen im Ganzen 62 Fragebögen.

Ausgangssituation des Beratungsprozesses mit dem Jugendverband war eine Anfrage zum Umgang mit rechtsextremen Vorfällen im Umfeld des Verbandes. Im Vorfeld hatte sich ein Brandanschlag auf eine seiner Einrichtungen ereignet, der mutmaßlich von Kameradschaftsanhängern verübt worden war. Aufgrund der aktiven Bekundung von Unterstützungsbedarf und der Möglichkeit einer prozessorientierten Maßnahme im Rahmen einer landesweiten und strukturübergreifenden Beratung ordnete das Regionalzentrum der Anfrage eine hohe Priorität zu. Bei einer persönlichen Erstberatung in der Verbandsgeschäftsstelle erfolgten eine Problem- und Situationsanalyse sowie eine qualitative Einschätzung des Regionalzentrums bezüglich des rechtsextremen Bedrohungs- und Gefahrenpotenzials für die Verbandseinrichtungen. In Folge wurde für alle EinrichtungsleiterInnen eine Fortbildung zum Thema Rechtsextremismus veranstaltet. Diese setzt das Regionalzentrum prinzipiell vor weiteren Beratungsschritten als Grundlagenbildung aller Beteiligten ein. Sie ermöglichen ihm, das konkrete und assoziierte Wissen der TeilnehmerInnen über den Rechtsextremismus und dessen Phänomenologie in ihrem spezifischen Berufs- und Alltags(er)leben zu erkennen und daran adaptierte Handlungsvorschläge zu geben. Letztere flossen im Anschluss in einen schriftlichen Handlungsleitfaden ein, der auch Empfehlungen für weitere geeignete KooperationspartnerInnen und für eine präventive Kontaktaufnahme mit den lokalen Polizeirevieren enthielt. Weitere Schritte in dem Beratungsprozess waren die Entwicklung von Demokratie fördernden (Projekt-) Angeboten, die im ständigen Jugendprogramm des Verbandes verankert und mit KooperationspartnerInnen⁴⁵ umgesetzt wurden. Hierzu zählte u.a. der Wiederaufbau einer Veranstaltungsstätte, die zugleich als öffentliches Wahrzeichen und deutliche Positionierung gegen Rechtsextremismus konzipiert wurde. Hiermit konnten nicht nur ein gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, sondern zugleich auch ökonomische Interessen des Verbandes als Wirtschaftsbetrieb verfolgt und somit synergetische als auch motivierende Effekte genutzt werden, die den an KlientInnen und ihren Interessen orientierten Beratungsansatz des Regionalzentrums stützen.

Im Fall des Gemeinwesens war bereits ein langjähriger Beratungsprozess vorausgegangen. Ein erneuter Handlungsbedarf war durch Aktivitäten mehrerer kameradschaftsähnlicher Gruppierungen, zu beobachtende rechtsextreme Unterwanderungsversuche in der Zivilgesellschaft und die insgesamt vier Sitze von NPD-Vertretern im Kreistag und in einer Stadtvertretung des Landkreises seit der Kommunalwahl 2009 gegeben. Das Regionalzentrum setzte dabei nachstehende Maßnahmen um:

1. Runde Tische für Informations- und Meinungsaustausch
2. Fortbildungsveranstaltung zum Rechtsextremismus für die Stadtverordnetenversammlung
3. interne Fortbildungen mit vier der demokratischen in der Stadt vertretenen Parteien
4. Fortbildungsveranstaltungen mit ReferentInnen des Innenministeriums bzw. für AmtsleiterInnen
5. Beratungstätigkeiten für ein für das Gemeinwesen wirtschaftlich bedeutsames Immobilienunternehmen

Die skizzierten Beratungsprozesse stellen hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen und strukturellen Kontexte unterschiedliche Fälle dar. Während der Jugendverband eine abgrenzbare Institution mit einer Unternehmenshierarchie ist, innerhalb derer stabile Kommunikationsstrukturen für Beratungstätigkeiten genutzt werden können, zeichnet sich das Gemeinwesen durch vielfältigere Handlungsebenen und Interessenslagen unter-

45 Netzwerk für Demokratie und Courage (Rostock), Ernst-Barlach-Gedenkstätte (Güstrow), Dokumentationszentrum Prora, Politische Memoriale e.V. (Schwerin), Bunt statt braun e.V. (Rostock), Diên Hồng e.V. (Rostock) etc.

schiedlicher AkteurInnen aus. Konsensuale Entscheidungsfindungen zum Umgang mit rechtsextremen Phänomenen sind hier ungleich schwerer zu erzielen. In beiden Fällen konnte das Regionalzentrum u.a. aufgrund bereits vorheriger erfolgreicher Beratungstätigkeiten seinem Selbst- bzw. Rollenverständnis als Aktivierer vorhandener Potenziale folgend tätig werden. Ebenso verstand es, den spezifischen Beratungskontext und die individuellen Interessenlagen der AkteurInnen mit einzubeziehen, so dass eine klientenorientierte Beratung mit einem niedrighschwelligem Zugang zum Tragen kam. Die enge Zusammenarbeit mit und Vermittlung an andere KooperationspartnerInnen und Regionalzentren wurde in beiden Beratungsfällen genutzt, um spezielle oder die eigenen Ressourcen übersteigende Bedarfe der BeratungsnehmerInnen zu decken. Dies löste z.T. Irritationen und Unklarheiten über die Zuständigkeiten und das Beratungsende aus. Die von der Evaluation diesbezüglich angeratene transparentere Kommunikation und der Verweis auf die Eigenverantwortlichkeit der BeratungsnehmerInnen wurden vom Regionalzentrum umgesetzt.

Die Zurückhaltung des Regionalzentrums hinsichtlich pro-aktiver Öffentlichkeitsarbeit stand bisweilen im Gegensatz zum Informationsbedürfnis der BeratungsnehmerInnen. Dem Wunsch danach könnte durch eine gemeinsame Online-Plattform aller Regionalzentren mit regionenspezifischen als auch landesweiten Informationen über wesentliche Entwicklungen zu den Themen Demokratie und Rechtsextremismus entsprochen werden.

5.1.5 Demokratiepädagogik

Der Bereich Demokratiepädagogik ist beim Regionalzentrum konzeptionell in seinem Arbeitsfeld Demokratiebildung integriert. Unter diesem Begriff werden Methoden und flankierende Maßnahmen der Beratung verstanden, die einen motivierenden als auch kompetenzsteigernden Einfluss auf demokratische Lern- und Handlungsprozesse von Beratungs- und BildungsnehmerInnen haben. Demokratiebildung betrachtet das Regionalzentrum als politische Bildung, die sich im Rahmen von (Gemeinwesen-)Beratungen als (1) Demokratiepädagogik an (jugend-)pädagogische Institutionen und als (2) Akteursbildung an Akteursgruppen im Gemeinwesen richtet. Ein Beispiel für die ineinander übergreifenden Tätigkeiten in seinen Bereichen Gemeinwesenberatung und Demokratiebildung stellt die Beratung und kooperative Konzeptentwicklung mit dem Rostocker Jugendamt für Einrichtungen der Jugendhilfe dar.

Unter der gezielt auf (jugend-)pädagogische Einrichtungen ausgerichteten Demokratiepädagogik verstehen die MitarbeiterInnen ihre Beratung und Unterstützung zur Entwicklung einer demokratischeren Institutions- und Schulkultur. In Ergänzung wird der Bedarf einer Akteursbildung gesehen. Mit ihr werden wissenschaftliche Belege und die praktischen Erfahrungen der MitarbeiterInnen berücksichtigt, denen zufolge die Anerkennung von Menschenrechten, demokratische Einstellungs- und Handlungsweisen sowie ein Verständnis von eigenverantwortlicher Gestaltung von Demokratie als Lebensform in Teilen der Erwachsenenbevölkerung nicht selbstverständlich verinnerlicht sind. Die institutionsübergreifende Demokratiebildung wird im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen, Beratungsgesprächen, Argumentationstrainings und Fachtagungen umgesetzt, die überwiegend in kontinuierlichen Gemeinwesenberatungen und Kooperationsbeziehungen eingebettet sind. Letztere betrachtet das Regionalzentrum bisweilen problematisch, da es bei (potenziellen) PartnerInnen ein von seinen Qualitätsstandards⁴⁶ der Arbeit stark abweichendes Selbstverständnis beobachtet, das sich u.a. den Grundprinzipien des Beutelsbacher Konsens entzieht. Allgemein wird jedoch eine konstruktive Zusammenarbeit

46 Vgl. Qualitätsstandards der Regionalzentren für demokratische Kultur in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern, Februar 2009.

mit allen relevanten Strukturen und AkteurInnen in Mecklenburg-Vorpommern konstatiert. Eine Einschränkung dessen wird jedoch bei den KoordinatorInnen für Demokratieerziehung der Schulamtsbezirke gesehen, die - neben ihrer Tätigkeit als Lehrkräfte - mit lediglich vier Stunden pro Woche für ihre Koordinierungsaufgabe ausgestattet sind und somit für eine Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen können.

Als Zielgruppen seiner Demokratiebildung definiert das Regionalzentrum einerseits (jugend-) pädagogische Institutionen in den Bereichen Erwachsenenbildung, Schulen (LehrerInnen, Fachschaften, Eltern- und Schülerräte, SchulsozialarbeiterInnen), Kindertagesstätten etc. und andererseits Akteursgruppen eines Gemeinwesens in den Bereichen Bürgerbündnisse, Lokale Aktionspläne, Kirchengemeinden, Parteien, Vereine/Verbände, etc. Die Angebote des Regionalzentrums richten sich dabei vorrangig an (potenzielle) MultiplikatorInnen.

Die Anbahnung und Gestaltung von Kooperationen im Arbeitsfeld Demokratiebildung entsprechen dem prinzipiellen Vorgehen des Regionalzentrums.⁴⁷ Darüber hinaus ist die Arbeit von dem konfliktdidaktischen Konzept „Betzavta“⁴⁸ und den beruflichen Erfahrungen der Demokratiepädagogin als Moderatorin in der Beteiligungswerkstatt sowie ihren Kenntnissen zu den Themenfeldern Partizipationsmethoden und demokratische Schulentwicklung geprägt. In Ausnahmefällen begibt sich das Regionalzentrum in eine Akteursrolle und führt bspw. Treffen von SchülervertreterInnen oder modellhafte Projektstage selbst durch. Damit wird einerseits das Ziel verfolgt, die Funktionalität der neu entwickelten Methoden und Konzepte zu erproben, andererseits sollen in der praktischen Umsetzung von Ideen und Projektvorhaben bisweilen unsichere oder unerfahrene BeratungsnehmerInnen unterstützt werden. Eine Herausforderung seiner Arbeit sieht das Regionalzentrum im Aufbau stabiler Kooperationen. Diese sind angesichts der zunehmenden und die Regelstrukturen ersetzenden Projektförderungen mit ihrer meist kurz- bis mittelfristigen Dauer schwierig. Die starke Fluktuation der MitarbeiterInnen in der offenen Jugendarbeit mit z.T. nur geringen Fachkenntnissen provoziert weitere Problemlagen.

Um seinen Aufgabenbereich Demokratiebildung sowohl auf der Ebene der Akteursbildung als auch im Bereich Demokratiepädagogik exemplarisch darstellen zu können, wählte das Regionalzentrum jeweils einen entsprechenden Beratungsprozess aus. In einem Fall wurde ein Lokaler Aktionsplan und die Tätigkeiten der Demokratiepädagogin als beratendes Mitglied im Begleitausschuss ausgewählt, weil hier eine Gesamtheit an akteursbildenden Aktivitäten, die über eine einzelne Maßnahme oder Beratung hinausgehen, stattfinden.

Der zweite und demokratiepädagogisch geprägte Beratungsprozess betrifft eine Regionale Schule und ihre bereits zweieinhalbjährige Begleitung, anhand derer die Handlungsziele und entsprechenden Aktivitäten des Regionalzentrums deutlich erkennbar wurden.

47 Vgl. Beratungsansatz und Mobile Beratung des Regionalzentrums Mittleres Mecklenburg.

48 Dessen methodisch-didaktischen Übungen zielen darauf ab, zunächst Konflikte und Dilemmata bei den TeilnehmerInnen zu erzeugen und diese anschließend mit dem Ziel einer gewaltfreien demokratischen Kommunikation zu bearbeiten. Mit diesem erfahrungsorientierten Lernen sollen demokratische Prinzipien erlebbar und die Reflexion des eigenen Sozialverhaltens, die Entwicklung von Toleranz und Respekt sowie die Fähigkeit zu einem konsensualen Zusammenwirken gefördert werden.

Die grundsätzlich vorrangig an (potenzielle) MultiplikatorInnen gerichteten demokratiebildenden Angebote des Regionalzentrums wurden sowohl anhand der Begleitung des LAP als auch der Regionalen Schule sichtbar. In beiden Fällen standen die unmittelbare Befähigung und Motivation der AkteurInnen bzw. des Kollegiums im Zentrum der Beratungstätigkeiten, wohingegen SchülerInnen und Jugendliche bzw. deren demokratische Handlungs- und Urteilskompetenzen bis auf wenige Ausnahmefälle lediglich indirekt über die MultiplikatorInnen erreicht wurden. Dies widerspricht einem rein erzieherischen und eher traditionellen Verständnis von Demokratiepädagogik, das ausschließlich die Arbeit mit den Zielgruppen Kinder und Jugendliche berücksichtigt. Der demgegenüber übergreifende Ansatz des Regionalzentrums scheint insofern sinnvoll und erfolgversprechend zu sein, als er einerseits die Qualifikation und zugleich Selbstbestimmung der AkteurInnen fokussiert. Andererseits kann das so an sie und in deren Institutionen vermittelte Wissen langfristig verankert werden und nachwirken. Ähnliche nachhaltige Effekte lassen sich mit der begleitenden Mitwirkung des Regionalzentrums in zahlreichen (über-) regionalen Netzwerken, der Gewährleistung seiner Qualitätsstandards und der Berücksichtigung von institutions- bzw. fachübergreifenden Konzept- und Methodenentwicklungen wie in der Kooperation mit dem Rostocker Jugendamt feststellen. Allgemein ist ein Vorgehen des Regionalzentrums erkennbar, das weniger das Individuum fokussiert und stattdessen die Institution bzw. Schule als Ganzheit betrachtet und auf deren Kultur sowie Öffnung als maßgebliche Rahmenbedingung und Voraussetzung für die dauerhafte Entfaltung demokratischer Werte und Handlungsmöglichkeiten hinwirkt. Ebenso ganzheitlich werden relevante Ziel- und Altersgruppen wie Eltern oder Kinder im Vorschulalter berücksichtigt und damit eine präventiv gestaltete Demokratiepädagogik sowie der Aufbau demokratischer Strukturen verfolgt.

Hinsichtlich der förderlichen Einflussfaktoren auf die Zusammenarbeit zwischen dem Regionalzentrum und seinen BeratungsnehmerInnen sind hohe methodische und organisatorische Kompetenzen als auch ein professionelles Fach- und Erfahrungswissen feststellbar, das als maßgeblicher Beitrag zu den jeweiligen Entwicklungsprozessen wahrgenommen wurde. Eine nicht nur das Regionalzentrum Mittleres Mecklenburg betreffende Herausforderung scheint die Gestaltung eines demokratiebildenden Beratungs- bzw. Lernprozesses zu sein, in dem der Transfer von Aktivierung, projekttragender Eigenbeteiligung und Wissensvermittlung seitens des Regionalzentrums hin zu einer selbstständigen Handlungsfähigkeit und Verantwortungsübernahme seitens der PartnerInnen gelingt.

5.1.6 Sonderprofil

Im Mittelpunkt der Arbeit im Vertiefungsschwerpunkt „Frühprävention für die Altersgruppe der 3 bis 12jährigen“ stehen für das Regionalzentrum die Beratung der Zielgruppen Kindertagesstätten (Kitas), Vorschulen und ErzieherInnen, über die wiederum Kinder, Jugendliche und deren Eltern als wesentlicher Einflussfaktor auf die (früh-)kindliche Entwicklung mittelbar erreicht werden. Ziel ist es, ein Verständnis von Demokratie als Lebensform zu bereiten und die BeratungsnehmerInnen dahingehend zu befähigen und zu motivieren, dieses Verständnis eigenständig an Kinder und Jugendliche zu vermitteln. In Abhängigkeit von den Zielgruppen-Ebenen (1) Kinder, (2) Kinder und Erwachsene und (3) Erwachsene unterscheidet das Regionalzentrum die drei Lernziele (1) Soziale Primärkompetenzen, (2) Partizipation sowie (3) demokratische Grundhaltungen und demokratisch strukturierte Lernumfelder.

Im Rahmen seines Vertiefungsschwerpunktes begann das Regionalzentrum zunächst mit der systematischen Erarbeitung und Erschließung des Arbeitsfeldes Frühprävention. Durch eigene Fortbildung, Kooperationsgespräche und Literaturstudium wurden Bausteine für ein Konzept zur Vermittlung geeigneter Materialien und Methoden an Kitas, Grundschulen

sowie die Klassenstufen 5 und 6 erarbeitet. An dieser Entwicklungsphase waren zahlreiche regionale, überregionale als auch internationale PartnerInnen mit ihren jeweils spezifischen Kompetenzen auf diesem Gebiet beteiligt.⁴⁹ Impulse und Ideen zur Frühprävention sowie zu den Herausforderungen und Chancen für PädagogInnen in Grundschulen wurden in Kooperation mit dem eigenen Träger und weiteren PartnerInnen im Rahmen mehrerer Fachtage veröffentlicht und durch schriftliche Berichterstattungen sowie vertiefende Hintergrundgespräche an Verantwortliche der politischen Ebenen im Bund und Land kommuniziert. Ebenso erfolgten bereits konkrete Umsetzungen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Hierbei sieht das Regionalzentrum in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Eltern, die Elternvertretungen gezielt unterwandern, eine besondere Herausforderung. Eine Vernetzung und Beratung der direkt betroffenen Kitas und Schulen in seiner Region ist dem Regionalzentrum bereits nahezu vollständig gelungen.

Im Vertiefungsschwerpunkt Frühprävention des Regionalzentrums sind deutliche Aktivitäten für die Entwicklung und detaillierte Dokumentationen feststellbar. Hierbei ist ein hoher Anspruch der eigenen Qualifikation und Wissensaneignung zu verzeichnen, der nicht nur wissenschaftliche Diskussionen auf lokaler und überregionaler Ebene aufgreift, sondern auch internationale Entwicklungen in den Blick nimmt. Aus Sicht der Evaluation sinnvoll und professionell vorgehend erfolgte durch das Regionalzentrum zunächst ein fundiertes Studium der Frühprävention, um eine fachgerechte Aufbereitung und reflektierte Vermittlung bzw. Umsetzung seines Wissens und seiner Erfahrungen zu gewährleisten.

5.1.7 Zusammenarbeit der Regionalzentren

Die Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum in Stralsund ist aufgrund des gemeinsamen Trägers sehr eng. Zusätzlich zu den regelmäßigen gemeinsamen Besprechungen und Fortbildungen findet auch ein Austausch mit den anderweitigen Projekten des Trägers statt. Mit dem Regionalzentrum in Neubrandenburg bestehen ebenfalls Kooperationen, die insbesondere durch den gleichen Interessenschwerpunkt Frühprävention initiiert werden. Neben vereinzelt informellen Gesprächen besteht darüber hinaus bislang keine konkrete Zusammenarbeit mit den anderen Regionalzentren.

Die in der Konzeption der Regionalzentren intendierte Vernetzung durch unterschiedliche Vertiefungsschwerpunkte, um arbeitsteilig neue Themen- und Handlungsfelder erschließen zu können, ist bislang nicht gelungen. Als Gründe hierfür werden aus Sicht des Regionalzentrums einerseits fehlende Kapazitäten der anderen Regionalzentren gesehen, die im Unterschied zu den in Trägerschaft der Evangelischen Akademie liegenden Regionalzentren keine 1/4-Stelle für ihren Vertiefungsschwerpunkt fest installiert haben. Andererseits ist die fehlende Kooperation durch einen Grundkonflikt des fehlenden Vertrauens aufgrund zurückliegender negativer Erfahrungen insbesondere mit einem Regionalzentrum beeinflusst. Diese atmosphärischen Störungen werden von den Beteiligten bedauert, konnten aber bis heute nicht behoben werden.

49 Vgl. Modulbericht IV - Demokratiepädagogik, Juli 2010.

5.2 Regionalzentrum Nordvorpommern

Das Regionalzentrum Nordvorpommern liegt in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern und hat seinen Sitz in Stralsund. Es ist für die Landkreise Nordvorpommern und Rügen sowie die kreisfreie Stadt Stralsund zuständig. Die Region umfasst knapp 3.200 km² und etwa 235.000 EinwohnerInnen. Das Regionalzentrum in Stralsund kann nicht auf eine Vergangenheit als MBT zurückschauen.

5.2.1 Beratungsansatz

Das Regionalzentrum folgt seiner Trägerschaft durch eine evangelisch-christliche Einrichtung entsprechend einem christlich geprägten Menschenbild, dessen Basis die Gleichwertigkeit der Menschen darstellt. Dies bildet den Ausgangspunkt seiner Arbeit.

Seine Rolle in einem Beratungsprozess sieht das Regionalzentrum als „Dienstleister mit Servicefunktion“ bzw. „Ideen- und Informationsmakler“ im Auftrag der Demokratie. Entsprechend seiner Grundphilosophie geht es dabei von den Prozessen bzw. den PartnerInnen aus, unterstützt diese in ihrer Arbeit und versucht deren Ziele zu befördern, indem die MitarbeiterInnen als ModeratorInnen den Prozess gestalten und steuern.

In der Region Nordvorpommern betrachtet das Regionalzentrum sich als „Spinne im Netz“, da der Netzwerkgedanke in seiner Arbeit eine große Rolle spielt. Vernetzung bedeutet dabei jedoch nicht in erster Linie, neue Netzwerke zu konstruieren und aufzubauen, sondern die vorhandenen Netzwerke zu nutzen, zu unterstützen, die Themen Rechtsextremismus bzw. Demokratiestärkung hineinzutragen und weitere AkteurInnen heranzuführen. Nur dort, wo keine für die Arbeit des Regionalzentrums nutzbaren Netzwerke vorhanden sind, initiiert oder knüpft das Regionalzentrum eigene Netzwerke, Bündnisse oder andere Strukturen.

Der organisierte Rechtsextremismus in der Region Nordvorpommern ist vergleichsweise wenig aktionistisch oder medial wahrnehmbar und verursacht kaum „klassische Beratungsfälle“. Daher begann es seine Arbeit mit einer „Kaltakquisephase“, deren Auftakt die Eröffnungsveranstaltung mit zahlreichen AkteurInnen der Region bildete. In dieser Anfangszeit stellte sich das Regionalzentrum pro-aktiv bei MultiplikatorInnen, potentiellen BeratungsnehmerInnen oder PartnerInnen vor und knüpfte Kontakte, aus denen sich häufig Prozesse entwickelten.

Das Vertrauen zwischen BeraterIn und BeratungsnehmerIn stellt für das Regionalzentrum die Basis seiner Arbeit dar. Zur Vertraulichkeit gehört auch die Transparenz insbesondere bezüglich der Kontakte zu Dritten. Darüber hinaus ist es dem Regionalzentrum wichtig, dass die Kommunikation in einem Beratungsprozess trotz der zunächst asymmetrischen Beziehung zwischen BeraterIn und BeratungsnehmerIn stets auf Augenhöhe stattfindet und wertschätzend ist. Die Kommunikation auf Augenhöhe steht in Verbindung zu dem unbedingten Prinzip der Freiwilligkeit der AkteurInnen, das es verbietet, Verantwortliche durch Druck oder Drohungen zur Zusammenarbeit zu drängen, und dem Grundsatz, dass die Wertungen der BeratungsnehmerInnen zunächst zu respektieren sind. Die Freiwilligkeit der Zusammenarbeit hat notwendig zur Konsequenz, dass das Ziel, der Weg und das Tempo des Prozesses von den AkteurInnen bestimmt und nicht vom Regionalzentrum vorgegeben wird. Dabei wird jedoch darauf geachtet, dass nicht nur in der Beziehung zum Regionalzentrum, sondern auch unter den AkteurInnen eindeutige Absprachen getroffen, abrechenbare Zielstellungen für Zusammenkünfte und klare Verantwortlichkeiten vereinbart werden. Schließlich legt das Regionalzentrum Wert darauf, dass der Erfolg eines Beratungsprozesses den AkteurInnen zu Gute kommt. Diese Prinzipien der Zusammenarbeit wurden von den BeratungsnehmerInnen bestätigt, die hinzufügten, dass die Mit-

arbeiterInnen des Regionalzentrums von ihrer Arbeit und deren Inhalten ehrlich begeistert seien und dies mit den PartnerInnen teilen wollten.

Es wurde jedoch auch ein Spannungsfeld deutlich zwischen den Erwartungen der BeratungsnehmerInnen, die sich z.T. erhoffen, das Regionalzentrum löse das Problem des Rechtsextremismus für sie, und der Rolle des Regionalzentrums als Dienstleister und Berater, das lediglich Unterstützung und Anleitung anbieten kann, damit die BeratungsnehmerInnen das Problem selbst und in eigener Verantwortung bewältigen können.

5.2.2 Rechtsextreme Potenziale und Strukturen als Rahmenbedingung der Arbeit

Der NPD-Kreisverband Nordvorpommern umfasst die Landkreise Nordvorpommern und Rügen sowie die Hansestadt Stralsund, die als Sitz des Kreisverbandes geführt wird. Vorsitzender ist Dirk Arendt, der seit 2004 Mitglied der Stralsunder Bürgerschaft und als Wahlkreismitarbeiter von Raimund Borrmann de facto hauptamtlicher Politiker ist. Mit Borrmann ist seit Juli 2010 ein NPD-Abgeordneter des Landestages mit seinem Wahlkreisbüro in Stralsund vertreten.

Nachdem die NPD 2004 zwei Mitglieder in der Stralsunder Bürgerschaft gestellt hatte, ist Arendt seit 2009 das einzige Mitglied der NPD in dem Gremium. Für den Kreistag Nordvorpommern stellte die NPD 2009 das erste Mal Kandidaten auf und zog mit zwei Mitgliedern ein. Für den Kreistag Rügen trat die Partei nicht an. Zudem kandidierte Raimund Borrmann als Mitglied der Stadtvertretung in Grimmen und wurde gewählt. Herbert Zamzow dagegen scheiterte am Einzug in die Gemeindevertretung Semlow. Die kommunalpolitische Arbeit der NPD in Stralsund und Nordvorpommern wird jedoch kaum öffentlichkeitswirksam.

Der bewegungsorientierte Rechtsextremismus in der Region organisiert sich in kleineren Gruppen, von denen die „Hatecrew Stralsund“ vermutlich die aktivste, zumindest jedoch die öffentlichkeitswirksamste ist. Es existieren Gruppen in Sassnitz und im Umfeld der Band „Thrima“ im Raum Niepars. Darüber hinaus treten Aktivisten des bewegungsorientierten Rechtsextremismus weniger in der Region Nordvorpommern in Erscheinung, sondern stärker in der als Hochburg der subkulturellen und kameradschaftlich organisierten Szene geltenden Region Ostvorpommern. Diese unterhält gute Beziehungen zur NPD und zur „Initiative für Volksaufklärung“, die auch den „Stralsunder Boten“ vertreibt. Es wird davon ausgegangen, dass der Internetauftritt der „Nachrichtenplattform Altermedia“ von dem Stralsunder Axel Möller betrieben wird.

5.2.3 Ergebnisse der schriftlichen Befragung

In der schriftlichen Befragung⁵⁰ potentieller und aktueller BeratungsnehmerInnen und PartnerInnen des Regionalzentrums in Stralsund antworteten 38 von 51 Befragten, sie kennen das Regionalzentrum. 25 von den 37 Befragten, die das Regionalzentrum kennen,⁵¹ gaben an, mit ihm zusammenzuarbeiten.

Als hilfreich wurde die Zusammenarbeit bei der Vermittlung von Information bzw. der Beratung zum Thema Rechtsextremismus von 20 Befragten, bei der Vermittlung von Information bzw. Beratung zu Prävention von 16 und bezüglich der Informationen bzw.

50 Von den insgesamt 637 AdressatInnen der Befragung hatten 251 Personen den Fragebogen ausgefüllt zurückgesendet. Auf das Regionalzentrum Nordvorpommern entfielen im Ganzen 51 Fragebögen.

51 Diese Frage wurde von nur 37 Personen beantwortet, obwohl 38 angegeben hatten, das Regionalzentrum zu kennen.

Beratung zu Methoden ebenfalls von 16 Personen eingeschätzt. Ebenfalls positiv bewertet wurden die Kompetenz von 22 und die Konstruktivität der MitarbeiterInnen des Regionalzentrums von 21 Befragten. 21 würden das Regionalzentrum weiterempfehlen und 18 Personen fühlten sich mit ihren Problemen verstanden. Acht Befragte gaben an, in der Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum nicht ausreichend zur Selbsttätigkeit befähigt worden zu sein, fünf sahen sich nicht ausreichend in ihrer Handlungssicherheit gestärkt und fünf weitere waren der Auffassung, nach der Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum sei ihr Problem nicht gelöst gewesen.

5.2.4 Mobile Beratung

Im Rahmen der Evaluation der Mobilen Beratung des Regionalzentrums in Stralsund wurden zwei Prozesse näher betrachtet, erstens die Beratung eines Kirchenkreises und zweitens die einer kleinen Gemeinde.

Für die Beratung des Kirchenkreises war der kirchliche Hintergrund des Regionalzentrums eine wichtige Voraussetzung, die den MitarbeiterInnen die Türen in den kirchlichen Strukturen öffnete. Das Vorgehen des Regionalzentrums im Falle der Beratung des Kirchenkreises kann als exemplarisch für das grundsätzliche Vorgehen bei der Beratung von Großstrukturen angesehen werden.

1. In der „Akquisephase“ spielte die feierliche Eröffnung des Regionalzentrums eine wichtige Rolle. Zudem stellte man sich in den Konventen und einer Gemeinde vor und suchte Kontakt zu Schlüsselpersonen.
2. Dem folgte eine „Sensibilisierungsphase“, in der verschiedene Gremien und Funktionsträger eine Grundlagenfortbildung zum Thema „Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern“ erhielten, um sie über die Dimensionen, Strukturen und Probleme des Rechtsextremismus zu informieren.
3. Von diesem Punkt aus differenzierte sich der Beratungsprozess. Während die Kirchenleitung „gut gesettet“ ist, nur noch gelegentlich angestoßen bzw. gestärkt werden muss und die Demokratiepädagogik gut aufgestellt ist, stellen die Jugendarbeit und die Gemeindeglieder die aktuellen Entwicklungsfelder dar, die sich durch die bisherige Arbeit eröffnet haben.

Das Engagement im Kirchenkreis ist ein strategischer Prozess, dessen Ziel es ist, die evangelischen Kirchen, möglichst in ihrer Gesamtheit, handlungsfähig gegen Rechtsextremismus und Demokratieförderung zu einer zentralen Aufgabe der Kirche zu machen. Die punktuellen Beratungen in einzelnen Krisenfällen haben daher neben dem Ziel, das konkrete Problem zu bewältigen, strategische Bedeutung als Vertrauensarbeit. Darüber hinaus stellen sie „Türöffner in neue Bereiche“ dar. Diese Form eines sehr breit angelegten, aber mit den einzelnen Personen weniger intensiv geführten Prozesses - wie im Kirchenkreis - erreicht sehr viele Menschen und ist offenbar ein für das Regionalzentrum typischer Prozess.

Die Gemeinde, die Schauplatz des zweiten Beratungsprozesses war, besaß mit einer überregional bekannten rechtsextremen Band einen Kristallisationspunkt für die rechtsextrem orientierten Jugendlichen der Region. Dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, war das Ziel des Prozesses. Die vorhandenen Netzwerke nutzend stellte das Regionalzentrum sich zunächst im Arbeitskreis Schulsozialarbeit vor und baute ein Vertrauensverhältnis zum Amtsjugendpfleger auf. Auf seine Initiative hin wurde - gemeinsam mit vielen PartnerInnen - ein Konzept für die Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen entwickelt. Dabei übernahm das Regionalzentrum die Moderation und stellte gleichzeitig sein thematisches Fachwissen zur Verfügung. Trotz der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung

der Beteiligten ist es dem Regionalzentrum gelungen, einen Ausgleich der Positionen herbeizuführen, mit dem jede Seite zufrieden ist.

Im Laufe des Projektes spielte die Frage der traditionellen Jugendarbeit und deren Wirken im Gemeinwesen eine Rolle, so dass sich der Prozess über die negative Fragestellung des Umgangs mit dem Rechtsextremismus im Ort hinaus entwickelte. Schon allein wegen der Festigung der Netzwerke im Zusammenhang mit der Jugendarbeit in der kleinen Gemeinde kann von einer nachhaltigen Wirkung des Prozesses ausgegangen werden. Inwieweit die AkteurInnen in der Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in der Lage sein werden, das Konzept umzusetzen, wird die Zukunft zeigen. Die AkteurInnen des Kirchenkreises, bei denen Erfolge der Beratung zu erkennen sind, so die Kirchenleitung und die AkteurInnen der Demokratiebildung in der Kirche, sind nach Einschätzung des Regionalzentrums ohnehin für die Problematik sensibilisiert gewesen, jedoch durch den Prozess bestärkt worden. Hier ist eine nachhaltige Wirkung des Prozesses zu erwarten. Wie erfolgreich sich der Prozess in den „Entwicklungsfeldern“ kirchliche Jugendarbeit und Gemeindegearbeit gestalten wird, ist noch nicht ohne weiteres abzusehen.

5.2.5 Demokratiepädagogik

Das Regionalzentrum bezeichnet seine Aktivitäten im Hinblick auf die Aufgabe der Vermittlung demokratischer Werte und Kompetenzen als Demokratiebildung. Diese umfasst die Bereiche Demokratiepädagogik und Akteursbildung. Die Demokratiepädagogik richtet sich an Kinder und Jugendliche und orientiert sich auf alle Einrichtungen, die von Kindern und Jugendlichen genutzt werden, um dort eine demokratische Einrichtungskultur zu entwickeln. Die Akteursbildung dagegen richtet sich an AkteurInnen des Gemeinwesens, um sie in ihrem Engagement zu unterstützen sowie ihre Handlungsfähigkeit zu stärken. Der Demokratiebegriff des Regionalzentrums leitet sich ab von dem Ausspruch Max Frischs „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.“ Dementsprechend wird Demokratie als Prozess und Lebensform - im Gegensatz zur Demokratie als Herrschafts- und Gesellschaftsform - begriffen und als Zielstellung verfolgt. Die Standards in der Demokratiebildung sind im Grundsatz die gleichen wie die Standards in der Mobilen Beratung. Zielgruppe der Demokratiepädagogik des Regionalzentrums sind nicht vorrangig Kinder und Jugendliche selbst, sondern in der Regel MultiplikatorInnen, also vor allem LehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen. Obwohl SchülerInnen in der Regel nur mittelbar zur Zielgruppe der Demokratiebildung gehören, arbeitet das Regionalzentrum aus verschiedenen Gründen regelmäßig auch mit ihnen.

Der Dualismus der Demokratiebildung des Regionalzentrums bildet sich auch in den zur eingehenderen Betrachtung vorgeschlagenen Prozessen ab. So sind die von uns evaluierten DDR-Projektstage der Demokratiepädagogik zuzuordnen, weil sie sich auf die Schule als von Kindern und Jugendlichen genutzte Einrichtung beziehen. Die Einzelpersonenberatung dagegen ist eher als Akteursbildung im Sinne einer MultiplikatorInnenberatung zu betrachten.

Die Vermittlung von Handlungs- und Urteils Kompetenzen an SchülerInnen, Kinder und Jugendliche, die sie zur Teilhabe an und Gestaltung von demokratischen Lebens- und Gesellschaftsformen befähigen, stand bei der Einzelpersonenberatung deutlicher im Vordergrund, da hier eine Schülerin unmittelbar Einfluss auf das Geschehen an ihrer Schule nehmen wollte. Diese wurde in ihrem Engagement vom Regionalzentrum betreut und beraten. Die Arbeit mit den SchülerInnen spielte im Prozess um die Entwicklung und Gestaltung der DDR-Projektstage in strategischer Hinsicht eine eher sekundäre Rolle.

Die Entwicklung einer demokratischeren Schulkultur ist im Zusammenhang mit den DDR-Projekttagen nicht unmittelbar Ziel des Prozesses gewesen. Ob die freie Themenwahl und Arbeitsweise der SchülerInnen während der Projektstage mittelbar einen Einfluss auf die demokratischere Gestaltung der Schulkultur haben, kann allein anhand der bisherigen Betrachtungen nicht entschieden werden. Inwiefern die Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum, das durch die Einzelpersonenberatung Zugang zu der Schule erhalten hat, die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur vorantreiben kann, wird sich in der Zukunft zeigen.

In beiden Fällen hat die Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum zur Öffnung der betroffenen Schule geführt. Während dies bei den Projekttagen jedoch erklärtes Ziel des Regionalzentrums war, das Projektstage als Instrument zur Schulöffnung nutzt, ergab es sich im Fall der Einzelpersonenberatung aus dem Prozess. Diese sich bietende Gelegenheit vor dem Hintergrund der Zielstellung wurde genutzt und bestätigt die strategische Bewertung der Prozesse durch das Regionalzentrum.

Bei den LehrerInnen, die als MultiplikatorInnen der Demokratiepädagogik die eigentlichen AdressatInnen des Prozesses bei den DDR-Projekttagen waren, sind die Voraussetzungen für einen offenen Umgang mit der undemokratischen Vergangenheit geschaffen und eine Sensibilität für den Wert von Freiheit und Demokratie entwickelt sowie Lerneffekte in Bezug auf alle drei Dimensionen des Demokratiebegriffes des Regionalzentrums erzielt worden. Die Einzelpersonenberatung kann einen solchen Effekt nicht erreichen, da hier keine Möglichkeit einer demokratischen Interaktion mit weiteren Betroffenen besteht, möglicherweise jedoch die weitere Zusammenarbeit des Regionalzentrums mit der Schule.

Einen nachhaltigen Effekt können die Projektstage auch vermittelt ihres Modellcharakters durch die Ausstrahlung auf andere Schulen haben, die ein vergleichbares Projekt umsetzen wollen. Dies könnte zudem die Grundlage für eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Schulen bilden. Die Optimierung der Arbeit des Regionalzentrums durch die Publikation von Erfahrungen, Überlegungen und Praxisbeispielen etc. ist zu begrüßen, da sie so einer größeren Anzahl von Personen zugänglich gemacht und das Regionalzentrum zusätzlich seine Bekanntheit steigern kann.

5.2.6 Sonderprofil

Als Kern des Sonderprofils „Arbeit und Wirtschaft“ betrachtet das Regionalzentrum die Aufklärung innerhalb von Wirtschaftsunternehmen/-verbänden und Politik über die Auswirkungen von Rechtsextremismus insbesondere auf Beschäftigte, die Außenwirkung des Unternehmens und das Image des Standortes. Dabei konzentriert es sich derzeit in Kooperationen mit dem Betrieblichen Beratungsteam⁵² auf gewerkschaftlich erreichbare größere Unternehmen, allgemeine Standortfragen sowie schwerpunktmäßig den Tourismus und die (Bio-)Landwirtschaft als wichtige Wirtschaftszweige in Mecklenburg-Vorpommern. Der Vertiefungsschwerpunkt „Arbeit und Wirtschaft“ bietet dem Regionalzentrum ein großes „Probierpotential“, da für den Zusammenhang von Demokratiedefiziten und Rechtsextremismus in der Wirtschaft kaum Erfahrungswerte vorliegen, das Regionalzentrum hiermit also - zumindest regional - Neuland betritt.

Die grundsätzliche Strategie im Vertiefungsschwerpunkt „Arbeit und Wirtschaft“ hat folgende Säulen: 1. Information und Sensibilisierung der Fachöffentlichkeit, 2. Entwicklung

52 Das Regionalzentrum arbeitet im Rahmen seines Sonderprofils und darüber hinaus intensiv mit den Betrieblichen Beratungsteams (BBT) in Trägerschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zusammen, die sich wesentlich an der Zusammenarbeit mit ArbeitnehmerInnen orientieren.

und Erprobung modellhafter Projekte und 3. Servicefunktion als Dienstleister für PartnerInnen in diesem Arbeitsfeld. Dabei arbeitet das Regionalzentrum auf zwei Ebenen, einerseits auf der Verbands- und Branchenebene, die den vorpolitischen bzw. politischen Raum im Wirtschaftsleben darstellt, und andererseits auf der betrieblichen Ebene, die sich ihrerseits in eine arbeitgeber- und eine arbeitnehmerorientierte aufteilt.

Das Regionalzentrum in Stralsund hat eine umfangreiche konzeptionelle Arbeit in Bezug auf das Sonderprofil geleistet, deren Ergebnisse sich derzeit in der Phase der Erprobung befinden, anschließend jedoch den anderen Regionalzentren und weiteren PartnerInnen zur Verfügung gestellt werden sollen. Mit den Themen, die sich an den Ansprüchen der Zielgruppe orientierten, wurden wichtige AkteurInnen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt angesprochen und erreicht. Als vorteilhaft erweist es sich aus Sicht der Evaluation, dass ein Mitarbeiter ausschließlich für die Arbeit im Sonderprofil zuständig ist.

5.2.7 Zusammenarbeit der Regionalzentren

Das Regionalzentrum kooperiert - über „die offizielle Ebene“ hinaus - mit den Regionalzentren Mittleres Mecklenburg, Südvorpommern und Mecklenburgische Seeplatte. Die intensivsten Beziehungen bestehen zwischen den Regionalzentren Nordvorpommern und Mittleres Mecklenburg, die mittels der gemeinsamen Trägerschaft durch die Evangelische Akademie verbunden sind. Sie treffen sich monatlich zu einem fachlichen Austausch, gegenseitiger Information und gemeinsamer Falldiskussionen. Die Kommunikation mit dem Regionalzentrum Südvorpommern findet regelmäßig auf Ebene der Leiter der Zentren statt und einmal jährlich treffen sich die Teams zur gemeinsamen (Fall-)Beratung. So gibt es bereits Überlegungen, die Sonderprofile beider Regionalzentren gemeinsam zu bearbeiten. Zudem soll das Projekt mit dem Tourismusverband zu MigrantInnen als unerschlossene Zielgruppe gemeinsam umgesetzt werden.

Einen operativen Bezug zur Arbeit der anderen Regionalzentren hat das Regionalzentrum in Stralsund über die genannten Beispiele hinaus nur bei landesweit orientierten Veranstaltungen, zu denen das Regionalzentrum die KollegInnen in den anderen Zentren einlädt, und Beratungen mit „Landesstrukturen“, also landesweit organisierten Verbänden, Vereinen etc., bei denen es auf die regionale Zuständigkeit der Regionalzentren hinweist und Kontaktadressen der anderen weitergibt.

Das Regionalzentrum in Stralsund sieht jedoch weder institutionelle noch persönliche Hindernisse für eine intensivere Vernetzung der Regionalzentren, sondern verweist auf die geringen zeitlichen Kapazitäten und den Aufwand, den auch Vernetzung und Abstimmung mit den anderen Regionalzentren bedeuten und durch den sie in Konkurrenz zum „Alltagsgeschäft“ stehen.

5.3 Regionalzentrum Südvorpommern

Das Regionalzentrum Südvorpommern liegt in Trägerschaft der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern e.V. (RAA) und hat seinen Sitz in Anklam. Es ist für die Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow zuständig. Die Region umfasst etwa 3.600 km² und gut 235.000 EinwohnerInnen. Das Regionalzentrum ging aus dem MBT Greifswald hervor, konnte jedoch kaum Personalcontinuität bewahren. Stattdessen gehören mehrmalige Personalwechsel seit Gründung des Regionalzentrums zu den schwierigen Rahmenbedingungen seiner Arbeit.

5.3.1 Beratungsansatz

Das Regionalzentrum Südvpommern versteht sich einerseits als „Dienstleistungsagentur“ in den Themenfeldern Demokratie und Rechtsextremismus, gibt andererseits jedoch an, in vielen Fällen überhaupt erst sensibilisieren und Bedarfe wecken zu müssen. Als Prinzip seiner Arbeit gibt das Regionalzentrum die „Hilfe zur Selbsthilfe“ an. Daher versteht es sich selbst auf keinen Fall als Akteur, um nicht Gefahr zu laufen, bereits vorhandenes bürgerschaftliches Engagement zu ersetzen. Das Regionalzentrum sieht keine Möglichkeit, als Netzwerker zu agieren, da es in der Region zu wenige PartnerInnen findet, mit denen es ein Netzwerk knüpfen könnte. Stattdessen muss es häufig als „Schieber und Unterstützer“ auftreten, AkteurInnen suchen und mobilisieren. Eine wichtige Aufgabe des Regionalzentrums wird darin gesehen, durch seine Moderation des Prozesses eine Zielbestimmung anzuregen, die Arbeit „am Laufen zu halten“ und zu einem Ergebnis zu führen.

In den Beratungsprozessen legt das Regionalzentrum einen großen Wert auf das gemeinsame Ziel bzw. den Anlass, die die Basis der Zusammenarbeit darstellen und daher gestärkt werden müssen. Die Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Beteiligten bereits eine gewisse Sensibilität und Grundhaltung in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus besitzen. Auch wenn häufig selbst die Initiative ergriffen werden muss, hat das Regionalzentrum daher ein großes Interesse, „auf Anfrage“ statt auf Eigeninitiative bzw. im Rahmen der Krisenintervention tätig zu werden. Wegen der vielen rechtsextremen Vorfälle ist ein niedrigschwelliger Zugang zu den Orten mit rechtsextremen Aktivitäten und einem geringen Problembewusstsein der EinwohnerInnen aus Sicht des Regionalzentrums nicht möglich. Vor diesem Hintergrund ist auch der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ schwerlich anwendbar, sondern in den meisten Fällen eher Krisenintervention angebracht. Aber auch sie ist schwierig, wenn keine PartnerInnen vor Ort vorgefunden werden können, sondern diese für das Problem zunächst sensibilisiert werden müssen.

Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen⁵³ steht das Regionalzentrum vor der Herausforderung, zwischen den Ansätzen einer aktivierenden Intervention und eines klassischen Beratungsansatzes, der sich nachfrageorientiert versteht und auf der Offenheit der BeratungsnehmerInnen beruht, einen handhabbaren und Erfolg versprechenden Weg zu finden.

5.3.2 Rechtsextreme Potenziale und Strukturen als Rahmenbedingung der Arbeit

Die Region Südvpommern ist einerseits geprägt durch die besondere wirtschaftliche Strukturschwäche der Region und andererseits durch ihre Lage an der deutsch-polnischen Grenze. Die Strukturschwäche drückt sich insbesondere durch hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Armutsquote⁵⁴ aus. Darüber hinaus ist bei der Bevölkerung in der Region Südvpommern in vielen Bereichen keine Verankerung einer demokratischen Kultur feststellbar. Dies zeigt sich auch darin, dass demokratische Werte und Verhaltensweisen weder verinnerlicht sind noch befolgt werden. Dem entsprechend sind auch die zivilgesellschaftlichen und staatliche wie nichtstaatliche demokratische Strukturen schwach ausgeprägt.⁵⁵

Die rechtsextremen Strukturen in der Region Südvpommern sind geprägt durch die „freien Kameradschaften“, die die NPD und andere Strukturen wie beispielsweise Bürgerinitiativen nutzen, um von ihrer Bekanntheit, ihren Werbemitteln oder ihrer „unver-

53 Vgl. folgenden Punkt 2.

54 Die Armutsquote gibt den prozentualen Anteil der Bevölkerung an, der über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt.

55 Vgl. Borstel (2010): Regionalanalyse zum Verhältnis von rechtsextremen Aktivitäten und demokratischen Strukturen in der Region Anklam.

dächtigen“ Form zu profitieren. Die dominierenden Personen entstammen im Wesentlichen den „freien Kräften“. Andererseits sucht die NPD die intensive Kooperation zu den Kameradschaften, denn die rechtsextremen Strukturen in der Region werden fast ausschließlich von ihnen gestellt. Mit zunehmender Professionalisierung, insbesondere durch die Finanzierung der zwei Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten Michael Andrejewski und Tino Müller und deren Mitarbeitern, wird die Arbeit in geringerem Maße von Kameradschaften, sondern häufiger von bezahlten NPD-Kadern getragen, die jedoch in der Regel aus Kameradschaftskreisen kommen. Die Kreisverbände der NPD spielen dem gegenüber kaum eine Rolle.

Nachdem die NPD in der Wahlperiode 2004 bis 2009 mit zwei Mitgliedern im Kreistag von Ostvorpommern und einer Person in der Stadtvertretung von Anklam vertreten und dort einige Achtungserfolge erzielen konnte, erreichte sie bei der Kommunalwahl 2009 in beiden Kreistagen Fraktionsstärke und besetzt insgesamt 18 Sitze in Stadt- und Gemeindevertretungen in der Region.

Die Besonderheit des Rechtsextremismus in Südvorpommern besteht darin, dass seine Protagonisten zu großen Teilen aus der Region stammen und dort über eine feste Verankerung, eine hohe Integration in die lokalen Strukturen und vor allem ein hohes Identifikationspotential verfügen. Das hat zur Folge, dass das gesellschaftliche Leben ohne sie in einigen Bereichen nicht ohne weiteres funktionsfähig wäre. In der Region ist eine große Anzahl von Kameradschaften und subkulturell orientierten Gruppen aktiv, die mit dem „Sozialen und nationalen Bündnis Pommern“ eine Art Overheadstruktur verbindet und für die der „Heimatbund Pommern“ und dessen Unterorganisation „Kulturkreis Pommern“ eine Vorfeldorganisation bilden. Die „Initiative für Volksaufklärung“, die eine kostenlose „Zeitung“ mit Regionalausgaben für Greifswald, Anklam, Usedom, Uecker-Randow und Lassan herausgibt, speist sich personell wesentlich aus den Kameradschaften, arbeitet jedoch auch mit der NPD zusammen.

Die Hansestadt Greifswald unterscheidet sich deutlich vom Rest der Region. Hier sind weder Strukturen noch Aktivitäten der NPD wahrnehmbar, die Partei trat nicht zur Bürgerschaftswahl an und es findet sich im Bereich des bewegungsorientierten Rechtsextremismus nur eine lose autonome Szene.

5.3.3 Ergebnisse der schriftlichen Befragung

In der schriftlichen Befragung⁵⁶ der potentiellen und aktuellen BeratungsnehmerInnen und PartnerInnen des Regionalzentrums Südvorpommern gaben 25 von 34 Befragten an, das Regionalzentrum zu kennen. Von diesen bestätigten 20 Befragte eine aktuelle oder bereits zurückliegende Zusammenarbeit.

Neun Befragte bewerteten die Information bzw. Beratung zu Rechtsextremismus durch das Regionalzentrum als positiv, acht schätzten die Vernetzung und sieben Personen empfanden die Information bzw. Beratung zu Prävention als hilfreich. Positiv wurde von 13 Befragten wahrgenommen, dass die MitarbeiterInnen des Regionalzentrums Verständnis für die Probleme der BeratungsnehmerInnen haben, zehn nahmen sie als kompetent wahr, zehn weitere würden das Regionalzentrum weiterempfehlen und neun Personen empfanden die Zusammenarbeit als konstruktiv.

56 Von den insgesamt 637 AdressatInnen der Befragung hatten 251 Personen den Fragebogen ausgefüllt zurückgesendet. Auf das Regionalzentrum Südvorpommern entfielen im Ganzen 34 Fragebögen.

Neun Befragte kritisierten, sie seien nicht ausreichend befähigt worden, selbstständig zu agieren, neun weitere nahmen die Arbeit des Regionalzentrums als nicht erfolgreich wahr und neun Personen gaben an, die Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum habe ihr Problem nicht gelöst. Verbesserungen wünschen sich fünf in Bezug auf die Ausstattung mit Stunden und zwei Befragte in Bezug auf die persönliche Verlässlichkeit. Darüber hinaus wird auf eine Beratungshaltung verwiesen, die ermutigen statt ermahnen soll, und auf Personen, die in der Region Vertrauen genießen. Das Regionalzentrum solle nicht warten, bis jemand mit einem Anliegen zu ihm kommt, sondern aufsuchend arbeiten und stärker Gemeinwesenarbeit betreiben. Außerdem werden mehr Öffentlichkeitsarbeit, mehr Veranstaltungen und Vernetzung gewünscht. Eine Person forderte Transparenz und die Fürsorgepflicht des Trägers für die MitarbeiterInnen ein, ohne dies weiter auszuführen.

5.3.4 Mobile Beratung

Im Rahmen der Evaluation der Mobilen Beratung wurden zwei Beratungsfälle des Regionalzentrums Südvorpommern detailliert betrachtet, erstens eine Bürgerkonferenz in Greifswald und zweitens ein umfangreicher Beratungsprozess in einer kleinen Gemeinde in Ostvorpommern.

In der kleinen Gemeinde war der Beratungsgegenstand, die Erarbeitung eines Mietvertrages für den örtlichen Jugendclub, zunächst ein sehr begrenzter, der einer Ausweitung des Prozesses wenig Spielraum ließ. Dies mag von Seiten der Gemeinde durchaus beabsichtigt gewesen sein. Das Regionalzentrum hielt nach der Beendigung dieser Beratung über einzelne Personen den Kontakt in den Ort hinein. Dass dies notwendig und sinnvoll war, zeigte die Eskalation der Konflikte zwischen den Aktivisten des Heimatbundes Pommern und einem gegen Rechtsextremismus engagierten Bürger am Wochenende der Kommunalwahl 2009. Das Regionalzentrum war daraufhin bemüht, an der Bearbeitung des Themas in der Gemeinde zu arbeiten, versuchte immer wieder Kontakte zu knüpfen, stieß jedoch bei unterschiedlichen AkteurInnen wiederkehrend auf Ablehnung oder zumindest Zurückhaltung.

Der Beratungsprozess in Greifswald ging von gänzlich unterschiedlichen Bedingungen und Zielstellungen aus. Die Aktivitäten der Bürgerkonferenz gestalteten sich vielfältig und verfolgten das Ziel, die TeilnehmerInnen zumindest zu bürgerschaftlichem Engagement anzuregen. Das Regionalzentrum beteiligte sich im Rahmen der Bürgerkonferenz an unterschiedlichen Arbeitsgruppen. Insgesamt war der Prozess erfolgreich, da er zu bürgerschaftlichem Engagement angeregt und die Koordinatorin des Präventionsrates in ihrer Handlungssicherheit gestärkt hat.

Nach der Betrachtung dieser beiden gänzlich unterschiedlich gelagerten Fälle, lassen sich die von den MitarbeiterInnen unterschiedlich eingenommenen Rollen in den Beratungsprozessen als eine entscheidende Herausforderung für sie dokumentieren. Es zeigte sich, wie wichtig die Entwicklung eines eindeutigen und in der Praxis handhabbaren, dennoch flexiblen Selbstverständnisses der eigenen Rolle in der Region und in den Beratungsprozessen ist. Das Regionalzentrum geht im Grundsatz davon aus, nur als Berater und keinesfalls als Akteur zu agieren. Jedoch scheint es diese Abgrenzung in der Realität nur schwer einhalten zu können. Hierbei kommt im Wesentlichen die praktisch schwierige Rollendifferenzierung zwischen dem Inhalt einer Beratertätigkeit und dem Agieren eines Akteurs zum Tragen. Dementsprechend herrscht eine gewisse Unklarheit darüber vor, welche Angebote (potentiellen) BeratungsnehmerInnen vorgeschlagen, welche Aufgaben für sie übernommen oder mit ihnen gemeinsam umgesetzt werden können. Anhand der Prozessbetrachtungen und in Verbindung mit der beschriebenen Rollenunklarheit ist eine Handlungsunsicherheit des Regionalzentrums deutlich geworden.

Angesichts der geringen Bereitschaft und Kompetenz bei zahlreichen lokalen AkteurInnen, sich mit Rechtsextremismus auseinanderzusetzen, ist der übliche Weg in ein Gemeinwesen über die Ansprache der lokalen VerantwortungsträgerInnen nicht immer möglich. Gerade angesichts dieser Konstellationen sind ein niedrighschwelliger Zugang und die Entwicklung von Vertrauen hier ungleich wichtiger als in anderen Regionen. Strategien, die eine kontinuierliche Kommunikation, die den Kontakt zu den (ehemaligen) BeratungsnehmerInnen nicht abreißen lässt, sowie die Nutzung „unbelasteter“ Themen als Umweg zum Ziel der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nutzen sind gangbare Alternativen.

Die Frage, in welchen Fällen die Einnahme einer Akteursrolle als angemessen zu bewerten ist, hängt wesentlich von der Zielstellung und dem Umfeld der Aktivitäten ab. Um dies zu beurteilen, ist strategisches Denken in Zusammenhängen und über den konkreten Beratungsfall hinaus sinnvoll. In diesem Sinne ist es angeraten, einen einzelnen Beratungsfall nicht (nur) als Selbstzweck, sondern durchaus auch ein Stück weit als Mittel zu betrachten, um mit ihm eine weitergehende Entwicklung hin zu einer politischen Kultur, die von Demokratie und Partizipation geprägt ist, zu fördern. Dass dies gerade in Regionen mit nur gering vorhandenen KooperationspartnerInnen eine dauerhafte Herausforderung für die Beratungsarbeit darstellt, ist offensichtlich. Im Rahmen des Prozesses der Bürgerkonferenz sieht das Regionalzentrum dies jedoch erfüllt und erfolgreich umgesetzt.

Dem Landeskonzept und der Empfehlung der Evaluation entsprechend wurde in der Region Südvorpommern zum Ende des Jahres 2009 ein regionales Beratungsnetzwerk ins Leben gerufen und installiert. Seine Aktivität ist jedoch bisher begrenzt. Daher sind die erhofften Effekte - Zusammenarbeit mit wichtigen PartnerInnen, Handlungssicherheit für das Regionalzentrum, Vertrauen und Transparenz zwischen den PartnerInnen in der Region - bislang nicht zum Tragen gekommen.

5.3.5 Demokratiepädagogik

Die Demokratiepädagogik des Regionalzentrums Südvorpommern zielt darauf ab, Bedingungen so zu beeinflussen und zu befördern, dass „Gemeinschaft demokratisch gelebt werden kann“. Da ein demokratisches Miteinander nur in der konkreten Umsetzung lernbar sei, müsse die Demokratiepädagogik als ein langfristiger Prozess angelegt sein, um so auch nachhaltig wirken zu können. Aus Sicht des Regionalzentrums ist es unabdingbar, dass in der Demokratiepädagogik ressourcen- statt defizitorientiert vorgegangen wird. Dieser Demokratiebegriff, den das Regionalzentrum seinem Ansatz zu Grunde legt, findet seine Basis in den allgemein gültigen Menschenrechten, wozu auch wesentlich die Kinderrechte gehören. Er äußert sich im unmittelbaren Zusammenleben von Menschen und ist in diesem Zusammenhang nach Dewey durch die Dreiheit der Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform strukturiert. Seinen Kern stellt jedoch die Demokratie als Lebensform dar.

Das Regionalzentrum hält eine zusätzliche Ausweitung der Zielgruppe Schule im Konzept der Regionalzentren in zwei Richtungen für sinnvoll und notwendig. Die altersmäßige Ausdehnung der Zielgruppe richtet sich einerseits an die Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und andererseits die Erwachsenenbildung und Seniorenarbeit. Dies ist auch eine Konsequenz aus dem demographischen Wandel, der sich in Südvorpommern besonders stark vollzieht und durch die Abwanderung junger Menschen zusätzlich forciert wird.

Zur Evaluation des Arbeitsschwerpunktes „Demokratiepädagogik“ bot uns das Regionalzentrum mit der Fortbildung von Auszubildenden zur ErzieherIn und der Beratung einer Regionalschule zwei Prozesse an, die wir näher betrachteten.

Auszubildende zum Erzieher bzw. zur Erzieherin, die in ihrem Beruf mit Kindern und Jugendlichen verschiedener Altersstufen arbeiten werden, stellen für das Regionalzentrum eine wichtige Zielgruppe dar, weil sie MultiplikatorInnen der Demokratiepädagogik sind oder zumindest werden können. Der Prozess an einer Regionalen Schule steht dafür, dass Schulen trotzdem wichtige AdressatInnen der Demokratiepädagogik sind. Hier konzentriert sich die Arbeit des Regionalzentrums auf die Zusammenarbeit mit LehrerInnen, die ebenfalls MultiplikatorInnen der Demokratiepädagogik sind. Vor diesem Hintergrund werden die Ziele der Demokratiepädagogik z.T. mittelbar erreicht. So kann die Arbeit mit LehrerInnen und ErzieherInnen sie für die notwendigen demokratischen Werte und Kompetenzen von Kindern, Jugendlichen bzw. Schülern sensibilisieren und dazu beitragen, dass sie besser in der Lage sind, diese anzuregen oder zu vermitteln. Während der Effekt für die Arbeit der angehenden ErzieherInnen bisher nur vermutet werden kann, hat die Beratung und Selbstevaluation der Regionalen Schule direkt zu Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Kompetenzen der SchülerInnen geführt. So initiierte das Regionalzentrum, nachdem der Prozess der Selbstevaluation abgeschlossen war, eine Schülerdisko. Diese hat die an der Vorbereitung beteiligten SchülerInnen in die Lage versetzt, eine zweite ähnliche Veranstaltung mit Unterstützung der LehrerInnen ohne Hilfe des Regionalzentrums zu organisieren.

Da LehrerInnen und ErzieherInnen einen wesentlichen Einfluss auf die Schul- bzw. Einrichtungskultur haben, kann die Arbeit mit ihnen erheblich zu einer Demokratisierung und einer Öffnung für die Zusammenarbeit mit KooperationspartnerInnen aus dem Umfeld der Einrichtung und dem Gemeinwesen führen. Letzteres ist in dem Prozess an der Regionalen Schule ebenfalls erreicht worden, indem die Schule ihre Rolle als Akteur des örtlichen Gemeinwesens stärker wahrnimmt.

Charakteristisch und vom Regionalzentrum angestrebt ist in beiden Prozessen die längerfristige Zusammenarbeit mit den Einrichtungen, die durch einen kontinuierlichen Prozess, der aus mehreren anlassbezogenen, begrenzten Aktivitäten besteht. In beiden Fällen ist eine nachhaltige Wirkung zu erwarten, da die Ergebnisse der internen Evaluation in das Schulprogramm eingegangen sind und die Themen von mehreren Arbeitsgruppen bestimmen und die Schülerdisko jährlich wiederholt werden soll. Inzwischen liegt dem Regionalzentrum erneut eine Anfrage der Schule vor.

5.3.6 Sonderprofil

Da sich die Strukturschwäche und ländliche Prägung der Region als große Herausforderung für die Arbeit des Regionalzentrums herausstellte, bearbeitet es das Sonderprofil „Strukturentwicklung im ländlichen Raum“. Als Kern seines Sonderprofils betrachtet das Regionalzentrum die Aufgabe, Antworten auf die Frage nach Demokratie im ländlichen Raum zu finden sowie geeignete Methoden und Verfahren zu entwickeln.

Die Erkenntnisse bezüglich des Sonderprofils spiegeln sich in nahezu jedem Beratungsprozess und finden in der alltäglichen Arbeit ihren Wiederhall, da diese in der Regel im ländlichen Raum stattfindet. Daher ist die Zuständigkeit für diesen Arbeitsbereich nicht speziell geregelt, sondern alle MitarbeiterInnen fühlen sich für das Sonderprofil verantwortlich und denken die Ergebnisse in der Beratungspraxis stets mit. De facto hat sich jedoch eine gewisse Verantwortlichkeit eines Mitarbeiters der Mobilen Beratung für die Zusammenarbeit mit dem Lokalen Aktionsplan (LAP) in Wolgast sowie des Leiters für die überregionale, bundesweite Kooperation zum Thema „Strukturentwicklung im ländlichen Raum“ entwickelt.

Das Regionalzentrum formuliert seine wichtigsten Erkenntnisse für die Arbeit im ländlichen Raum in Form von fünf Thesen:

1. „Face-to-face-Kommunikation“ ist die wichtigste und effektivste Kommunikationsform.
2. Es erfordert einen hohen Aufwand an Beziehungsarbeit, um von den Menschen im ländlichen Raum als dazu gehörend akzeptiert zu werden.
3. Die Probleme im ländlichen Raum können nur von der Bevölkerung vor Ort selbst gelöst werden, da Handlungsanweisungen von Außenstehenden kaum angenommen werden.
4. Die konkreten Handlungsoptionen müssen aus der Problemerkennntnis abgeleitet werden.
5. Die Antworten auf den Bevölkerungsrückgang sind eine verstärkte Kooperation von Vereinen, Gemeinden u.a. sowie die Gestaltung effizienter Strukturen.

Bisher liegen zu dem Vertiefungsschwerpunkt jedoch noch keine schriftlichen Materialien vor. Ein diesbezüglicher Informationsaustausch mit den anderen Regionalzentren hat ebenfalls noch nicht stattgefunden. Das Regionalzentrum hat das Sonderprofil in seine eigene Arbeit integriert. Eine Notwendigkeit, die Ergebnisse zu dokumentieren und den anderen Regionalzentren zur Verfügung zu stellen, wurde von den MitarbeiterInnen bisher nicht als zentral angesehen.

5.3.7 Zusammenarbeit der Regionalzentren

Das Regionalzentrum Südvorpommern tauscht sich regelmäßig informell mit den Regionalzentren Mittleres Mecklenburg, Nordvorpommern und Westmecklenburg aus, mit dem Regionalzentrum Mecklenburgische Seenplatte sporadisch. Dieser Austausch findet auf Leitungs- und MitarbeiterInnenebene statt. Die Kooperation mit dem Regionalzentrum in Stralsund auf Ebene der Leitung wird einmal jährlich um eine gemeinsame Teamsitzung der MitarbeiterInnen ergänzt. So wurde darüber nachgedacht, die Sonderprofile „Wirtschaft und Arbeit“ und „Strukturentwicklung im ländlichen Raum“ gemeinsam zu bearbeiten.

Mit den Regionalzentren Westmecklenburg und Nordvorpommern findet darüber hinaus auf offizieller Ebene eine intensivere Zusammenarbeit statt. Die Regionalzentren Südvorpommern und Westmecklenburg, die sich beide in Trägerschaft der RAA befinden, treffen sich monatlich zur inhaltlichen Abstimmung und Fallberatung. Darüber hinaus arbeitet das Regionalzentrum Südvorpommern mit anderen Projekten der RAA wie dem Programm „Schule ohne Rassismus“ und den „Schulentwicklungsprogrammen“ zusammen.

Das Vorgehen bei einer Anfrage aus einer anderen Region ist im Regionalzentrum Südvorpommern festgelegt. Wenn es eine entsprechende Anfrage erhält, fragen die MitarbeiterInnen nach, ob der/die BeratungsnehmerIn bereits mit dem regional zuständigen Regionalzentrum Kontakt aufgenommen hat. Ist das nicht der Fall, wird er/sie an das „zuständige“ Regionalzentrum verwiesen. Wurde die Anfrage von dem anderen Regionalzentrum abgelehnt, wird sie in Abstimmung mit dem anderen Regionalzentrum bearbeitet. Dass bei überregionalen Veranstaltungen für alle Regionalzentren aller drei Träger geworben wird, gilt den MitarbeiterInnen des Regionalzentrums Südvorpommern als „selbstverständlich“.

Optimierungspotential in Bezug auf die landesweite Kooperation der Regionalzentren sieht das Regionalzentrum Südvorpommern bei der Landeskoordination für das Landes-

programm im Sozialministerium. Das Regionalzentrum wünscht sich von der Landeskoordination, dass sie ihre Steuerungsfunktion wahrnimmt, für eine inhaltliche Debatte zur Verfügung steht und den fachlichen Austausch zwischen den Regionalzentren, der Wissenschaft und relevanten Vereinen anregt und organisiert.

Anmerkung

Das Regionalzentrum Südvorpommern hat im Jahr 2010 einen Personalwechsel sowohl in der Leitung als auch im Aufgabenbereich Demokratiepädagogik zu bewältigen. In diesem Zusammenhang werden möglicherweise die Schwerpunktsetzung verändert und konzeptionelle Modifikationen vorgenommen. Die verbleibenden MitarbeiterInnen bilden zwar einen Stabilitätsfaktor bezüglich der bisherigen Arbeitsweisen und Schwerpunkte, das Regionalzentrum wird jedoch nicht umhinkommen, sich erneut auf einen gemeinsamen Arbeitsansatz und die eigene Rolle zu verständigen.

5.4 Regionalzentrum Mecklenburgische Seenplatte

Das Regionalzentrum Mecklenburgische Seenplatte liegt in Trägerschaft des Christlichen Jugenddorfwerks Waren (Müritz) und hat seinen Sitz in Neubrandenburg. Auf einer Fläche von knapp 5.900 km² ist es in seiner Region für etwa 293.000 BürgerInnen zuständig. Bei der Bewertung der Aktivitäten des Regionalzentrums sind die Ausgangsbedingungen bei seiner Gründung zu berücksichtigen. Das Regionalzentrum konnte bei seinem Aufbau - im Gegensatz zu allen anderen Regionalzentren - weder auf eine Vorläuferstruktur noch auf die Erfahrungen eines beim selben Träger agierenden Regionalzentrums, wie im Fall der Evangelischen Akademie und der RAA, zurückgreifen. Demzufolge mussten Kommunikations- und Organisationsstrukturen innerhalb des Trägers als auch zu den anderen Regionalzentren und weiteren relevanten PartnerInnen erst aufgebaut werden und waren damit die ansonsten für das „Kerngeschäft“ zur Verfügung stehenden Ressourcen zu einem Großteil zunächst gebunden.

5.4.1 Beratungsansatz

Das Regionalzentrum stellt in Übereinstimmung mit seinem christlichen Träger der Sozialen Arbeit die christliche Nächstenliebe, die durch eine klientenzentrierte Beratung und helfende Gespräche zum Ausdruck kommt, in den Fokus seines Menschenbildes. Seine BeratungsnehmerInnen betrachten die MitarbeiterInnen - entsprechend der christlichen Anthropologie - als in Freiheit agierende Wesen, die für sich selbst Verantwortung tragen. Die Arbeit des Regionalzentrums wird auf der Grundlage dieses Menschenbildes und christlicher Grundwerte, aus dem sich ein ganzheitlicher (sozial-)pädagogischer Ansatz mit vernetzter methodischer Vorgehensweise ergibt, umgesetzt.⁵⁷ Das Regionalzentrum versteht sich dabei als Anlauf- und Koordinierungsstelle für demokratisch gesinnte AkteurInnen und Strukturen, an der sich demokratische Ressourcen bündeln sowie Handlungsansätze und -strategien genutzt und ausgebaut werden. Nach ihrem Selbstverständnis sind die MitarbeiterInnen beratende DienstleisterInnen, die Hilfe zur Selbsthilfe geben und die den hilfesuchenden Menschen auf der Suche nach Lösungen mit fachlicher Kompetenz begleiten anstatt ihn zu bevormunden und entmündigen. Darüber hinaus sieht sich das Regionalzentrum in den Funktionen eines Impulsgebers und Krisenmanagers.

Als oberstes Ziel seiner Arbeit nennt das Regionalzentrum die Förderung von Demokratie und Toleranz und stellt dem alle Arten von Extremismus gegenüber, die mit seinem vom

57 Vgl. Die Leitlinien der Kernkompetenzen. Die Förderung der ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung im CJD. Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD), April 2006.

christlichen Glauben geprägten Selbstverständnis kollidieren. In seinem Aufgabenbereich Gemeinwesenberatung stellt es die Förderung von Kooperationen und Vernetzung in den Fokus. Hierfür wird die Methode der Moderation, die dem Leitgedanken „Betroffene zu Beteiligten machen“ folgt und bei der die allparteiliche Akzeptanz und empathische Vermittlung der Sichtweisen der BeratungsnehmerInnen im Mittelpunkt stehen, genutzt. Überdies zeichnet sich die Moderationsrolle durch eine prozess- und zielorientierte Haltung und Maßnahmen aus, bei denen demokratisch geführte Diskussionen in den Vordergrund gestellt werden.

Für die Arbeit des Regionalzentrums sind sowohl die Zielgruppen BürgerInnen als auch professionelle AkteurInnen als wichtige MultiplikatorInnen und KooperationspartnerInnen bedeutsam. Dabei orientieren sich die MitarbeiterInnen nicht ausschließlich am Thema Rechtsextremismus, sondern auch an der strategischen Frage, wo AkteurInnen, Zugänge und Zielgruppen im Querschnitt der möglichen Handlungsebenen erschlossen werden können.

Das Regionalzentrum betont bei seinen Beratungsprozessen grundsätzlich die positiv besetzten Bereiche der Präventionsarbeit und Projekte für Demokratie und Toleranz, die als Zugänge in eine Gemeinde genutzt werden. Erst nachdem ein ausreichendes Maß an Akzeptanz und Vertrauensbildung erreicht ist, werden auf deren Basis auch problematischere Aspekte und rechtsextreme Ereignisse in einem Ort konstruktiv-kritisch angesprochen. Demgegenüber wird der präventive Ansatz situationsadäquat und zugunsten eines intervenierenden Vorgehens bei krisenhaften Vorfällen und akuten Handlungsbedarfen aufgegeben. Dabei wird das gemeinsame Agieren mit den AkteurInnen vor Ort im Gegensatz zum ausschließlichen Reagieren angestrebt. Mit der Berücksichtigung dieser Selbstbestimmung seitens der BeratungsnehmerInnen konnte laut Regionalzentrum bislang in jedem Beratungsfall eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit erreicht werden.

Die Bearbeitung der Beratungsanfragen erfolgt im Regionalzentrum bedarfsorientiert. Mit Vorrang werden akute und krisenhafte Vorfälle mit einem mutmaßlich rechtsextremistischen Hintergrund behandelt. Entgegen der Konzeption, jedoch in Übereinstimmung mit allen anderen Regionalzentren, sehen die MitarbeiterInnen des Regionalzentrums Mecklenburgische Seenplatte nach einigen negativen Erfahrungen von schriftlichen Vereinbarungen weitestgehend ab. Aus ihrer Sicht haben diese auf BeratungsnehmerInnen und PartnerInnen einen kontraproduktiv abschreckenden und überfordernden Einfluss.

Um die öffentliche Wahrnehmung seiner Handlungsziele auszubauen und eine größere Bürgernähe zu erreichen, setzt das Regionalzentrum seit dem Jahr 2009 entsprechende Maßnahmen gezielter und konzeptionell verankert um. Darüber hinaus wird weiterhin versucht, den Bekanntheitsgrad des Regionalzentrums durch die Nutzung ständiger Gespräche mit vorhandenen und zu gewinnenden KooperationspartnerInnen, über die eigene Internetseite und durch die Verteilung von Informationsmaterialien zu erhöhen. Dennoch betont und verfolgt das Regionalzentrum eine insgesamt eher defensive Öffentlichkeitsarbeit, da es die Motivationsförderung von BürgerInnen, sich mit demokratiebildenden Themen auseinanderzusetzen und sie in Prozesse einzubinden, im Mittelpunkt seiner Arbeit verstanden wissen will.

5.4.2 Rechtsextreme Potenziale und Strukturen als Rahmenbedingung der Arbeit

Der überwiegende Teil der rechtsextremen Szene in der Region Mecklenburgische Seenplatte ist wie in vielen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns abseits der Parteien, aber inoffiziell nicht zwingend minder durch Hierarchien und Arbeitsteilung in verschiedenen freien Strukturen organisiert. Neben der NPD und der im Vergleich ausgesprochen

schwach aufgestellten DVU waren bis zum Jahr 2009 zwei Kameradschaften sowie mehrere bewegungsorientierte und subkulturelle Gruppen öffentlich wahrnehmbar. Führende rechtsextreme AkteurInnen in der Region sind zu einem großen Teil Mitglieder der NPD und Aufsteiger aus der Kameradschaftsszene. Zu ihnen zählen u.a. David Petereit, Jens Blasewitz und Norman Runge. Darüber hinaus können Marko Zimmermann sowie die Eheleute Alfred und Doris Zutt genannt werden.

Im Wirkungskreis des Regionalzentrums sind gleich zwei der sechs in Mecklenburg-Vorpommern aktiven NPD-Kreisverbände mit dem Vorsitzenden Marko Zimmermann in Mecklenburg-Strelitz bzw. Birger Lüssow in Mecklenburg-Mitte angesiedelt. Seit der Kommunalwahl 2009 besetzt die NPD in der Region insgesamt fünf Sitze, die sich mit jeweils einem Mandat auf den Kreistag Müritz sowie die Stadt- bzw. Gemeindevertretungen Neubrandenburg, Waren (Müritz), Neustrelitz und Friedland verteilen.

Zum bewegungsorientierten Rechtsextremismus in der Region zählt ebenso wie in der Region Mittleres Mecklenburg der inzwischen zwar verbotene, aber sehr wahrscheinlich weiterhin verborgen agierende Kameradschaftsbund Mecklenburgische Aktionsfront (MAF). Darüber hinaus sind die Kameradschaft Malchin (KSMC) und eine subkulturell orientierte Jugendszene bekannt. Der regionale Dachverband der Kameradschaften MAF war seit dem Jahr 2002 aktiv und wurde vom Verfassungsschutz als „eine der aktivsten neonazistischen ‚Kameradschaften‘ im Lande“ eingeschätzt.⁵⁸ Die KSMC, die 2009 im Unterschied zum Vorjahr kaum noch in Erscheinung getreten war, gilt als eine von den Gruppierungen in Mecklenburg-Vorpommern, die den „Autonomen Nationalisten“ zugeordnet und als besonders aktionistisch und gewaltbereit eingeschätzt werden. Weiterhin können der subkulturellen rechtsaffinen bzw. -extremen Szene in der Region Gruppierungen zugeordnet werden, die mit z.T. öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten wie dem jährlichen Tollense-Marsch bei Neubrandenburg, Infoständen, Übergriffen, Skinheadkonzerte etc. auf sich aufmerksam machen und die sich mit Schwerpunkt auf die Räume Waren, Neubrandenburg (Kameradschaft Neubrandenburg), Friedland (Nationale Sozialisten Friedland) und Burg Stargard (Stargarder Freundeskreis) verteilen.⁵⁹

5.4.3 Ergebnisse der schriftlichen Befragung

Die schriftliche Erhebung⁶⁰ zur Wahrnehmung und Einschätzung der Regionalzentren ergab, dass das Regionalzentrum in Neubrandenburg 29 von 31 aktuellen bzw. potenziellen BeraterInnen und PartnerInnen bekannt ist. Von diesen bestätigten wiederum 24 Befragte eine Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum, die sie durch Informationen und Beratung zu Rechtsextremismus (18), Präventionsarbeit (15), Demokratie und Partizipation (13), Vernetzung mit AkteurInnen, Projekten o.ä. (17) sowie Organisation von Veranstaltungen (10) als besonders hilfreich einschätzten. Hervorzuhebende positive Zustimmungswerte erlangte das Regionalzentrum durch seine Kompetenz (17), konstruktive Zusammenarbeit (17), gute Organisation (12) und sein Verständnis für Probleme der Befragten (14). Demgegenüber vermissten jeweils zwei der Befragten praktische Erfahrungen und eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit des Regionalzentrums sowie drei der Befragten ausreichend zeitliche und personelle Ressourcen für die Zusammenarbeit. Zusätzlich wurden als konkrete Verbesserungsvorschläge eine stärkere Vernetzung mit relevanten AkteurInnen und eine praktischere, d.h. weniger wissenschaftliche (Selbst-)Darstellung des Regionalzentrums und dessen Angebote formuliert.

58 Vgl. Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern (2008: 87f.).

59 Vgl. ebenda: (2009: 16; 27ff.).

60 Von den insgesamt 637 AdressatInnen der Befragung hatten 251 Personen den Fragebogen ausgefüllt zurückgesendet. Auf das Regionalzentrum Mecklenburgische Seenplatte entfielen im Ganzen 31 Fragebögen.

5.4.4 Mobile Beratung

Als Gegenstand der Untersuchung zur Arbeitsweise des Regionalzentrums in seinem Bereich der Mobilen Beratung wurde ein ganzer Landkreis in der Region Mecklenburgische Seenplatte ausgewählt, da hier eine Gesamtheit an Maßnahmen und Aktivitäten, die über eine einzelne Beratung einer Gemeinde hinausgeht, stattfindet. In Folge dessen fließen die betrachteten Einzelprozesse - die Beratung und Begleitung eines Lokalen Aktionsplans (LAP) und einer Gemeinde - in einen komplexen und mehrdimensionalen Gesamtberatungsprozess des Regionalzentrums ein und verdeutlichen umso mehr seine vernetzten Tätigkeiten.

Das Regionalzentrum ist als beratendes Mitglied im Begleitausschuss des untersuchten LAP tätig. Hier war es maßgeblich an dem Interessenbekundungsverfahren beteiligt, bot Unterstützung bei den Zielfindungskonferenzen und erstellte Analysen zum rechtsextremen Gefahrenpotenzial als auch demokratischen Gegenkräften im Landkreis. Dabei wurde deutlich, dass einerseits auffällig viele rechtsextreme Aktivitäten existieren, und dass andererseits das Thema Rechtsextremismus bereits als eine Querschnittsaufgabe im Landkreis behandelt wird, die demokratischen AkteurInnen aber einen nur geringen Vernetzungsgrad aufweisen. Demzufolge maß das Regionalzentrum in seinem Beratungsprozess der Vernetzung der AkteurInnen einen hohen Wert bei.

Bei dem Beratungsprozess der Gemeinde organisierte das Regionalzentrum eine Jugendveranstaltung. Dieser war bereits eine Gemeinwesenberatung und Zusammenarbeit mit dem lokalen Präventionsrat vorausgegangen. Dabei wurde aufgrund zahlreicher Vorfälle mit rechtsextremen Hintergründen und vorwiegend jugendlichen Beteiligten ein stärkerer Handlungsbedarf hinsichtlich der unzureichenden Angebote der regionalen Jugendarbeit als Brennpunktthema festgestellt. Das Regionalzentrum unterbreitete daraufhin den BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen in dem zuständigen Amtsbereich entsprechende Angebote. Nach einem ersten Vor-Ort-Gespräch in der untersuchten Gemeinde und in Abstimmung mit der verantwortlichen Bürgermeisterin sowie weiteren EinwohnerInnen und Jugendlichen wurde ein Film, dessen Hauptthematik die Gewaltbereitschaft des Menschen behandelt, vorgeführt. Begleitend veranstaltete das Regionalzentrum ein Grillen, um Gespräche und einen Austausch in entspannter Atmosphäre mit und zwischen den TeilnehmerInnen zu ermöglichen. Das Angebot wurde grundsätzlich von allen Beteiligten einstimmig begrüßt und soll auch wiederholt werden, jedoch waren zum Bedauern aller nur wenige Kinder und Jugendliche der Einladung gefolgt. Aus Sicht des Regionalzentrums und der TeilnehmerInnen war u.a. das an dem grundlegenden Interesse der älteren Jugendlichen für einen eigenen Jugendraum vorbei zielende Angebot hierfür ausschlaggebend. Die Einrichtung eines Jugendklubs wird von den EinwohnerInnen jedoch zwiespältig betrachtet, da hierfür eine professionell ausgebildete Aufsichtsperson fehle. Überdies sei ein kontinuierliches jugendspezifisches Angebot in der Gemeinde nicht notwendig, wobei in regelmäßigen Zeitabständen unterbreitete Angebote für Kinder und Jugendliche durchaus gewünscht werden. Letzteres will das Regionalzentrum langfristig und in Kooperation mit anderen Anbietern der Jugendarbeit durch eine mobile Jugendarbeit für die Gemeinde und das Umland realisieren.

Die skizzierten Beratungsprozesse stellen hinsichtlich ihrer Ausgangssituationen unterschiedliche Fälle dar. Die Mitwirkung des Regionalzentrums als beratendes Mitglied im Begleitausschuss des LAP geht auf eine aktive Anfrage und Bitte um Unterstützung zurück. Demgegenüber wurde der Kontakt zur Gemeinde eigeninitiativ gesucht. Beide Beratungsfälle weisen die förderlichen Voraussetzungen der Offenheit zur Zusammenarbeit und die Benennung eines Unterstützungsbedarfs seitens der BeratungsnehmerInnen auf. Während der Landkreis durch seinen LAP exponiert zu seiner Rechtsextremismusproblematik

Stellung bezieht und hierfür hoch sensibilisiert ist, wurden die rechtsextremen Phänomene im Umfeld der Gemeinde von den BewohnerInnen vorrangig als Ausdruck einer frustrierten Jugend, der es an sinnvollen Freizeitbetätigungen mangelt, betrachtet. Damit wird der Rechtsextremismus in der Region nicht grundsätzlich geleugnet, jedoch in Teilen verharmlost und ein eigenes Verantwortungsgefühl unterminiert. Demgemäß hat das Regionalzentrum mit der Jugendveranstaltung und ihrem zunächst unterhaltenden Charakter einen situationsadäquaten niedrigschwelligen Zugang genutzt. Ebenso sinnvoll und schlüssig ist der weitere Ansatz des Regionalzentrums, eine mobile Jugendarbeit im Landkreis zu initiieren, der sich an den Bedürfnissen der AkteurInnen vor Ort orientiert und somit deren weitere Aufgeschlossenheit zur Zusammenarbeit förderlich beeinflussen kann. Über seine Mitwirkung im Begleitausschuss des LAP konnte das Regionalzentrum seinen Auftrag der Beratung und Förderung von Kooperationen und Vernetzung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen optimal und zur Zufriedenheit aller Beteiligten umsetzen. Dabei wirkt sich die Ansiedlung der LAP-Koordinierungsstelle beim selben Träger CJD Waren (Müritz) zusätzlich begünstigend aus, da sie Abstimmungsgespräche mit dem Regionalzentrum vereinfachen und synergetische Nutzeffekte möglich machen.

Fragen hinsichtlich hemmender Faktoren in der Zusammenarbeit wurden von den BeratungsnehmerInnen z.T. mit zu geringen Kapazitäten des Regionalzentrums beantwortet. Weiterhin besteht eine besondere Herausforderung in der Erarbeitung eines Zugangs zu Gemeinden im ländlichen Raum, in denen das Regionalzentrum auf zahlreiche Hindernisse - ablehnende Kontaktversuche mit BürgermeisterInnen, Ängste vor Positionierungen gegen den lokalen Rechtsextremismus und fehlende tragende zivilgesellschaftliche Strukturen sowie engagierte AkteurInnen - stößt. Diese schwierigen Rahmenbedingungen speziell im ländlichen Raum sind kein Novum und betonen die Bedeutsamkeit des niedrigschwelligen Zugangs des Regionalzentrums, der sich an den Interessen der BeratungsnehmerInnen orientiert und praktische Angebote enthält.

5.4.5 Demokratiepädagogik

Das Regionalzentrum bezeichnet seine angestrebte Entwicklung von sozialen und demokratischen Kompetenzen⁶¹ als Demokratie-Bildung, in der es bewusst wissenschaftliche Erkenntnisse zur Demokratiepädagogik integriert. Unter Demokratie-Bildung versteht das Regionalzentrum zunächst Prävention und die (sozial-)pädagogische Methode des Instruierens. Zu diesen zählt es prozessorientierte Entwicklungen und die Vermittlung von schulergänzenden Maßnahmen und Methoden sowie die langfristige Etablierung und Förderung einer demokratischen Schul- und Institutionskultur. Für das Regionalzentrum ergibt sich die Bildung von Demokratie-Kompetenz aus der Verbindung der beiden Elemente Demokratie als Lebensform und politische Bildung. Erstere zeichnet sich durch die Wertschätzung der Demokratie und den Willen, diese leben zu wollen, aus. Die hierfür notwendigen Kompetenzen sollen einerseits durch erfahrungsbezogene Übungen mit z.B. SchülerInnen vermittelt werden und andererseits durch unterstützende Instruktionen von bspw. LehrerInnen im Schulunterricht nachhaltig integriert werden. Unter politischer Bildung, die das Regionalzentrum stets in seinen sozialpädagogischen Ansatz einordnet, werden fachwissenschaftlich orientierte und methodisch-didaktische Instrumente zur Förderung der für eine gesellschaftliche Partizipation notwendigen Lern- und Veränderungsprozesse sowie deren Vermittlung an MultiplikatorInnen verstanden.

61 In Anlehnung an Fauser (2007: 37) versteht das Regionalzentrum darunter: Perspektivübernahme, Konfliktfähigkeit und Toleranz, politische Urteilsfähigkeit, Partizipation und politische Handlungsfähigkeit sowie Analysieren gesellschaftlicher Teilsysteme.

Das Regionalzentrum unterscheidet im Bereich Demokratie-Bildung im Wesentlichen zwei Zielgruppen. Einerseits sind dies pädagogische KlientInnen und sogenannte Endabnehmer, unter denen bspw. SchülerInnen, Kinder, Jugendliche oder Auszubildende verstanden werden. Die zweite Zielgruppe stellen ehrenamtlich Tätige und MultiplikatorInnen wie LehrerInnen, Schul- und JugendsozialarbeiterInnen etc. dar, die über ihren Beruf bzw. ihr ehrenamtliches Engagement mit Kindern und Jugendlichen eng verbunden sind.

Das Regionalzentrum verfährt zunächst wie in seinen anderen Arbeitsfeldern auch, d.h. auf telefonische Anfragen folgen prinzipiell persönliche Gespräche vor Ort, bei denen mit den Beteiligten situations- und bedarfsgerechte Zielanalysen - z.T. unter Zuhilfenahme soziometrischer Verfahren⁶² - erstellt werden. Zum Repertoire der (sozial-)pädagogischen Methoden des Regionalzentrums zählen weiterhin Einzelfall- und Gruppenberatungen, erlebnispädagogische (Partizipations-)Methoden, sozialraumbezogene Analysen und Medienpädagogik. Bei der Umsetzung vereinbarter Maßnahmen begeben sich die MitarbeiterInnen auch in eine Akteursrolle. Dies ist u.a. ihren Erfahrungen geschuldet, dass sie bei KooperationspartnerInnen gelegentlich eine Unsicherheit oder Unerfahrenheit in der praktischen Umsetzung wahrnehmen. Um den Abbruch der bereits initiierten Zusammenarbeiten nicht durch Aufgaben- und Verantwortungsdelegationen zu gefährden, führt das Regionalzentrum bspw. Projektstunden selbst durch.

Die Nachhaltigkeit seiner Arbeit überprüft das Regionalzentrum vorrangig über gegenseitige Rückmeldungen in Auswertungsgesprächen mit den KooperationspartnerInnen. Perspektivisch soll ein standardisierter Feedback-Bogen erarbeitet werden, so dass die Einschätzungen u.a. zur Wirkung der demokratiebildenden Maßnahmen in die Teamberatungen und Konzeptentwicklungen des Regionalzentrums einfließen können. Ein weiteres strategisches Ziel verfolgen die MitarbeiterInnen mit der Entwicklung und Prüfung u.a. innovativer Methoden und Konzepte, die sich als Best-Practice-Modelle für eine Übertragung auf andere Institutionen und Schulen eignen.

Um seinen Aufgabenbereich Demokratie-Bildung exemplarisch darstellen zu können, wählte das Regionalzentrum zwei ähnliche Beratungsprozesse aus. In beiden Fällen standen die Zielgruppe SchülerInnen und Kooperationen mit den jeweiligen pädagogischen Fachkräften im Zentrum und wurden Projektvormittage mit SchülerInnen einer neunten Klassenstufe durchgeführt. Die Ausgangssituationen beinhalteten rechtsextreme Einstellungen und aggressiv diskriminierende Verhaltensweisen bei den SchülerInnen sowie in einem der beiden Fälle explizit Ausgrenzungen und eine fehlende Integration von MitschülerInnen mit Migrationshintergrund in den Klassenverband. Der Kontakt zum Regionalzentrum stand beides Mal im Zusammenhang mit bereits vorausgegangenen Kooperationen und Netzwerktreffen mit den SchulsozialarbeiterInnen der jeweiligen Schule. Hieran ist eine Effektivität der in Arbeitskreisen und Gremien vermittelnden und beratenden Tätigkeiten des Regionalzentrums erkennbar, das sich seinerseits als externer Kooperationspartner den Schulen gegenüber anbietet und zu deren Öffnung in das Gemeinwesen beiträgt.

Relevante Beteiligte und Ressourcen wurden durch die Integration der Schulleitungen, KlassenlehrerInnen, Teile des Kollegiums, SchulsozialarbeiterInnen und durch die zusätzliche Unterstützung durch StudentInnen der Hochschule Neubrandenburg bei der Umsetzung der Projektvormittage genutzt. Darüber hinaus sind weitere ungenutzte

62 Diese von Jakob L. Moreno (1889-1974) entwickelte Methode versucht, die sozio-emotionale Beziehungsstruktur zwischen Gruppenmitgliedern zu erfassen. Durch soziometrische Befragungen oder Beobachtungen der Gruppeninteraktion können bspw. der individuelle Sympathie- oder Machtstatus der jeweiligen Gruppenmitglieder sichtbar gemacht werden.

Potenziale für eine umfassendere Partizipation und Zusammenarbeit sichtbar geworden. Dies gilt insbesondere für die Elternschaft, bereits vorhandene Schulstrukturen und zahlreiche - auch ins Gemeinwesen reichende - Demokratie fördernde Projekte und Kooperationen. Die Umsetzung sowie Vor- und Nachbereitung der Projekte lagen maßgeblich in der Verantwortung des Regionalzentrums und wurden nur peripher von den Beteiligten vor Ort mitgetragen. Die MitarbeiterInnen betonen diesbezüglich ihre Funktion als InputgeberInnen, die Denkprozesse anregen, modellhafte Projekte durchführen, MultiplikatorInnen schulen und beraten sowie AkteurInnen vor Ort in den Prozessen dauerhaft begleiten. Zentral sei hierbei die gemeinsame Modul- und Konzeptentwicklung für eine alltagstaugliche, individuell angepasste und bedarfsgerechte Umsetzung des Demokratielernens und -lebens. Um das Ziel der Beratung und Schulung von MultiplikatorInnen stärker zu verfolgen, ist aus Sicht der Evaluation eine umfassendere Einbeziehung, Befähigung und größere Verantwortungsübernahme dieser AkteurInnen ratsam, die ihre Eigenständigkeit und somit ein nachhaltiges in der Schulkultur zu verankerndes Wirken des Regionalzentrums fördern können.

Das allgemeine Vorgehen des Regionalzentrums und dessen methodisch-didaktischen Instrumente weisen einen hohen Grad an Professionalität und Sorgfalt auf. Hierzu zählen u.a. die profunde Dokumentation der Fälle, die sozialempririschen Situationsanalysen und mit den BeratungsnehmerInnen gemeinsam formulierte Ziele der Zusammenarbeit. Darüber hinaus ließen die MitarbeiterInnen im Rahmen der Nachbereitung und Auswertung der Projekte eine verantwortungsbewusste Fürsorge gegenüber den Beteiligten walten, um ggf. nachträglichen Verstörungen bei ihnen vorzubeugen. Ebenso lässt sich eine situations- und klientengerechte Gestaltung der pädagogischen Methoden feststellen, die ein erfahrungsbezogenes und zur (Selbst-)Reflexion anregendes Lernen ermöglichen. Zu seinem professionellen Vorgehen zählt auch die Überprüfung und stete Qualitätsentwicklung der eigenen Arbeit in Kooperation mit der extern beratenden Hochschule Neubrandenburg. Anhand der projektbezogenen Resonanzen und Rückmeldungen der Projektbeteiligten sind positive Veränderungen in den demokratischen Urteils- und Handlungskompetenzen bei den SchülerInnen erkennbar geworden, die durch ihre zeitliche Nähe zu den Projekttagen vermutlich - wenn auch nicht ausschließlich - durch die Maßnahmen des Regionalzentrums günstig beeinflusst und gefördert wurden. Lehrkräfte und SchulsozialarbeiterInnen stellten bspw. fest, dass sich die SchülerInnen eingehender als zuvor mit eigenen Erfahrungen mit und den Wertvorstellungen sowie dem Verhalten von rechtsextremen Gruppen beschäftigten und diese stärker als zuvor in Frage stellten. Zudem seien ein stärkeres Wir-Gefühl und eine größere Verantwortungsübernahme entstanden, die bei einer überwiegend von den SchülerInnen organisierten Abschlussfahrt sichtbar wurden.

Aus Sicht der Evaluation empfiehlt sich für das Regionalzentrum, seine im Rahmen der Projektstage gewonnenen Erkenntnisse systematischer zusammenzutragen und - im Sinne von Effizienz und Nachhaltigkeit - dazu überzugehen, die eigentliche Umsetzung von Schulprojekten stärker in der Verantwortung der Schulangehörigen anzuregen.

5.4.6 Sonderprofil

In seinem Vertiefungsschwerpunkt „Arbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen“ verfolgt das Regionalzentrum die strategische Konzeptentwicklung und Umsetzung von Angeboten für sozial Benachteiligte, die von Instrumenten zur demokratischen Partizipation ausgegrenzt sind bzw. diese nur schwer für sich nutzbar machen können. Im Fokus stehen dabei folgende sogenannte Problemgruppen:

- männliche und/oder bildungsferne Jugendliche und junge Erwachsene
- Kinder und Jugendliche mit Anspruch auf Eingliederungshilfen gemäß §§16-41 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII)
- Jugendliche und junge Erwachsene in der (Förder-)Schul- und Berufsausbildung

Im Rahmen seines Vertiefungsschwerpunktes stellte das Regionalzentrum zunächst Analysen und Vorüberlegungen über relevante Faktoren an, die einen Einfluss auf die Lebenssituation, die schulischen bzw. beruflichen Entwicklungschancen und die Möglichkeiten zur demokratischen Partizipation sozial Benachteiligter nehmen. Erfahrungsgemäß ist der Erfolg inhaltlich qualitativer Konzeptionen unmittelbar von der Schaffung geeigneter Zugänge zu den Zielgruppen abhängig. Neben den Bereichen Bildung, Arbeit und Beschäftigung sieht das Regionalzentrum hierbei Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen als wichtige Arbeits- bzw. Zugangsfelder, da sich u.a. anhand bereits durchgeführter Projekte gezeigt hat, dass bspw. familiäre Probleme die Entwicklung sozialer und demokratischer Kompetenzen von Kindern maßgeblich mitbestimmen, und dass diesen Einflüssen daher möglichst frühzeitig und präventiv begegnet werden muss. Weiterhin misst das Regionalzentrum seiner aufsuchenden Arbeit im unmittelbaren Sozialraum von sozial Benachteiligten eine große Bedeutung bei.

Die Dokumentation bzw. Veröffentlichung der bisherigen Arbeitsergebnisse erfolgte u.a. in Form eines Fachtages für Kita-ErzieherInnen, dessen Erfahrungen auch in eine Kooperation mit einer Bürgerinitiative einfließen. Bis dato konnte eine Grobkonzeption erarbeitet werden, die weiterhin entwickelt, erprobt und auf weitere Bereiche übertragen werden soll. Die Verschriftlichung und Visualisierung der bisherigen Ergebnisse konnte das Regionalzentrum aus Mangel an zeitlichen Ressourcen noch nicht umsetzen. Sowohl die initialen Aktivitäten in seinem Vertiefungsschwerpunkt als auch dessen konzeptionell verankerte Weiterentwicklung sollten richtungsweisend bleiben und mit einer hierfür notwendigen Ausstattung an Ressourcen versehen werden.

5.4.7 Zusammenarbeit der Regionalzentren

Neben den gemeinsam wahrgenommenen und durch die Landeskoordination initiierten Sitzungen kooperiert das Regionalzentrum - orientiert an Anlässen und gleichen Interessenschwerpunkten - sporadisch im Rahmen informeller Gespräche mit allen anderen Regionalzentren. Ein aktiverer Austausch war bislang aus Zeitgründen, wegen starker Mitarbeiterfluktuationen und -ausfällen sowie der weiten Entfernung zwischen den Regionalzentren nicht praktikabel. Perspektivisch soll ein stärkerer Austausch, bspw. über die Arbeitsgruppe Demokratiepädagogik, genutzt werden. Eine Zusammenarbeit mit den anderen Regionalzentren wird aufgrund der bisherigen Kooperationen und der dabei erzielten Arbeitserfolge weiterhin grundsätzlich angestrebt. Die wie in der Konzeption der Regionalzentren intendierte Anregung zur Vernetzung durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen ist jedoch bisher nicht gelungen und wird durch geringe Vertrauensverhältnisse bei einzelnen Regionalzentren konterkariert, weshalb das Regionalzentrum sich eine grundsätzlich kollegialere, aufrichtigere und vertrauenswürdigere Zusammenarbeit wünscht.

5.5 Regionalzentrum Westmecklenburg

Das Regionalzentrum Westmecklenburg liegt in Trägerschaft der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern e.V. (RAA) und hat seinen Sitz in Ludwigslust. Es ist für die Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Parchim sowie die kreisfreien Städte Wismar und Schwerin zuständig. Die Region umfasst 7.000 Quadratkilometer und knapp 481.000 EinwohnerInnen. Damit ist die Region Westmecklenburg die größte der von einem Regionalzentrum betreuten Regionen. Das Regionalzentrum ging aus dem MBT Schwerin hervor und konnte dadurch im Wesentlichen eine Personalkontinuität bewahren.

5.5.1 Beratungsansatz

Das Regionalzentrum Ludwigslust verfolgt nach eigenen Angaben mit seiner Arbeit drei zentrale Prinzipien: die Befähigung zum demokratischen Handeln und Dienstleistungs- sowie Gemeinwesenorientierung. Das übergeordnete Ziel jedes Prozesses ist für das Regionalzentrum, die Handlungsfähigkeit der BeratungsnehmerInnen zu stärken und sie in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit eigenständig weiterzuführen. Das Selbstverständnis der MitarbeiterInnen ist sehr vielfältig und wird als erforderliches, weil an den Bedürfnissen der zu Beratenden orientiertes, „Rollenpuzzle“ betrachtet. Allem voran versteht sich das Regionalzentrum nicht als skandalisierender Lösungsbringer, sondern als beratender und begleitender Ideenlieferer.

Die konkrete Zielbestimmung für den Beratungsprozess wird ausschließlich durch die BeratungsnehmerInnen vorgenommen, das Regionalzentrum definiert seine Rolle daher in erster Linie als Berater, der die BeratungsnehmerInnen bei Bestimmung ihrer Zielstellung sowie der Umsetzung ihres selbst gewählten Ziels unterstützt, niemals jedoch von sich aus Ziele vorgibt. Die Aufgabe des Regionalzentrums ist es in diesem Zusammenhang lediglich, den zur Zieldefinition notwendigen Reflexionsprozess anzustoßen und zu begleiten. In keinem Fall begreift das Regionalzentrum sich als Akteur, der selbst aktiv wird, sondern immer als Berater, der die Aktivitäten der BeratungsnehmerInnen begleitet und unterstützt.

Das Regionalzentrum orientiert sich in der Regel daran, möglichst viele AkteurInnen in einen Beratungsprozess einzubeziehen, um das Handeln auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Die Vermittlung von Methoden und Techniken der Moderation mit dem Ziel der eigenständigen Handlungsfähigkeit der BeratungsnehmerInnen findet nach Auffassung des Regionalzentrums durch Beispiel und Vorbild in hinreichender Weise statt und muss nicht in einer Fortbildung gelehrt werden. Wenn das Regionalzentrum den Eindruck gewinnt, die BeratungsnehmerInnen seien in der Lage, den Prozess eigenständig zu führen, würden die Verantwortlichkeiten an lokale AkteurInnen abgegeben.

Das Regionalzentrum Westmecklenburg sieht in der Regel von formalisierten Beratungsplänen bzw. Zielvereinbarungen ab, führt jedoch zu Beginn eines Beratungsprozesses eine „Auftragsklärung“ durch, wobei die Erwartung der BeratungsnehmerInnen an das Regionalzentrum erfragt und ein Angebot des Regionalzentrums unterbreitet wird. Daraus entsteht eine Übereinkunft über die Leistung, die das Regionalzentrum erbringen soll. In jedem Beratungsprozess findet ungefähr jährlich ein Reflexionsprozess über den aktuellen Stand, die Ziele, Aufgaben, bestehende Bedarfe und erreichte Ergebnisse statt, in dem das weitere Vorgehen und die Anforderungen an das Regionalzentrum geklärt werden.

Das Ende eines Beratungsprozesses ist nach Auffassung des Regionalzentrums erreicht, wenn die Zielstellung verwirklicht ist. In der Praxis jedoch stellt sich die Definition des Zeitpunktes, an dem eben dieses der Fall ist, als sehr schwierig heraus. Dies hängt in erster

Linie mit der Feststellung sehr allgemeiner Ziele durch die BeratungsnehmerInnen zusammen.

Das Regionalzentrum bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen den - z.T. überzogenen - Erwartungen der BeratungsnehmerInnen und der Rolle des Regionalzentrums als Dienstleister und Berater.

5.5.2 Rechtsextreme Potenziale und Strukturen als Rahmenbedingung der Arbeit

Die Region Westmecklenburg ist geprägt durch ihre Lage an der Grenze zu den alten Bundesländern und der Nähe zu Hamburg sowie ihre wirtschaftlich vergleichsweise günstige Situation. Die Arbeitslosigkeit in der Region liegt deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Die rechtsextreme Szene ist durch die NPD dominiert, was u.a. auf den koordinierten Zuzug und die Ansiedlung zahlreicher NPD-Kader aus Westdeutschland in den 1990er Jahren zurückzuführen ist. Insbesondere von ihnen geht der systematische Versuch der Verankerung in der Zivilgesellschaft aus, der sich an der „Drei-Säulen-Strategie“ orientiert. Trotzdem findet eine intensive Kooperation aller Kräfte des rechtsextremen Spektrums statt. Gemeinsame Aktivitäten finden jedoch eher punktuell, bei Veranstaltungen, Infoständen etc. statt. Eine Ausnahme bildet in dieser Hinsicht die Hansestadt Wismar, in der sich rechtsextreme Gruppen und Strukturen jenseits der NPD gebildet haben, die den Kontakt und die Zusammenarbeit mit der NPD und jeder anderen rechtsextremen Partei eher ablehnen.

Im Kreisverband Westmecklenburg der NPD, der die gesamte Region umfasst, spielen die Region Ludwigslust bzw. die dort ansässigen Kader die dominante Rolle, sie wirken über die Region hinaus. Vom Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Udo Pastörs und Stefan Köster in Lübbtheen ausgehend werden insbesondere die Strukturen in den anderen Landkreisen unterstützt. Im April 2010 eröffneten Pastörs und Köster ein zweites Büro im so genannten „Thing-Haus“ in Grevesmühlen.

Im Zuge der Kommunalwahl 2009 zog die NPD in die Kreistage der Region jeweils mit zwei Mitgliedern ein, in der Stadtvertretung Wismar besetzt sie einen Sitz. Darüber hinaus sitzen NPD-Mitglieder in den Stadtvertretungen von Neukloster, Ludwigslust, Lübbtheen, Boizenburg, Wittenburg, Sternberg und Lübz sowie der Gemeindevertretung von Dabel. Lediglich in den Gemeinden Teldau und Demen reichte das Ergebnis nicht für den Einzug.

Über diese Formen des organisierten Rechtsextremismus hinaus gibt es in vielen Bereichen nur teilweise politisierte subkulturell orientierte Cliquen, die keine Kameradschaften im eigentlichen Sinn darstellen, sondern eher im jugendkulturellen Bereich anzusiedeln sind.

5.5.3 Ergebnisse der schriftlichen Befragung

51 der 73 Befragten, die uns im Rahmen unserer nicht-repräsentativen Erhebung⁶³ den Fragebogen ausgefüllt hatten, kannten das Regionalzentrum Westmecklenburg. Von den Befragten⁶⁴, die angaben, das Regionalzentrum zu kennen, gaben 34 Personen an, mit ihm zusammenzuarbeiten oder zusammengearbeitet zu haben.

63 Von den insgesamt 637 AdressatInnen der Befragung hatten 251 Personen den Fragebogen ausgefüllt zurückgesendet. Auf das Regionalzentrum Westmecklenburg entfielen im Ganzen 73 Fragebögen.

64 Diese Frage wurde trotz des Hinweises, dass sie nur für diejenigen gilt, die das Regionalzentrum kennen, von 52 Personen beantwortet.

Die Informationen bzw. die Beratung des Regionalzentrums zum Thema Rechtsextremismus wurden von 27 Personen als hilfreich oder sehr hilfreich eingeschätzt, 20 empfanden die Informationen bzw. die Beratung zu Prävention als Hilfe, 20 weitere lobten die Vernetzung. Positiv bewertet wurden die Kompetenz der MitarbeiterInnen des Regionalzentrums von 28 Befragten und ihre Konstruktivität von 25. Weitere 25 Personen gaben an, das Regionalzentrum weiterzuempfehlen und 24 schätzten die Zusammenarbeit als erfolgreich ein.

Sieben Befragte gaben jedoch an, nicht ausreichend zur eigenständigen Tätigkeit befähigt worden zu sein, fünf waren der Ansicht, dass ihre Handlungssicherheit nicht ausreichend gestärkt worden sei und weitere fünf sahen ihr Problem nach dem Ende der Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum als nicht gelöst an. Verbessert werden könnte nach Ansicht von sechs Befragten die finanzielle und Stundenausstattung. Zwei wünschen sich mehr Öffentlichkeitsarbeit und (überregionale) Vernetzung. Außerdem sollten konkretere Vorschläge gemacht werden und die Regionalzentren mehr untereinander zusammenarbeiten. Ergänzt wurden die Verbesserungsvorschläge durch Ideen der Befragten, die sich mehr Austausch und Vernetzung sowie mehr Zusammenarbeit mit verschiedenen AkteurInnen wünschten. In Bezug auf die Ausstattung sollten mehr Personalstellen bereitgestellt und die finanzielle und personelle Sicherheit verbessert werden. Schließlich sollte die präventive Arbeit ausgebaut und der Fokus mehr auf die Entwicklung der pro-demokratischen lokalen Gesellschaft statt auf Anti-Rechts-Arbeit gelegt werden.

5.5.4 Mobile Beratung

Im Rahmen der Untersuchung der Beratungstätigkeit der Regionalzentren wurden zwei Beratungsprozesse des Regionalzentrums Westmecklenburg näher betrachtet. Bei diesen handelt es sich um zwei nahezu gleichartige „klassische Beratungsfälle“ in ein und demselben Landkreis, weshalb ihnen sehr ähnliche Bedingungen zugrunde liegen.

Nachdem örtliche NPD-Kader in einer kleineren Stadt im Landkreis begannen, stärker öffentlich in Erscheinung zu treten und sich gesellschaftlich zu engagieren, unterstützte das Regionalzentrum die Bürgermeisterin bei der Bildung einer Initiativgruppe, die über das Thema Rechtsextremismus aufklären und die Bevölkerung dafür sensibilisieren wollte, um den Einfluss Rechtsextremer zu begrenzen und die Bürger der Stadt für Demokratie und Toleranz zu aktivieren.

Nachdem die Landtagswahl 2006 einen gegenüber dem Landesergebnis deutlich überdurchschnittlichen Stimmenanteil für die NPD in der Stadt ergab, wurde auf Initiative des Regionalzentrums eine Neuorientierung der Gruppe vorgenommen und sie in eine positive, stärker demokratieorientierte Richtung gelenkt. Darüber hinaus wurde ein „Lokales Bündnis“ gegründet und dadurch der Kreis der Beteiligten deutlich erweitert. Die aktuelle Situation ist charakterisiert durch die Konsolidierung des Lokalen Bündnisses als breites gesellschaftliches Bündnis sowie durch den Einzug von NPD-VertreterInnen in der Stadtvertretung im Zuge der Kommunalwahl 2009.

Die an der Initiativgruppe Beteiligten haben durch den Beratungsprozess zahlreiche Kompetenzen gewonnen und ihre Arbeit professionalisiert. So wurde ihre Handlungssicherheit gestärkt, es ist ein verlässlicher Informationsaustausch etabliert, sie sind „Profis in der Außendarstellung“ geworden und haben durch praktische Erfahrung Kompetenzen im Bereich der Prozessgestaltung erworben.

Der zweite Beratungsprozess entwickelte sich langsam, indem zunächst nur sporadisch anlassbezogene Kontakte aufgenommen wurden. Ziel war es, einen Konflikt zwischen

linken Jugendlichen, die sich von der Polizei zu Unrecht als Täter und Unruhestifter verdächtigt fühlten, und der Polizei zu lösen. Aus dieser Problematik entwickelte sich zudem ein Bündnis, dessen Beratung und Moderation das Regionalzentrum übernahm.

Nach den ersten Aktivitäten und Veranstaltungen des Bündnisses zeigten sich Erträge bei den Beteiligten aus der Zusammenarbeit mit dem Regionalzentrum. So hat es die Funktion, die Engagierten in ihrer Arbeit mit dem Bündnis zu bestärken und sie zu ermutigen, schwierige Wege fortzusetzen. Das Regionalzentrum vermittelte Handlungssicherheit, indem es Hilfestellung gab und jederzeit für Nachfragen erreichbar war. Darüber hinaus ist es für viele hilfreich gewesen, andere Betroffene kennenzulernen, und zu wissen, dass man mit seiner Position gegen die Rechtsextremen nicht allein ist.

Im Hinblick auf die konkreten Beratungsprozesse kann die von einigen AkteurInnen beschriebene lenkende Funktion des Regionalzentrums als aktive Moderation interpretiert werden, die Ausdruck seiner Zweckorientierung ist, denn die Richtung der Arbeit wurde jederzeit von der Initiativgruppe vorgegeben und die Steuerung des Prozesses fand mit ausdrücklichem Einverständnis der Beteiligten statt. Dass die AkteurInnen während des Beratungsprozesses quasi nebenbei wichtige Kompetenzen für die Gestaltung von gelingenden Prozessen, die Vermittlung demokratischer Werte ohne einen moralischen Zeigefinger u.a. Dinge erwerben, ohne darin unmittelbar geschult zu werden, spricht für das strategische Denken des Regionalzentrums. So werden die einzelnen Schritte in dem konkreten Beratungsprozess nicht nur auf das von den BeratungsnehmerInnen definierte Ziel des Prozesses hin ausgerichtet, sondern auch in einen Zusammenhang mit dem impliziten Ziel des Regionalzentrums selbst die AkteurInnen zum eigenständigen, demokratischen Handeln zu befähigen, gestellt.

Was die Ziele der BeratungsnehmerInnen betrifft, scheint es angeraten, darauf hinzuwirken, sie weniger allgemein, dafür aber realistischer und fass- bzw. abrechenbarer zu gestalten, um Demotivationserlebnisse wie in einem der Beratungsfälle zu vermeiden, als man feststellen musste, dass man den Einzug der NPD in den Landtag nicht hatte verhindern können. Um grundsätzliche Zielstellungen nicht außen vor lassen zu müssen, sollten kurz- und langfristige Ziele vereinbart werden. Dadurch können über die Abrechnung kurzfristiger Zielstellungen regelmäßig Erfolge sicht- und erlebbar werden.

5.5.5 Demokratiepädagogik

Das Regionalzentrum Westmecklenburg betrachtet Demokratiepädagogik als „Hintergrundfolie“ für das Arbeiten in allen Arbeitsbereichen dahingehend, dass Werte und Kompetenzen vermittelt werden, die dem demokratischen Zusammenleben von Menschen dienen. Dabei gilt Pädagogik als die zielgerichtete Beeinflussung von Menschen, in diesem Fall auf das Ziel hin, dass demokratische Werte verinnerlicht und Gelegenheiten geschaffen werden, Demokratie zu erfahren (Erfahrungslernen). Die Perspektive der Demokratiepädagogik des Regionalzentrums richtet sich demnach nicht nur auf die Einzelperson, die demokratische Werte und Kompetenzen erfahren bzw. erlernen kann, sondern auch auf das Umfeld und die Strukturen, die eine Aneignung dessen ermöglichen bzw. erleichtern können. Bei letzteren handelt es sich u.a. um Beteiligungsstrukturen innerhalb einer Einrichtung und in deren Umfeld, die Einbindung der Einrichtung in das sie umgebende Gemeinwesen und die Haltungen von PädagogInnen zum Thema Demokratie und Partizipation, aber auch die Gemeinschaft, in der die einzelne Person lebt. Das Ziel der Demokratiepädagogik ist es, „den Einzelnen zu befähigen, die Dinge, die ihn selbst angehen, selbstorganisiert und selbstbestimmt anzugehen und auch gemeinschaftlich zu agieren“. Daher sieht die Demokratiepädagogik mit einer normativen Perspektive auf die Bildungseinrichtung als Ganzes.

Der Demokratiebegriff des Regionalzentrums orientiert sich an Himmelmanns⁶⁵ Dreiteilung der Demokratie, die definiert wird als

1. eine politische Ordnung, die durch Parteienvielfalt, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung etc. gekennzeichnet ist,
2. Gesellschaft, in der Pluralismus, Sozialstaatsprinzip usw. gelten, sowie
3. Handlungsprinzip im Alltag bzw. unmittelbaren Lebensumfeld, in dem Demokratie tatsächlich gelebt werden kann.

Dies soll Demokratiepädagogik ermöglichen und anleiten. Zielgruppen der demokratiepädagogischen Angebote des Regionalzentrums Westmecklenburg sind in erster Linie MitarbeiterInnen pädagogischer Einrichtungen, die durch ihre Arbeit die Lebens- und Lernbedingungen von Kindern und Jugendlichen maßgeblich beeinflussen und daher als MultiplikatorInnen der Demokratiepädagogik wirken.

Die von uns näher untersuchten Projekte aus dem Bereich der Demokratiepädagogik betrafen beide Prozesse im Rahmen des Programms „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“.⁶⁶ Das Programm wurde 1995 in Deutschland initiiert. Seitdem haben 709 Schulen in Deutschland den Titel erworben, der voraussetzt, dass 70 Prozent der an der Schule Beteiligten sich durch ihre Unterschrift zu dem Selbstverständnis der „Schule ohne Rassismus“ bekennen, sich gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt einzusetzen und jährlich mindestens ein Projekt zu den Themen durchzuführen, sowie dass ein Pate die Schule in der Umsetzung des Programms begleitet.

Die beiden untersuchten Prozesse werden von der Evaluation hinsichtlich ihrer Ergebnisse als erfolgreich eingeschätzt. So haben sie sicher zum Engagement von SchülerInnen beigetragen, die von den klassischen Instrumenten bzw. Gremien der Schülermitbestimmung wie KlassensprecherIn, Schülervertretung oder dem Kreis- und Landeschülerrat nicht angesprochen werden, und eröffnen trotzdem die Möglichkeit, diese Gremien einzubeziehen und zu stärken. Zudem beschäftigt sich das Programm „Schule ohne Rassismus“, anders als die Gremien der Schülermitbestimmung, vorrangig mit Fragen von Vorurteilen, Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt und wirkt dem entgegen. Seine positiven Effekte sehen wir vor allem in der Aktivierung der SchülerInnen, da sie die Aktivitäten selbst in die Hand nehmen, Veranstaltungen organisieren etc. Dadurch werden ihre Kompetenzen gestärkt, sie lernen, sich selbst zu organisieren, im Team zusammenzuarbeiten, andere Menschen zu überzeugen und zu mobilisieren.

Die Schulkultur der „Schulen ohne Rassismus“ kann allein schon durch die Verleihung des Titels verändert werden, der das Engagement der Schule und ihrer Beteiligten auch nach außen signalisiert. Zudem verlangt das Programm regelmäßige Aktivitäten gegen Vorurteile, Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Dies wird umgesetzt und zeigt ebenfalls Auswirkungen auf die Schulkultur.

Durch die Zusammenarbeit mit den externen Paten, die die jeweilige Schule zur Unterstützung auswählt, ist auch ein erster Schritt in Richtung der Öffnung der „Schulen ohne Rassismus“ für die Zusammenarbeit mit außerschulischen PartnerInnen bereits im Prozess der Bewerbung um den Titel angelegt. Die regelmäßigen Aktivitäten im Rahmen des Programms bieten darüber hinaus viele Gelegenheiten, mit KooperationspartnerInnen

65 Vgl. Himmelmann (2004).

66 Das Programm wird im Folgenden als „Schule ohne Rassismus“ bezeichnet.

im Gemeinwesen zusammenzuarbeiten. Damit wurden in den Prozessen die wichtigsten demokratiepädagogischen Zielstellungen erreicht.

Das Programm wurde von den MitarbeiterInnen des Regionalzentrums betreut, aus unserer Sicht gestaltete sich die Zusammenarbeit in den von uns untersuchten beiden Prozessen als effektiv und für die jeweiligen Schulen gewinnbringend. Durch die Einbettung der demokratiepädagogischen Arbeit des Regionalzentrums in das relativ stark formalisierte Programm „Schule ohne Rassismus“ ist eine „individuelle Evaluation“ des demokratiepädagogischen Profils nur schwer möglich. Eine detaillierte Bewertung der Arbeit der Demokratiepädagoginnen war anhand der ausgewählten Prozesse ebenfalls kaum möglich.

5.5.6 Sonderprofil

Das Regionalzentrum Westmecklenburg bekam als Sonderprofil die landesweite Koordinationsstelle des bereits oben beschriebenen Programms „Schule ohne Rassismus“ zugewiesen. Die RAA als Träger des Regionalzentrums war bereits zuvor damit beauftragt, so dass bereits eine Tradition und Vorerfahrungen bestanden. Die Entscheidung, diese vormals nicht finanziell unterfütterte Aufgabe als Sonderprofil in das Regionalzentrum zu überführen, ermöglichte eine bis dahin ehrenamtliche Struktur in professionelle Strukturen zu integrieren. Die Koordinationsstelle, die im Rahmen des demokratiepädagogischen Schwerpunktes und gleichzeitig als Sonderprofil beim Regionalzentrum angesiedelt ist, hat zum einen die Aufgabe der Akquise der Schulen, die sich um eine Aufnahme im Programm „Schule ohne Rassismus“ bemühen, und zum anderen die Betreuung der Schulen, die bereits über dieses Zertifikat verfügen.

Die Demokratiepädagogin, die die „Schulen ohne Rassismus“ betreut, nennt als wesentliche Rahmenbedingung ihrer Arbeit die hohen Fahrtzeiten, die entstehen, wenn sie die sieben „Schulen ohne Rassismus“ im Land besucht. Um die Fahrtzeiten zu reduzieren und dadurch die demokratiepädagogische Arbeit des Regionalzentrums effektiver zu gestalten, wäre eine regionale Aufteilung für die reine Betreuung der „Schulen ohne Rassismus“ denkbar. Das würde bedeuten, dass jedes Regionalzentrum die „Schule(n) ohne Rassismus“ betreut, die sich in seiner Region befindet/n.

Das Programm „Schule ohne Rassismus“ birgt als Sonderprofil im Rahmen der Konzeption der Regionalzentren einige Schwierigkeiten. Der Gedanke des Aufbaus von spezifischer Expertise in einem konkreten Handlungsfeld kann über dieses Sonderprofil aufgrund der „reglementierten“ Struktur des Programms nicht erfolgen. Aus unserer Sicht ist hier eine Entscheidung notwendig. Entweder wird die Arbeit mit dem Programm „Schule ohne Rassismus“ als Sonderprofil des Regionalzentrums behandelt und dementsprechend Gegenstand der Kooperation der Regionalzentren oder das Regionalzentrum Westmecklenburg entwickelt ein anderes Sonderprofil, das die Anforderungen eines Sonderprofils erfüllt und Gegenstand der Kooperation wird.

Als eine perspektivisch wichtige Herausforderung erscheint die weitere Verbreitung des Programms „Schule ohne Rassismus“ in Mecklenburg-Vorpommern. Die Anzahl der Schulen, die den Titel tragen, ist mit sieben und im Vergleich zu den anderen ostdeutschen

Bundesländern⁶⁷ relativ gering. Aktuell finden jedoch an 18 Schulen des Landes Zertifizierungsprozesse statt, von denen die Demokratiepädagogin des Regionalzentrums 14 als sehr Erfolg versprechend bewertet.

5.5.7 Zusammenarbeit der Regionalzentren

Das Regionalzentrum Westmecklenburg arbeitet nach eigenen Angaben eng mit dem Regionalzentrum Südvorpommern zusammen, das sich ebenfalls in Trägerschaft der RAA befindet. Mit ihm finden gemeinsame Teamsitzungen und Leiterberatungen statt, bei denen aktuelle Fälle diskutiert werden. Zudem nehmen die MitarbeiterInnen gemeinsam an Fortbildungen der RAA teil. Der Fachaustausch mit den anderen Regionalzentren wird vermittelt über das Sozialministerium im Rahmen der landesweiten Treffen organisiert, von denen das Regionalzentrum Westmecklenburg sich jedoch mehr fachliche und weniger organisatorische Diskussionen wünscht. Themenbezogen arbeitet das Regionalzentrum in Ludwigslust darüber hinaus mit einzelnen Regionalzentren zusammen.

Als förderliche Faktoren für die Vernetzung der Regionalzentren bewertet das Regionalzentrum die noch zu leistende gemeinsame Verständigung über Qualitäts- und Beratungsstandards für die Regionalzentren und die Arbeit an einer „politisch-methodischen Strategie“. Die Würdigung der unterschiedlichen Arbeitsansätze und Trägerphilosophien stellt eine Chance für die Kooperation der Regionalzentren dar. Hinderlich dagegen wirkt die Arbeitsbelastung der MitarbeiterInnen der Regionalzentren. So steht die Vernetzung der Regionalzentren in Konkurrenz zur Arbeit in den Regionen.

67 In Sachsen-Anhalt gibt es 50, in Brandenburg 41, in Sachsen 39 und in Thüringen 15 „Schulen ohne Rassismus“. Die Unterschiede relativieren sich anhand des Verhältnisses zwischen der Anzahl der „Schulen ohne Rassismus“ und den SchülerInnenzahlen an allgemein bildenden Schulen des Schuljahres 2008/09. In Mecklenburg-Vorpommern kommt eine „Schule ohne Rassismus“ auf 18.328, in Thüringen auf 11.487, in Sachsen auf 7.803, in Brandenburg auf 5.327 und in Sachsen-Anhalt auf 3.529 SchülerInnen. Vgl. http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/de_jb04_jahrtab25sch.asp [Abruf: 11.05.2010].

6. Umsetzungsanalyse des Konzepts der Regionalzentren

Nachdem die Ergebnisse der Evaluation regionalspezifisch und zusammenfassend für jedes Regionalzentrum individuell dargestellt wurden, sollen im folgenden Kapitel die Modulergebnisse einer übergeordneten Analyse unterzogen und grundsätzliche Fragen zum Konzept der Regionalzentren für demokratische Kultur als auch dessen Umsetzung beantwortet werden. Eine Orientierung geben dabei u.a. die im Leistungsverzeichnis zur Evaluation der Regionalzentren aufgeworfenen Leitfragen:

- Welche zentralen und handlungsanleitenden Elemente sind im Konzept der Regionalzentren identifizierbar?
- Kann die Regionalisierung der Angebote als sinnvoll erachtet werden?
- Sind die Regionalzentren zu sich vernetzenden Akteuren in den Regionen geworden?
- Welche langfristigen Strategien sind erkennbar und als Erfolg versprechend zu bewerten?
- Werden die Regionalzentren in ihren Regionen als Partner akzeptiert?
- Welche sichtbare Chancenstrukturen und Optimierungspotenziale sind zu verzeichnen?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden neben den bereits vorliegenden Daten und Materialien aus den einzelnen Modulberichten⁶⁸ weitere zehn Interviews mit den Regionalzentren, ihren Trägern und der Landeskoordination geführt. Ziel war es, die für die Arbeit der Regionalzentren und deren Leistungen nicht unerhebliche Rolle ihrer Vorgesetzten und Zuwendungsgeber als auch deren Erwartungen und Unterstützungen zusätzlich zu berücksichtigen.

6.1 Die zentralen Elemente des Konzepts der Regionalzentren

Zur Analyse des Konzepts der Regionalzentren und dessen Umsetzung werden zunächst seine zentralen Elemente und damit auch wesentliche Rahmenbedingungen für die Arbeit der Regionalzentren begutachtet.

6.1.1 Präventive Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft

Die Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern stehen in der Tradition ihrer Vorläuferstruktur Mobile Beratungsteams (MBT). Letztere hatten im Wesentlichen die Mobile (Gemeinwesen-)Beratung und Krisenintervention zur Aufgabe. In Ergänzung dazu wurde das Konzept der Regionalzentren mit je einem spezifischen Vertiefungsschwerpunkt⁶⁹ pro Regionalzentrum und der Aufgabe der Vernetzung aus den alten Strukturen der „Netzwerkstellen“ sowie mit dem Arbeitsfeld Demokratiepädagogik kompetenzsteigernd erweitert. Insbesondere durch letzteres gestärkt zählt zu den bedeutendsten Elementen des Konzepts der Regionalzentren die Orientierung auf Präventionsarbeit zu Gunsten einer demokratischen Kultur für Toleranz und bürgerschaftliches Engagement. Im Gegensatz zu Konzepten gegen Rechtsextremismus - zu denen oftmals auch das der MBT gezählt wird - ist es nicht die primäre Aufgabe der Regionalzentren, den vorhandenen Rechtsextremismus zu bekämpfen, sondern Menschen dahingehend zu sensibilisieren und zu motivieren, sich in zivilgesellschaftlichen sowie

68 Vgl. Kapitel 3: Modularisierung.

69 (1) Frühprävention für die Altersgruppe der 3 bis 12jährigen, (2) Arbeit und Wirtschaft, (3) Strukturentwicklung im ländlichen Raum, (4) Arbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen sowie (5) Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage.

Demokratie stärkenden Aktivitäten und Strukturen einzubringen. Nicht minder von thematischer Bedeutung, aber im Konzept sekundär eingestuft, steht die Zurückdrängung rechtsextremer Phänomene und Strukturen. Diese Ausrichtung folgt der Annahme, dass Rechtsextremismus kein monokausales Phänomen, sondern eines von vielen variablen Symptomen ist, das auf eine insgesamt geschwächte Demokratie verweist, und dass nur die Förderung demokratischen Engagements, dessen nachhaltige Stärkung und die davon erwartete „Immunisierung“ gegen rechtsextreme Einflüsse dem Rechtsextremismus langfristig entgegen wirken kann. Demzufolge berücksichtigen die Angebote der Regionalzentren zwar Ursachenanalysen zum Rechtsextremismus, richten sich jedoch vorrangig an demokratisch gesinnte AkteurInnen und Strukturen, um sie bedarfs- und ressourcenorientiert zu unterstützen und zu begleiten. Ihr Wirken ist daher ein „primär demokratiepädagogisch motiviertes“⁷⁰ und Demokratie stärkendes Handeln.

6.1.2 Multiprofessioneller und ganzheitlicher Arbeitsansatz

Die konzeptionelle Weiterentwicklung und Umsetzung der MBT hin zu den Regionalzentren ist nach Einschätzung derjenigen MitarbeiterInnen, die in beiden Strukturen tätig waren bzw. sind, insgesamt erfolgreich verlaufen. Danach hat sich insbesondere die Verschränkung der verschiedenen präventiven als auch intervenierenden Angebote bewährt, die eine ergänzende als auch lückenlose Überleitung von anlassbezogenen Interventionen hin zu längerfristigen und prozessorientierten Beratungstätigkeiten ermöglicht. Das Handeln der Regionalzentren beschränkt sich somit nicht auf Problemdiagnosen und ein zeitlich beschränktes Eingreifen, sondern diese werden in der Regel als Auftakt für einen auch auf Prävention und Nachhaltigkeit abzielenden Beratungsprozess genutzt. Darüber hinaus können die MitarbeiterInnen die Vertrauen anbahnenden Erstkontakte - die in einigen Regionalzentren stets durch heterogene Fachteams wahrgenommen werden - nutzen, um sowohl eine persönliche Kooperation mit den lokalen AkteurInnen bzw. KooperationspartnerInnen als auch eine inhaltliche Zusammenarbeit mit dem gesamten Arbeitsteam aufzubauen. Die einzelnen Arbeitsbereiche der Regionalzentren stehen bei allen in einem sich gegenseitig ergänzenden Verhältnis zu einander, wobei insbesondere die Schwerpunkttätigkeiten (Gemeinwesen-)Beratung und Demokratiepädagogik eine Querschnittsfunktion erfüllen. In gleicher Weise können sich die MitarbeiterInnen mit ihren verschiedenen Kompetenzen und Professionen in die jeweiligen Teams konstruktiv einbringen.

Ebenso umfassend wirkt der mehrere Teilaspekte integrierende, positiv orientierte und ganzheitliche Ansatz. Danach werden sowohl die verschiedenen Phänomene antidemokratischer und fremdenfeindlicher Einstellungen sowie Verhaltensweisen als auch deren Abwehr durch die Entwicklung einer demokratischen Kultur berücksichtigt. Der ganzheitliche Ansatz kommt in der pragmatischen Bündelung von Kompetenzen zum Tragen, indem - ausgehend von den übergeordneten Leitkriterien Prävention, Intervention und Integration des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ - die Aufgabenbereiche Gemeinwesenberatung, Demokratiepädagogik und Krisenintervention innerhalb einer Struktur miteinander verbunden sind. Der synergetische Effekt dieses Ansatzes integriert auch verschiedene politische Ebenen, die mittels des Vernetzungsauftrages der Regionalzentren eine Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher, staatlicher und anderer Strukturen zusätzlich fördern. Hierzu trägt auch die gesamtstrategische Einbindung der Regionalzentren als Knotenpunkte ihrer jeweiligen Regionen einerseits und im Rahmen des landesweiten Programms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ andererseits bei.

70 Ministerium für Soziales und Gesundheit (2007: 7).

Die Bündelung der Angebote in den Regionalzentren sollte jedoch nicht zu der Annahme verleiten, hiermit ein ausreichend bedarfsdeckendes Oligopol geschaffen zu haben, das als Ersatz- bzw. Delegationsstruktur alleinig für die Bearbeitung der Themen Rechtsextremismus und demokratische Kultur zuständig sei. Damit ginge u.a. eine Verengung der Deutungshoheit auf Seiten der Regionalzentren einher. Mit der bewussten Ausschließung der Aufgabenbereiche Opferberatung und Ausstiegshilfe aus dem Konzept wurden ein neutraler Standpunkt der Regionalzentren und ihr Fokus auf das Zielgruppenspektrum der demokratischen AkteurInnen intendiert. Eine Integration der notwendigerweise parteiisch agierenden Opferberatungsarbeit als auch der Ausstiegshilfe für Mitglieder rechtsextremer Gruppen würde dem beratenden und unterstützenden Ansatz der Regionalzentren widersprechen. Damit die Regionalzentren ihre Aufgabe als Vernetzer auch wahrnehmen und beispielsweise bei der Nachfrage nach Projekttagen und anderen begrenzten Aufgaben stärker unterstützt werden können, ist eine begleitende Struktur zwingend notwendig.

6.1.3 Regionalisierung

Die Aufteilung der fünf Regionalzentren und ihre Zuständigkeit für jeweils zwei bzw. drei Landkreise sowie eine respektive zwei kreisfreie Städte orientieren sich an den fünf Regionen Mecklenburg-Vorpommerns.⁷¹ Die regionale Verankerung der Regionalzentren wurde konzeptionell unmittelbar mit ihrer Aufgabe der wechselseitigen Vernetzung verknüpft, die einen Austausch über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Rahmenbedingungen in den verschiedenen Regionen, ihre Beratungsansätze sowie die Erfahrungen und Ergebnisse ihrer Arbeit speziell zum Vertiefungsschwerpunkt befördern soll.

6.1.4 Pluralismus durch Trägervielfalt

Die konstruktive und dem Subsidiaritätsprinzip entsprechende Entscheidung für die Vergabe des Auftrages an freie Träger ist durchaus ein Qualitätsmerkmal des Konzepts der Regionalzentren. Durch mehrere freie Träger wird eine Pluralität und größere Bürgernähe möglich als es eine Angliederung an eine staatliche Behörde vermocht hätte. Die unabhängige Schnittstellenfunktion, die ein freier Träger als zivilgesellschaftliche Struktur zwischen Staat und Bürgern einnimmt, kann gleichsam als eine neutrale Mediatorenrolle betrachtet werden. Im Gegensatz zu mit kommunalen Verwaltungsaufgaben beauftragten BehördenmitarbeiterInnen ist es den Regionalzentren möglich, eine dialogfördernde Vermittlerposition auszufüllen. In diese fließen aufgrund der Trägervielfalt nicht nur die unterschiedlichen regionalen Ausgangsbedingungen ein, sondern auch die verschiedenen Philosophien der Träger, ihre Kompetenzen und langjährigen Erfahrungen. Dem facettenreichen und komplexen Aufgabenfeld der Regionalzentren wird somit Rechnung getragen.

Die vielfältigen Trägerprofessionen und -perspektiven erfordern zwar auch einen höheren Organisationsaufwand in der Administration und ein stärkeres Bemühen um die Kooperation sowohl mit als auch zwischen den Trägern, können jedoch zu einem für alle Beteiligten gewinnbringenden Austausch über die jeweiligen Konzepte, Arbeitsweisen und Erkenntnisse beitragen. Dabei sollten insbesondere ein demokratischer Aushandlungsprozess und ein Minimalkonsens über Ziele, Aufgabenfelder und Qualitätsstandards der Arbeit der Regionalzentren zwischen allen Beteiligten intendiert werden. Nicht zuletzt ist bei der Auswahl der Träger zu berücksichtigen, ob diese gemäß ihrer Trägerführung in Übereinstimmung mit den noch genauer zu bestimmenden Qualitätsstandards stehen und für ein Projekt zur Förderung demokratischer Kultur geeignet sind.

71 Mittleres Mecklenburg, Nordvorpommern, Südvorpommern, Mecklenburgische Seenplatte und Westmecklenburg.

Hinsichtlich der konfessionellen Gebundenheit zweier von drei Trägern sind aus Sicht der Evaluation keine Hemmnisse für die Zusammenarbeit mit ihnen zu beobachten. Einer vermeintlichen Unvereinbarkeit von konfessionslosen BeratungsnehmerInnen und PartnerInnen sowie kirchlichen Trägern in der Zusammenarbeit steht eine mutmaßlich sogar kooperationsstiftende Wirkung eines konfessionellen Trägers gegenüber. Ungeachtet dessen scheint das Selbst- und Menschenbild als auch die Orientierung an den Grund- und Menschenrechten aller Regionalzentren als wesentlichere Entscheidungskriterien für eine Zusammenarbeit ausschlaggebend zu sein.

6.1.5 Landeskoordination und Beratungsnetzwerke

Im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ in Mecklenburg-Vorpommern wurde die Landeskoordination als Anlaufstelle beim Ministerium für Gesundheit und Soziales geschaffen, welche die umfangreichen Aktivitäten aller über das Programm geförderten Maßnahmen und Projekte koordinieren und steuern soll. Hierzu zählen neben den Regionalzentren und dem landesweit agierenden informellen Beratungsnetzwerk auch präventiv wirkende Projekte. Die regionalen Beratungsnetzwerke sowie Mobilen Interventionsteams gegen Rechtsextremismus sind primär mit dem Arbeitsauftrag der Regionalzentren verbunden. Ihnen obliegt die unmittelbare Verantwortung ihrer Einrichtung und Entwicklung, als deren Kern sie sich verstehen und die in krisenähnlichen Bedarfsfällen aktiv werden sollen.

6.2 Regionalisierung der Angebote

Die Aufteilung und Ansiedelung der Regionalzentren in einer konkreten Region, anstatt eine landesweit agierende Zentralstelle zu installieren, hat sich als enorm vorteilhaft erwiesen. Die MitarbeiterInnen können ihre jeweiligen überschaubaren Regionen tiefergehend erschließen, indem sie detaillierte Kenntnisse zu und Erfahrungen mit lokalen Netzwerken, KooperationspartnerInnen sowie den Bedürfnissen und Interessen der regionalen Bevölkerung sammeln. Somit wird ihnen die Möglichkeit geboten, sich das Vertrauen relevanter AkteurInnen zu erarbeiten und ihnen zugleich nützliche Zugänge zu öffnen.

Die Berichte und Evaluationen unterschiedlicher Projekte zeigen, dass sowohl die Kontinuität der Angebote als auch die der persönlichen Präsenz vor Ort relevante Faktoren für den Aufbau von Vertrauen sind. Zusätzlich förderlich erweist sich - wo vorhanden - auch eine biografische Verankerung der MitarbeiterInnen in den hiesigen Regionen, die ihnen als vertrauensfördernde Zugehörigkeit zur regionalen Bevölkerung attestiert wird.

Angesichts der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Regionen und der verschiedenen Arbeits- und Vorgehensweisen, die sie erfordern, ist die Regionalisierung der Angebote der Regionalzentren eine Herausforderung und Chance zugleich. Regionen, in denen sich (phasenweise) relativ wenige krisenhafte Vorfälle ereignen, bieten die Möglichkeit, stärker präventiv zu arbeiten, niedrighschwellige Angebote zu unterbreiten und langfristig angelegte Prozesse zu gestalten. Hier können verschiedene Formate eher konzipiert und ausprobiert werden. Darüber hinaus können individuelle und situationsadäquate Konzepte mit den BeratungsnehmerInnen und KooperationspartnerInnen sowie eine auf Vertrauen und Wertschätzung beruhende Zusammenarbeit entwickelt werden.

Schließlich hat die Zuständigkeit für eine überschaubare Region den pragmatischen Vorteil, dass die MitarbeiterInnen der Regionalzentren im Rahmen ihrer aufsuchenden Arbeit vergleichsweise kurze Anfahrtswege zur Wahrnehmung von Außenterminen zurücklegen müssen.

Dies ist insbesondere in einem mit 72 Einwohnern je Quadratkilometer sehr dünn besiedelten Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern nicht irrelevant.⁷² Die aktuelle Gebieteinteilung⁷³ gestaltet sich wie folgt:

Regionalzentrum	Bevölkerungszahl	Fläche km ²	Landkreise/kreisfreie Städte
Westmecklenburg	480.961	6.999	<ul style="list-style-type: none"> • Landkreis Nordwestmecklenburg • Landkreis Parchim • Landkreis Ludwigslust • Landeshauptstadt Schwerin • Hansestadt Wismar
Mittleres Mecklenburg	420.349	3.602	<ul style="list-style-type: none"> • Landkreis Bad Doberan • Landkreis Güstrow • Hansestadt Rostock
Mecklenburgische Seenplatte	293.145	5.812	<ul style="list-style-type: none"> • Landkreis Müritz • Landkreis Demmin • Landkreis Mecklenburg-Strelitz • Neubrandenburg
Südvorpommern	235.200	3.587	<ul style="list-style-type: none"> • Landkreis Ostvorpommern • Landkreis Uecker-Randow • Hansestadt Greifswald
Nordvorpommern	234.701	3.188	<ul style="list-style-type: none"> • Landkreis Nordvorpommern • Landkreis Rügen • Hansestadt Stralsund

Angesichts der ungleichgewichtigen Verteilung der Flächen bzw. Bevölkerungszahlen nehmen die davon betroffenen Regionalzentren eine für ihre Arbeitsleistung benachteiligende Rahmenbedingung wahr. Für manche MitarbeiterInnen und Träger ist es daher denkbar, eine Neueinteilung der Regionalzentren bzw. weitere für eine noch engmaschigere Bedarfsdeckung zu gründen.

Darüber hinaus wird von einigen Regionalzentren eine zentrale Recherchestelle gewünscht, die eine professionelle Informationsaufbereitung und -weitergabe relevanter Themen für die Arbeit der Regionalzentren gewährleistet. Diese Aufgabe liegt bisher in den Händen einer Einzelperson, die vom Sozialministerium hiermit beauftragt worden ist.

Weiterhin regt ein Teil der MitarbeiterInnen und Träger eine Neubestimmung der Regionalzentren-Standorte an, die sich an Kriterien wie der zentralen Lage der Regionalzentren in einer Region orientieren sollten, da diese bereits als Geh-Struktur eine aufsuchende Arbeit leisten.

72 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/bhf/index.jsp [Stand: 31.12.2008; Abruf: 5.8.2010].

73 Im Jahr 2011 soll ein Gesetz zur Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern in Kraft treten. Damit sind etwaige Änderungen hinsichtlich der regionalen Zuständigkeiten der Regionalzentren möglich. Vgl. Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kreisstrukturgesetz): http://www.stgt-mv.de/pub/19/372/d/kreisstruktur_und_aufgabenzuordnungsgesetz.pdf [Stand: 12.07.2010; Abruf 23.7.2010].

Grundsätzlich ist zu betonen, dass die Regionalisierung im Wesentlichen durch die Kombination verschiedener Professionen und Angebote wie Beratung, Demokratiepädagogik etc. in einem Regionalzentrum ihre Sinnhaftigkeit erhält.

6.3 Kooperationen und Vernetzung

Die Regionalzentren haben in den Jahren seit ihrem Bestehen umfangreiche Netzwerke von AkteurInnen, KooperationspartnerInnen und BeratungsnehmerInnen in ihren Regionen aufgebaut. Grundlage dafür waren z.T. ihre bereits bestehenden Kontakte und Netzwerke aus der Arbeit als Mobile Beratungsteams und die intensive Öffentlichkeitsarbeit zu Beginn der Arbeit als Regionalzentren. Hier hatten diejenigen, die nicht auf eine Vergangenheit als MBT zurückblicken konnten, einen höheren Aufwand zu leisten, jedoch verlieh die erfolgreiche Zusammenarbeit mit ersten PartnerInnen aus Sicht der BeratungsnehmerInnen auch diesen Regionalzentren einen guten Ruf und öffnete Türen zu weiteren Kooperationen und Beratungsanfragen.

BeratungsnehmerInnen und Beratungsnetzwerke

Die Mehrzahl der BeratungsnehmerInnen der Regionalzentren stammt aus den kommunalen Verwaltungen bzw. der Kommunalpolitik. Dem folgt der schulische Bereich, der sich über die Regelschulen bis hin zu Berufsschulen und Förderschulen erstreckt. Das Nachfrageprofil erklärt sich auch aus der Schwerpunktsetzung des jeweiligen Regionalzentrums in der Demokratiepädagogik und aus seinem spezifischen Sonderprofil. Zu den KooperationspartnerInnen zählen weiterhin Träger und Vereine, die sich in den Themen- und Handlungsfeldern Demokratie und Toleranz sowie Jugendarbeit bewegen, sowie Ordnungsbehörden und zivilgesellschaftliche Netzwerke. Bürgerbündnisse und Einzelpersonen sind dagegen teilweise unterrepräsentiert. Sofern eine Zusammenarbeit mit ihnen stattfindet, stammen die BürgerInnen oftmals aus ländlichen Regionen oder kleinstädtischen Orten und sind bereits in anderen Zusammenhängen zivilgesellschaftlich engagiert. Unabhängig vom Grad des bereits bestehenden Engagements der BeratungsnehmerInnen und KooperationspartnerInnen spielt nach der Erfahrung der Regionalzentren der Faktor Zeit für eine vertrauensvolle Kooperation mit ihnen eine entscheidende Rolle. Hierbei bewähren sich langfristig verfügbare Angebote und personale Faktoren wie Verlässlichkeit, Professionalität und Flexibilität der MitarbeiterInnen.

Darüber hinaus haben die Regionalzentren in ihren Regionen funktionierende regionale Beratungsnetzwerke eingerichtet, mit denen vorrangig im Fall von krisenhaften Ereignissen zusammengearbeitet, Informationen ausgetauscht und fachlich diskutiert wird. Jedoch sind nicht alle regionalen Beratungsnetzwerke gleichermaßen tätig.

Alle Regionalzentren betonen die hilfreichen Trägerstrukturen, die ihnen Zugänge und Vernetzungsmöglichkeiten mit relevanten PartnerInnen und Einrichtungen in den Regionen verschaffen. Als geeignete Zugänge erweisen sich für die Regionalzentren kommunale Gremien wie Präventionsräte oder an sie angebundene Strukturen wie die Lokalen Aktionspläne des Bundesprogramms VIELFALT TUT GUT, in denen oftmals eine Vielzahl von Beigeordneten und MitarbeiterInnen aus unterschiedlichen Dezernaten bzw. Ämtern vertreten sind. Vereinzelt wird seitens der Regionalzentren eine stärkere Einbindung in staatliche Informationskanäle und eine qualifizierte Beteiligung der Kreise und kreisfreien Kommunen gewünscht. Darüber hinaus präferieren einige MitarbeiterInnen die Zusammenarbeit in informellen Netzwerken wie Bürgerbündnissen und -initiativen. Ihre Mitglieder sind nicht an offizielle Funktionen gebunden, freier in ihren Entscheidungen und werden daher als handlungsfähiger wahrgenommen. Die Kooperation in formellen

Netzwerken erfordere demgegenüber eine sorgfältigere Klärung der möglichen Handlungsoptionen und etwaiger Rollenkonflikte bei den Beteiligten.

Zusammenarbeit der Regionalzentren

Durch die dezentrale Struktur der Regionalzentren ist ein landesweites Netz der ExpertInnen entstanden. Eine Kooperation der Regionalzentren untereinander ist mit Blick auf die konkret in den Regionen wahrzunehmenden Aufgaben nicht zwingend notwendig. Jedoch bietet sie das Potenzial zahlreicher Synergieeffekte: Erfahrungsaustausch, Hinweise auf KooperationspartnerInnen, gemeinsame Fortbildungen etc. sind nur einige Beispiele. Die Evaluation hat ergeben, dass sich eine Zusammenarbeit der Regionalzentren vor allem mit den Regionalzentren desselben Trägers ergibt, auf enger fachlicher Kooperation beruht oder durch Eigeninitiative eines Regionalzentrums angestoßen wird. Die Kooperation derjenigen Regionalzentren, die bei demselben Träger angesiedelt sind, ist durch deren Struktur und die Einbindung in das Gesamtgeschäft der Träger bereits vorgezeichnet. Darüber hinaus sind es gemeinsame Interessen und Themen, Herausforderungen und Problemlagen in der Arbeit sowie die Nachbarschaft der Regionen, die zu verstärkten Kooperationen, bspw. in der landesweiten Arbeitsgruppe „Demokratiepädagogik“, anregen. Faktoren wie die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit und informelle Treffen der MitarbeiterInnen, die nicht nur dem inhaltlichen Austausch, sondern auch ihrer Beziehungsarbeit dienen, wirken zusätzlich begünstigend. Hemmende Faktoren sind hingegen die begrenzten zeitlichen Kapazitäten sowie der große zeitliche und organisatorische Aufwand, der mit der Zusammenarbeit verbunden ist. Daher steht die Kooperation der Regionalzentren im Konflikt mit ihrem „Alltagsgeschäft“, die zusätzlich durch ein mangelndes Vertrauen zwischen einigen Regionalzentren bzw. MitarbeiterInnen behindert wird.

Aus Sicht des Evaluationsteams sind die den Regionalzentren zur speziellen Bearbeitung zugewiesenen sogenannten Sonderprofile in besonderem Maße geeignet, eine Kooperation anzuregen und zu strukturieren. Entsprechend der Landeskonzeption ist es deren Ziel, dass die jeweiligen Ergebnisse der auf das Thema konzentrierten inhaltlichen und konzeptionellen Arbeit den anderen Regionalzentren zur Verfügung gestellt werden. Hier hat sich in der Evaluation herausgestellt, dass die mit den Sonderprofilen verbundene Vernetzungsidee bisher nicht im Fokus stand und weder von den Regionalzentren selbst noch von der Landeskoordination eingefordert worden ist. Insgesamt zeigte sich ein durchaus heterogenes Bild von Aktivitäten für die Entwicklung der Sonderprofile. Diese reichen von ersten Grobkonzeptionen bis hin zur Veranstaltung von Fachtagen und konzeptionellen Umsetzungen. Allerdings wird damit der Raum an Handlungsmöglichkeiten, um die Sonderprofile weiter zu entwickeln und die Ergebnisse den anderen Regionalzentren sowie weiteren interessierten AkteurInnen zur Verfügung zu stellen, bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Nach Ansicht des Evaluationsteams und angesichts der bereits annähernd dreijährigen Tätigkeit der Regionalzentren sollten die hierfür notwendigen Kapazitäten für diesen Bereich von Seiten der Landeskoordination und der Regionalzentren zur Verfügung gestellt werden bzw. die bestehenden Ressourcen stärker genutzt werden.

Kooperationen und Unterstützung innerhalb der Träger

Die Kooperationen innerhalb der Träger und ihrer Unterstützungsleistungen gegenüber den MitarbeiterInnen der Regionalzentren stellt sich mit einer Ausnahme sehr positiv dar. Die Mehrzahl der Regionalzentren nimmt sich als integraler Teil der Trägerarbeit und hinreichend anerkannt wahr. Insbesondere den Geschäftsführern bzw. LeiterInnen als unmittelbar zuständige Ansprech- bzw. Dienstaufsichtspersonen bei den Trägern, gelinge eine ausgesprochene Fürsorge gegenüber ihren MitarbeiterInnen. Diese komme bspw. durch einen kooperativen Führungsstil, durch Trägerpositionierungen bei überfordernden

Erwartungshaltungen gegenüber den Regionalzentren oder Schutzmaßnahmen bei persönlichen Diffamierungen und Angriffen seitens Rechtsextremer zum Ausdruck. Innerhalb der jeweiligen Träger finden regelmäßig gemeinsame Dienst- und Teamberatungen, Supervisionen sowie inhaltliche und strategische Überlegungen zur (konzeptionellen) Weiterentwicklung der Regionalzentren statt. Weiterhin werden die zuverlässige Sicherstellung einer organisatorischen, ökonomischen und personellen Stabilität sowie die Gewährleistung einer kontinuierlichen Fachkompetenz u.a. durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen hervorgehoben. Demgegenüber konstatiert ein Regionalzentrum einen trägerinternen Handlungsbedarf, um die vergleichsweise geringere Vergütung bei grundsätzlich gleicher Arbeitsleistung aller Regionalzentren anzupassen. Damit könnten die bislang starken Mitarbeiterfluktuationen und die Attraktivität einer MitarbeiterInnen-Stelle im Regionalzentrum gleichermaßen günstig beeinflusst werden. Darüber hinaus bestehen Unsicherheiten über rechtliche Rahmenbedingungen ihrer Arbeit.

Landeskoordination

Die Landeskoordination nimmt im Rahmen des Austausches und der Vernetzung zwischen den Regionalzentren eine wichtige Rolle ein. Daher sind nicht nur ihre koordinierenden und steuernden Aufgaben,⁷⁴ sondern auch die damit verbundenen Erwartungen seitens der KooperationspartnerInnen sehr umfangreich. Angesichts der Trägervielfalt, den insgesamt fünf Regionalzentren und den vielen weiteren Projekten im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“, für die die Landeskoordination verantwortlich zeichnet, stellt dies eine fachliche als auch personelle Herausforderung an eine koordinierende Metastruktur dar.

Die MitarbeiterInnen der Regionalzentren wünschen sich, dass die Landeskoordination ihre koordinierende Funktion wahrnimmt, indem sie nicht nur als Ansprechpartner fungiert, sondern auch fachlich kompetent gemeinsame Diskussionen moderierend unterstützt und ihrerseits fachliche Debatten anregt und aktiv mitgestaltet. Insbesondere werden die Anregung und Organisation eines Austausches zwischen den Regionalzentren und mit der Wissenschaft sowie weiteren relevanten AkteurInnen gewünscht. Hierzu bedarf es als Plattform dienende kontinuierliche Landestreffen, die bis dato nur unregelmäßig stattfinden, und zur Umsetzung ausreichende Ressourcen der Landeskoordination.

Auf der zwischenmenschlichen Ebene erhoffen sich die Regionalzentren ein kollegiales Vertrauensverhältnis im Sinne einer „rückenstärkenden“ Partnerschaft und Verständnis für die Rahmenbedingungen ihre Arbeit. Hier gilt es Respekt und Wertschätzung als nachweislich zentrale Faktoren für die Motivation und Leistungsfähigkeit von ArbeitnehmerInnen anzuerkennen. Eines der Regionalzentren verweist auf den Vorteil, den eine auch mobil agierende Landeskoordination einbringen könnte: Indem sie sich lokal informiert und eigenständig Eindrücke sammelt, könnten sowohl ein besseres Verständnis für die Arbeit der Regionalzentren als auch deren genauere Einschätzungen und somit gemeinsame fachlich-inhaltliche Diskussionen möglich werden.

Auch die Träger der Regionalzentren betrachten eine koordinierende und - mit der Betonung auf Fachinhalte - steuernde Landeskoordination als notwendig und gewinnbringend. Ein Träger ist mit der Arbeit der Landeskoordination vollständig zufrieden und bewertet deren Unterstützung für die Regionalzentren als hinreichend. Zwei weitere Träger

74 Vgl. Kapitel 2: Das Konzept der Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, 5. Landeskoordination im Ministerium für Soziales und Gesundheit und Kapitel 6.1: Die zentralen Elemente des Konzepts der Regionalzentren, 5. Landeskoordination und Beratungsnetzwerke.

geben jedoch an, dass die fachliche und professionelle Steuerung, die sie eher lenkend anstatt kontrollierend interpretieren, aus ihrer Sicht verbesserungsfähig sei. So sollten beispielsweise - in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft - sogenannte Mindest- bzw. Qualitätsstandards erarbeitet und verbindlich vorgegeben werden. Darüber hinaus betonen sie die entsprechend des Subsidiaritätsprinzips geltenden Weisungswege. Denen gemäß liegt die Fach- und Personalaufsicht über die MitarbeiterInnen der Regionalzentren bei den Trägern und müssen Anweisungen der Landeskoordination unmittelbar an sie als Arbeitgeber kommuniziert werden. Eine Verwechslung der Regionalzentren mit dem Sozialministerium nachgeordneten und weisungsgebundenen Landesbehörden sollte daher vermieden werden.

Nach eigener Einschätzung sieht sich die Landeskoordination in einer dienstleistungsorientierten und eher zwischen den Regionalzentren moderierenden anstatt leitenden bzw. lenkenden Rolle. Die landesweiten Treffen der Regionalzentren seien diesem Selbstbild entsprechend als Austauschgremium angelegt, in dem sich die Landeskoordination mit u.a. das Bundesprogramm betreffenden Informationen sowie mit Ideen und Diskussionsvorschlägen einbringt, die sie nicht als feste Vorgaben missverstanden wissen will. ExpertInnen für realisierbare Maßnahmen in den jeweiligen Regionen seien schließlich die MitarbeiterInnen selbst. Auf Grundlage der Landestreffen würden zukünftige Schritte gemeinsam entwickelt, wobei sich die Landeskoordination nicht vorrangig als Geldgeber, sondern als „Türöffner“ für die zu beschreitenden Wege versteht. Diesbezüglich erwartet sie eine kooperative Zusammenarbeit und Berichterstattungen auch seitens der Regionalzentren. Augenscheinlich gelingt es der Landeskoordination nicht konsequent, ihre Ziele entsprechend ihrem eigenen Rollenverständnis in der Praxis zu verfolgen. Zwar widerspricht sie offenkundig der Annahme einer asymmetrischen Beziehung zu den Regionalzentren aufgrund ihres Einflusses auf die Zuwendungsvergabe, gleichzeitig ist der Landeskoordination ihr Einfluss über die Reduzierungsmöglichkeit der Mittelzuweisungen bewusst.

Nach Einschätzung der Landeskoordination sind die Regionalzentren zwar in ihren jeweiligen Regionen bereits gut verankert, jedoch seien ihre zugrunde liegenden Selbstverständnisse sehr unterschiedlich und gelte es die Kommunikation zwischen allen Beteiligten zu fördern. Als Ursache für die schwierige Kommunikationssituation stellt die Landeskoordination ein Misstrauen und eine eingeschränkte Gesprächskultur nicht nur zwischen den Regionalzentren, sondern auch zur Landeskoordination selbst fest. Den bestehenden Hemmnissen in der Zusammenarbeit mit und zwischen den Regionalzentren will sie zukünftig konstruktiver entgegen wirken.

Die Landeskoordination sieht eine zu fördernde Kommunikation auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der Regionalzentren, um so auf ihre Angebote verstärkt aufmerksam zu machen und ansprechbar zu werden. Die von der Evaluation angeregte gemeinsame Internetplattform aller Regionalzentren und eines Intranets zum gegenseitigen Informationsaustausch wird als eine sinnvolle Maßnahme eingeschätzt, die jedoch bislang aus Gründen mangelnder Ressourcen nicht umgesetzt werden konnte.

Dass nicht nur die Personal-, sondern auch Fachaufsicht alleinig bei den Trägern liegt, wird von der Landeskoordination kritisch betrachtet. Ein stärkerer Einfluss im Sinne partizipativer Entscheidungsmöglichkeiten sei diesbezüglich wünschenswert, zumal im umgekehrten Fall die Beteiligung der Regionalzentren und ihrer Träger an Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen der Landeskoordination bereits umgesetzt werde.

Im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ sind für Mecklenburg-Vorpommern zwei Plätze im Rahmen einer modularen MultiplikatorInnen-Fortbildung vorgesehen. Die Teilnahme wechselt hier zwischen den Regionalzentren. Die Gestaltung des Wissenstransfers aus der Fortbildung ist noch ungeklärt. Trägerintern sei laut Auskunft der Regionalzentren der Austausch erfolgt, für den landesweiten Transfer wird jedoch die Landeskoordination im Sozialministerium als verantwortlich gesehen.

Das landesweite Beratungsnetzwerk

Wie bereits erwähnt wird im Rahmen des Bundesprogrammes „Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus“ die Bildung und Koordination eines landesweiten Beratungsnetzwerkes gefördert und liegt die Verantwortlichkeit hierfür in den Händen der Landeskoordination. Auch wenn die nur für ihre jeweiligen Regionen zuständigen Regionalzentren auf den ersten Blick einer landesweiten Struktur nicht bedürfen, so hat sich bereits in der Praxis erwiesen, dass eine solche Struktur durchaus auch in regionalen Krisen und Konflikten hilfreich sein kann. Einige Regionalzentren betonen, dass das Landesnetzwerk im Grundsatz eine wichtige Struktur für den Informationsaustausch und Beratungen ist. Dessen Qualität habe aber im Zuge eines Personalwechsels in der Landeskoordination nachgelassen und sein bisher gutes Standing als konstruktives und diskursfähiges Gremium sei dadurch gesunken. Überdies bestehen Unklarheiten über die Abgrenzung zu den Tätigkeiten der Arbeitsgruppe „Extremismus“ des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung.

Dem landesweiten Beratungsnetzwerk in Mecklenburg-Vorpommern gehören aktuell folgende Mitglieder an:⁷⁵

- Ministerium für Soziales und Gesundheit
- Innenministerium
- Justizministerium
- Landeszentrale für Politische Bildung
- Regionalzentren für demokratische Kultur
- Opferberatungsstelle LOBBI e.V.
- Betriebliche Beratungs Teams des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- Landesjugendring

Bisher wurde das Beratungsnetzwerk bei nur einem Krisenfall aktiv, und ist seit Herbst 2009 nicht mehr zusammengetreten. Nach Angaben der Landeskoordination ist es jedoch jederzeit aktivierbar. Das landesweite Beratungsnetzwerk bietet die Möglichkeit, Vertreter verschiedener Ansätze, bspw. AkteurInnen der Zivilgesellschaft, die in der Regel eher einen präventiven Ansatz verfolgen, und VertreterInnen der Polizei und Justiz, die vor allem repressiv vorgehen, an einem Tisch zu vereinen. Aus Sicht der Evaluation könnte es als Gremium, in dem Informationen ausgetauscht und AkteurInnen verschiedener Tätigkeitsbereiche miteinander fachlich diskutieren, stärker genutzt werden. Anlässe für einen gemeinsamen Austausch und eine Absprache gäbe es neben akuten Krisen genug; beispielsweise anlässlich der im September 2010 in Mecklenburg-Vorpommern verteilten Schulhof-CD der NPD.

75 Zusammensetzung des landesweiten Beratungsnetzwerkes in Mecklenburg-Vorpommern; unveröffentlichtes Papier des Ministeriums für Soziales und Gesundheit M-V [Stand: März 2010].

Die Landeskoordination betont den vernetzenden und informellen Charakter des landesweiten Beratungsnetzwerkes, das sich im Wesentlichen in Bedarfsfällen, bspw. zur Beratung krisenhafter Vorfälle, konstituiert. Solch ein Bedarf sei im vergangenen Jahr von keinem der Netzwerk-Mitglieder kommuniziert worden. Unabhängig davon plant die Landeskoordination für das laufende Jahr ein nächstes Treffen, zu dem auch ExpertInnen aus der Wissenschaft hinzugezogen werden sollen.

6.4 Langfristige Strategien

Die Beratungsprozesse der Regionalzentren sind in allen Arbeitsfeldern grundsätzlich langfristig angelegt. Damit sollen, statt einer lediglich kurzfristigen Bewältigung krisenhafter oder problematischer Situationen, fundierte Situations- und Problemanalysen möglich werden, die die Ursachen einer symptomatischen Entwicklung identifizieren und die gewonnenen Erkenntnisse in nachhaltigen Beratungsprozessen strategisch einfließen lassen. Hierbei haben die dauerhafte Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Betroffenen und BeratungsnehmerInnen sowie deren Motivation zum demokratischen Engagement höchste Priorität.

Grundlage für die konstruktive Zusammenarbeit der Regionalzentren mit ihren BeratungsnehmerInnen und KooperationspartnerInnen sind Beratungsstandards, die eine Beratung auf der Grundlage von Vertrauen, Wertschätzung sowie Autonomie und Freiwilligkeit der AkteurInnen vorsehen. Entsprechend der Akteursorientierung werden Ziel und Tempo des Beratungsprozesses von den PartnerInnen der Regionalzentren selbst bestimmt. Damit wird die Absicht verfolgt, gemeinsam mit den BeratungsnehmerInnen ein für sie individuelles und daher passgenaues Konzept zu entwickeln. Voraussetzung und Qualität einer solchen Beratung ist auch hier die Langfristigkeit des Prozesses. Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ bestätigt, dass „eine nachhaltige, auf Hilfe zur Selbsthilfe setzende Strategie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus [...] Beratungsstrukturen [erfordert; d. Verf.], die dauerhaft regionale strukturelle und kulturelle Ursachen fokussieren, um einsatzfreudige BürgerInnen in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus zu unterstützen, zu vernetzen und demokratische Kultur vor Ort zu stärken“.⁷⁶

Langfristige Demokratie fördernde Strategien implizieren, dass Erfolge gegen den Rechtsextremismus im Wesentlichen weder unmittelbar noch in der Gestalt gesunkener NPD-Wahlergebnisse als Indikator in eine Wirkungsbilanz der Regionalzentren verbucht werden können. Diesbezüglich ist es angeraten, anstatt dem nachvollziehbaren Bedürfnis nach marketingorientierter Öffentlichkeitsarbeit, der Einhaltung von Beratungs- und Qualitätsstandards sowie der Geduld für gesellschaftliche Veränderungsprozesse den Vorrang zu geben. Das Image, lediglich eine „Feuerwehr gegen Rechtsextremismus“ zu sein, gereichte bereits den MBT zum Nachteil und sollte daher nicht weiter genährt werden, zumal die Entwicklung eines von demokratischer Kultur geprägten Gemeinwesens als wesentliche Hauptaufgabe der Regionalzentren nicht zwingend mit rechtsextremen Phänomenen in Verbindung steht.

Die Arbeit der Regionalzentren ist bis dato vor allem durch ihre Tätigkeit der MitarbeiterInnen als BeraterInnen und DemokratiepädagogInnen geprägt, in der sie Maßnahmen und Projekte - mit Ausnahmen - eigenständig umsetzen. Hiermit haben sie sich als ExpertInnen in den Kernfeldern der Regionalzentren profilieren können. Um deren Arbeit auch nach-

76 Bohn/Klein/Schaffranke (2009: 37).

haltig zu sichern, sind vermehrt als bisher konzeptionelle Überlegungen und Strategien notwendig.

Der Bedarf an Angeboten wie Beratungen, Projekttagen, Veranstaltungen etc. ist uner-schöpflich. Um diesen - wenn auch nicht gänzlich - decken zu können, bieten sich zahl-reiche AkteurInnen und PädagogInnen aus der Jugend- und Schulsozialarbeit an. Darüber hinaus wurde für die Evaluation im Bereich der Demokratiepädagogik eine zu geringe Orientierung auf den Lernort Schule als Ganzheit erkennbar. Bisher stehen bei vielen Regionalzentren vor allem einzelne Schulklassen und Projekttage im Mittelpunkt, die mit der Erprobung modellhafter Maßnahmen begründet werden. Die mit den jeweiligen SchülerInnen erzielten Erfolge werden aber damit kaum für die gesamte Schule nutzbar gemacht und verpuffen spätestens mit dem Schulabgang der beteiligten SchülerInnen.

Im Gegensatz zu anderen Anbietern, die dem Druck ausgesetzt sind, kontinuierlich große TeilnehmerInnenzahlen akquirieren zu müssen, und angesichts der mittel- bis langfristigen Struktur der Regionalzentren sowie ihren vernetzten Arbeitsbereichen sieht die Evaluation Potenziale, um strategische Konzepte zu entwickeln und damit die Beratung und Demo-kratiepädagogik der Regionalzentren auf ein neues Qualitätsniveau zu heben.

Nicht zuletzt ist die Langfristigkeit von Beratungsprozessen unmittelbar mit einer hierfür notwendigen Planungssicherheit für die Träger verbunden. Die klare Positionierung seitens der ZuwendungsgeberInnen trägt dazu bei und ist daher wünschenswert.

6.5 Akzeptanz der Regionalzentren

In Ergänzung zu den Einzelberichten der Regionalzentren in Kapitel 5 und den darin enthaltenen Darstellungen der Befragungsergebnisse pro Regionalzentrum folgt nachstehend deren übergeordnete und zusammenfassende Präsentation. Diese soll den Hinweisen auf die prinzipielle Akzeptanz der Regionalzentren und ihres Konzepts dienen. Die Auswertung der quantitativen Erhebung erfolgte nicht in Form eines Vergleichs zwischen den Regionalzentren. Einem inhaltlichen Vergleich widersprach der von der Evaluation grundsätzlich dokumentierte Ansatz, die regionalen und inhaltlichen Besonderheiten der Regionalzentren zu betonen und zu berücksichtigen.

Mit der positiven Rückmeldung über die Kenntnis mindestens eines Regionalzentrums bei 74 Prozent aller 251 zurückgesandten Fragebögen bzw. TeilnehmerInnen der schriftlichen Befragung liegt ein durchaus erfreuliches Ergebnis vor.⁷⁷ Von diesen bestätigten ebenfalls 74 Prozent bzw. 138 Befragte eine zurückliegende oder noch andauernde Zusammenarbeit mit einem Regionalzentrum. Die verbleibenden 26 Prozent der Befragten, die über keine Erfahrungen in der Zusammenarbeit verfügten, gaben an, hierfür bisher keine Gelegenheit oder Notwendigkeit gesehen zu haben. Auch diese Angaben können insgesamt als ein durchaus positives Ergebnis gewertet werden, wobei selbstverständlich die nicht vor-handene Repräsentativität zu berücksichtigen ist.

Bei der Einschätzung der Arbeit der Regionalzentren durch die Befragten ergab sich, dass die hohe Kompetenz sowie die Flexibilität und Freundlichkeit der MitarbeiterInnen besonders positiv bewertet wurden. Demgegenüber wurde im Wesentlichen eine zu geringe Personalausstattung bzw. Arbeitszeit, schwierige Erreichbarkeit und mangelnde Öffent-

77 In die Befragung wurden auch landesweite Institutionen einbezogen. Um Doppelungen in den Aussagen zu vermeiden, wurden diese gebeten, sich mit ihren Antworten auf das Regionalzentrum zu beziehen, das ihnen am ehesten bekannt ist.

lichkeitsarbeit der Regionalzentren kritisiert. Laut Einschätzung der Regionalzentren haben sie sich als akzeptierte und gut vernetzte Partner in ihrer jeweiligen Region etablieren können. Dafür sprächen die an sie gerichteten und insbesondere die wiederkehrenden Anfragen von BeratungsnehmerInnen, die sie bereits aus früheren Kooperationen kennen. Darüber hinaus würden sich zunehmend solche AkteurInnen an sie wenden, die einer Empfehlung durch andere PartnerInnen der Regionalzentren folgten. Diese Annahmen und damit der Grundgedanke der Regionalzentren können anhand der Evaluationsergebnisse weitestgehend bestätigt werden. Sie machen deutlich, dass das Gros der Regionalzentren sowohl in seinen jeweiligen Regionen als auch überregional auf staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ebenen als akzeptierter Partner in der Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus gilt. Insbesondere die fachlichen und methodischen Kompetenzen der MitarbeiterInnen sind Ressourcen, die sich langfristig als unschätzbar positive Faktoren in den Regionen etabliert haben.

6.6 Chancenstrukturen und Optimierungspotenziale

Die bereits in den vorangegangenen Kapiteln vereinzelt dargestellten Chancenstrukturen und Optimierungspotenziale werden nachstehend gemeinsam mit weiteren Verbesserungs- und Veränderungsbedarfen im Arbeitsumfeld der Regionalzentren eingehender erläutert.

Chancenstrukturen mit primärer Bedeutung

Die Arbeit der Regionalzentren ist in einem hohen Maße von ihren Rahmenbedingungen abhängig. Hinsichtlich der Chancenstrukturen für ihre demokratiepädagogischen und -stärkenden Tätigkeiten können vier übergeordnete Kriterien genannt werden, die sich als besonders bedeutungsvoll erwiesen haben:

1. die fachliche und methodische Kompetenz der MitarbeiterInnen, die in allen Regionalzentren vorhanden ist und auch seitens Außenstehender besonders hervorgehoben wird
2. Kontinuität der Arbeit der Regionalzentren, die bislang durch ihre mittel- bis langfristige Förderung relativ gewährleistet ist
3. Kontextualisierung bzw. Regionalisierung der Angebote, die eine tiefgehende Erschließung des regionalen Handlungsfeldes ermöglichte und das durch die Kombination verschiedener Professionen und Angebote der Regionalzentren umfangreich bedient werden kann
4. KooperationspartnerInnen, auf welche die Regionalzentren sowohl mit ihrer Aufgabe als Vernetzer als auch zur Bewältigung und nachhaltigen Gestaltung ihrer Arbeit angewiesen sind

Konzept der Regionalzentren

Sowohl bei der Landeskoordination als auch bei den Trägern und MitarbeiterInnen findet das Konzept der Regionalzentren eine allgemein große Zustimmung. Dieses böte gemeinsam mit den spezifischen Interessensbekundungen der Träger einen ausreichenden Rahmen für die Arbeit der Regionalzentren. Dem Konzept lägen weitestgehend praxisorientierte und auf tatsächliche Bedarfe reagierende Überlegungen zugrunde. Bundesweit suche das Konzept nach seinesgleichen und zeige einen guten Weg auf, um sowohl Demokratiedefiziten durch die Anregung von Bildungs- und Reflexionsprozessen als auch dem Rechtsextremismus in ländlichen Räumen zu begegnen. Ungeachtet dessen bestünden jedoch Konzeptdetails, die bislang noch nicht umgesetzt oder einer Überprüfung und Neubewertung unterzogen werden sollten. Diese Aufgabe ist immanenter Bestandteil einer

jeden Evaluation und wird von den hiermit beauftragten Universitäten Greifswald und Rostock übernommen.

Ein stets wiederkehrendes Thema im Zuge der sowohl landes- als auch bundesweiten Evaluationen der Programme „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ bzw. der Regionalzentren geführten Debatten betrifft die Verwendung und Auslegung des Begriffes Krisenintervention. Grundsätzlich ist die Intervention aus Sicht der MitarbeiterInnen ein wichtiger Ansatz, um BürgerInnen zu vermitteln, dass für die von ihnen empfundenen bzw. faktischen Bedrohungssituationen und die damit verbundenen Probleme sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Verantwortung übernommen wird. Darüber hinaus könnte der oftmals damit einhergehende Leidensdruck der Betroffenen als „Türöffner“ für deren Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit den Ursachen und die Umsetzung präventiver Maßnahmen genutzt werden.

Das Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke“ definiert in seinen Leitlinien eine Krise als „eine akut bedrohliche Situation mit rechtsextremem, fremdenfeindlichen und antisemitischen Hintergrund“.⁷⁸ Die wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms schätzt diesen Krisenbegriff des Programms als „problematisch“⁷⁹ ein, da er der Beratungsrealität, mit der die MitarbeiterInnen der Regionalzentren konfrontiert sind, nicht gerecht wird. Weiterhin wird festgestellt, dass die BeraterInnen sich stattdessen einer pragmatischen Krisendefinition bedienen, die sich am Beratungsbedarf der Betroffenen orientiert. So werden Krisen als Situationen definiert, „mit denen die Betroffenen nicht allein zurecht kommen“.⁸⁰ Zusammenfassend wird daher empfohlen, für die Fortschreibung des Programms auf die Festlegung eines Krisenbegriffes gänzlich zu verzichten.

Der Terminus Krisenintervention und seine verbreitete Verwendung provozieren aus Sicht der Regionalzentren Vorstellungen, nach denen relativ kurzfristig ein bedrohliches und rechtsextremes Ereignis inklusive seiner in der Regel komplexen Ursachen behoben werden könnte. Um dieser Konnotation des Krisenbegriffes entgegen zu wirken, werden alternative Formulierungen wie „Auftakt“ oder „anlassbezogene Intervention“ vorgeschlagen.

Zusätzlich hinderlich erweisen sich die hierfür programmatisch zweckgebundenen Mittel. Deren Verwendung für die mit der Krisenintervention realiter nahtlos verbundenen Beratungstätigkeiten in den Bereichen Gemeinwesenberatung und Demokratiepädagogik ist offiziell nicht möglich. Überdies fühlen sich einige MitarbeiterInnen genötigt, in ihren Sachberichten zur Mittelverwendung bestimmte Beratungsfälle als Krisenintervention zu deklarieren, obwohl diese weder theoretisch noch praktisch von den anderen Arbeitsbereichen abgrenzbare Prozesse darstellen. Die Definition „Krise ist was in der Zeitung steht“ unterstellt der Berichterstattung von Medienvertretern ein Indikator für den Handlungsbedarf der Regionalzentren zu sein. Sie rückt in alter Tradition den Rechtsextremismus anstatt langfristige demokratiefördernde Prozesse in den Mittelpunkt. Um einen an der Praxis orientierten Mitteleinsatz zu gewährleisten, schlagen Träger und MitarbeiterInnen die bedarfsorientierte und flexiblere Verwendung der Finanzen vor, bspw. durch einen die Beratungsprozesse flankierenden und mehrere Arbeitsbereiche der Regionalzentren abdeckenden Fond.

78 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2007: 3).

79 Bohn/Klein/Schaffranke (2009: 36).

80 Ebenda.

Als strukturell von zentraler Stelle zu lösendes Problem sieht die Evaluation die Öffentlichkeitsarbeit. Sowohl seitens der (potentiellen) KooperationspartnerInnen als auch der BeratungsnehmerInnen wurde vielfach der Wunsch nach stärkerer Öffentlichkeitsarbeit geäußert. Einzelne Regionalzentren, die als „Debütanten“ im Themenfeld um Bekanntheit werben mussten, sind diesbezüglich sehr offensiv vorgegangen. Andere räumen ein, dass die Öffentlichkeitsarbeit für sie von nachrangiger Bedeutung ist. Einerseits ist eine offensive Werbekampagne nur dann sinnvoll, wenn die Regionalzentren die dadurch zusätzlich entstehenden Anfragen und Bedarfe auch bedienen können. Dies scheint aus Sicht der Evaluation nicht umfassend gewährleistet. Andererseits kann eine Marketingstrategie für die Marke „Regionalzentrum für demokratische Kultur“ auch als Werbung für das Engagement und die Leistungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Themenfeld Demokratie verstanden werden. Die auf dem Landesportal eingestellte Internetseite präsentiert zwar alle Regionalzentren, eine direkte gemeinsame und auch inhaltlich gefüllte Präsenz der Regionalzentren gibt es jedoch nicht.⁸¹ Dies hat zur Folge, dass die einzelnen Regionalzentren stark als Vertreter ihres jeweiligen Trägers wahrgenommen werden. Auch ist die Internetseite „www.demokratie-mv.de“ als Internetseite der RAA präsent und stellt lediglich die Regionalzentren Westmecklenburg und Südvorpommern vor. Wir sehen in der Stärkung einer gemeinsamen Internetpräsenz aller Regionalzentren als Teil desselben Landesprogramms und eines gemeinsamen Logos für Veröffentlichungen eine Möglichkeit, sowohl die Idee der Regionalzentren unabhängig von Trägerinteressen als auch deren gemeinsame Identität zu stärken.

Die materielle Versorgung der Regionalzentren wird - unabhängig von der personellen Ausstattung - von allen MitarbeiterInnen als sehr zufriedenstellend bewertet. So seien bspw. die zwei Dienstwagen pro Regionalzentrum und jeweils ein Mobiltelefon je MitarbeiterIn bei der Bewältigung ihrer Arbeit sowie der Etat für Fort- und Weiterbildungen zur Vertiefung als auch Erweiterung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten äußerst hilfreich.

Ein weiteres zentrales Thema, das seitens der Träger und MitarbeiterInnen regelmäßig im Rahmen der Evaluation angesprochen wurde, betrifft die in der Landeskonzeption festgelegten Standorte der Regionalzentren. Wie bereits erwähnt, werden in Einzelfällen eine Neubestimmung der Sitze bzw. deren Überprüfung nach vorteilbringenden logistischen und andere praktischen Kriterien erhofft.

Ein Teil der Regionalzentren formuliert einen Klärungsbedarf hinsichtlich der Auslegung und Umsetzung der Konzeptinhalte. Dies betrifft die Rolle der Sonderprofile, die aus Sicht eines Trägers das Profil der Regionalzentren nivellieren würden, und im Fall des Regionalzentrums Südvorpommern sogar einen Klärungsbedarf hinsichtlich des gesamten Erwartungsanspruches, der an seine Aufgabenerfüllung gestellt wird. Das durch seinen Vertiefungsschwerpunkt „Strukturentwicklung im ländlichen Raum“ sehr offen gestaltete Konzept entspräche eher der Arbeit einer Kreativagentur und weniger einem gezielt beratenden und begleitenden Projekt mit Orientierung auf Präventionsarbeit. Hierbei werden ganz offensichtlich die bereits im Landeskonzept vorgesehenen Tätigkeitsschwerpunkte und Arbeitsansätze der Regionalzentren, u.a. als Entwicklungs- und Kreativagenturen einer guten Praxis, übersehen.⁸² Umso mehr sieht sich die Evaluation darin

81 Auf der Internetseite des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ existiert mittlerweile eine ergänzende und beispielhafte Darstellung der Arbeit der Regionalzentren mit Schwerpunkt auf ihren Arbeitsbereich Krisenintervention und ihre Sonderprofile; vgl. http://www.kompetent-fuer-demokratie.de/mecklenburg-vorpommern_48.html [Abruf: 15.08.2010].

82 Vgl. Kapitel 2: Das Konzept der Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern.

bestätigt, eine Abstimmung hinsichtlich der inhaltlichen Differenzen zwischen der Landeskonzeption einerseits und den jeweiligen konzeptionellen Interessensbekundungen der Träger andererseits zu empfehlen. Bis dato erfolgte keine genaue Bestimmung der für die Arbeit der Regionalzentren verbindlichen Konzeptinhalte. Die damit einhergehenden Unklarheiten und unterschiedlichen Perspektiven sowie Auslegungen ihrer Aufgaben sind daher wenig verwunderlich.

Landeskoordination und landesweites Beratungsnetzwerk

Sowohl von der Landeskoordination als auch von den Trägern und Regionalzentren werden nahezu übereinstimmend Optimierungspotenziale genannt, die aus Sicht der Evaluation den grundsätzlichen Bedarf an einer Art „Corporate Identity“ für das gesamte Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ deutlich machen: Koordination der Zusammenarbeit, Information und Kommunikation nach innen und außen, transparente Arbeitsbeschreibungen, Klärung des Selbstverständnisses und der Rollen, Respekt und Anerkennung sowie Verständnis und Offenheit für die Arbeit des jeweilig anderen etc. Aus Sicht der Landeskoordination sei hierfür keine wesentliche Arbeitsintensivierung notwendig, sondern würde bereits die Einhaltung von bereits erfolgten Absprachen ein Gros der Bedarfe decken. Darüber hinaus wird seitens der Regionalzentren und ihrer Träger die weitere fachliche Qualifizierung und eine ausreichend personelle Ausstattung der Landeskoordination gewünscht, um als adäquate Ansprechpartnerin anerkannt und ihrer nicht unerheblichen Verantwortung als koordinierende als auch steuernde Instanz gerecht zu werden.

In Bezug auf das landesweite Beratungsnetzwerk wird eine der Landeskonzeption entsprechende Gestaltung und Umsetzung von den Regionalzentren erwartet. Diesbezüglich werden insbesondere regelmäßige und anlassunabhängige Sitzungen gewünscht, um auf die Bewältigung der vielfältig wahrgenommenen Herausforderungen im Rahmen des Landesprogramms hinarbeiten zu können. Hierzu zählt unter Berücksichtigung fachlicher als auch methodischer Erkenntnisse und Kriterien eine nicht nur das Beratungsnetzwerk betreffende Verständigung über Aufgaben, Ziele sowie Beratungs- und Qualitätsstandards. Zudem werden ein engerer Austausch und Kooperationen auch mit landesweit agierenden Strukturen wie dem Verfassungsschutz und ExpertInnen des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, die sich bereits für die Arbeit der Regionalzentren als wichtige Rechercheure und Berichterstatter erwiesen haben, gewünscht.⁸³

Im Sinne eines Praxis-Wissenschafts-Transfers sollten die Arbeitsergebnisse des Beratungsnetzwerkes als auch die der Evaluation für alle Beteiligten nutzbar gemacht bzw. genutzt werden. Ein Regionalzentrum regt überdies die Einrichtung einer Fachstelle für Demokratie und Rechtsextremismus an, die mit ReferentInnen aus den Ministerien für Bildung, Inneres und Soziales besetzt wird.

Personal- und Zeitressourcen

Zum Projektjahr 2010 wurde die Personalausstattung der Regionalzentren auf vier Vollzeitstellen aufgestockt. Damit wurde laut Träger und MitarbeiterInnen eine sowohl inhaltlich als auch im Umfang notwendige Arbeitsleistung möglich, die zuvor oftmals nur durch Überstunden erfüllt werden konnte. Diese für sie spürbare Veränderung wird von allen Regionalzentren positiv wahrgenommen. Ungeachtet dessen stellen die im Vergleich der zur Verfügung stehenden Zeitressourcen nach wie vor zu hohen Anfragen seitens (potenzieller) BeratungsnehmerInnen und KooperationspartnerInnen ein Dilemma in der

83 Als ein ausgewiesener Sachverständiger in Mecklenburg-Vorpommern und wichtiger Kooperationspartner der Regionalzentren gilt u.a. Günther Hoffmann.

Arbeit der meisten Regionalzentren dar. Um Überlastungen und Erschöpfung bei den MitarbeiterInnen zu vermeiden, entwickelten einige Regionalzentren Kriterien,⁸⁴ nach denen sie die Priorität und Beratungszusage für Anfragen entscheiden. Die Absagen an Anfragende, denen keine Alternativen bzw. die Weitervermittlung an KooperationspartnerInnen der Regionalzentren angeboten werden können, ziehen zwangsläufig Enttäuschung und Frustration bei allen Beteiligten nach sich und stellen bis dato ein ungelöstes Problem dar. Zu den die Ressourcen übersteigenden Anfragen gesellt sich aus Sicht der Träger und MitarbeiterInnen ein zusätzlich arbeitsintensives und bürokratisches Berichtswesen, das im Rahmen des Landesprogramms bzw. von der Landeskoordination erwartet wird. Hier zeigten die im Rahmen des Abschlussberichts geführten Evaluationsgespräche und -interviews eine richtungsweisende Verständigung zwischen der Landeskoordination und den Trägern, die gemeinsam ein Berichtswesen anstreben, das sich am notwendigen Mindestmaß und zugleich einem möglichst geringen Zusatzaufwand für alle Beteiligten orientiert.

Die latent chronische Überforderung der Regionalzentren wird im Zusammenhang mit den teilweise hohen Fluktuationen ihrer MitarbeiterInnen vermutet. Diese wirkten sich als größter Negativfaktor auf die Arbeit aus, da eine konstant gleichbleibende Arbeitsqualität der Regionalzentren nicht gewährleistet werden kann. Ebenso beeinträchtigend und mitverantwortlich für den hohen Personalwechsel wird von einem Regionalzentrum die phasenweise Personalumbesetzung in andere Projekte bzw. die Vergabe von Zusatzaufgaben seitens des Trägers genannt, die unabhängig vom Aufgabenfeld der Regionalzentren sind und ausschließlich trägerspezifische Projekte betreffen. Auch von und für die Landeskoordination werden der Bedarf an einer höheren Personalausstattung und Hemmnisse für deren Arbeit durch den Wechsel einer Mitarbeiterin festgestellt.

Landesweit unterstützende Maßnahmen und Projekte

Als relevante Institutionen, Netzwerke und Programme in Mecklenburg-Vorpommern insbesondere - aber nicht ausschließlich - für den Bereich Demokratiepädagogik der Regionalzentren können ohne Anspruch auf Vollständigkeit zum aktuellen Stand genannt werden:

- *Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern*: Das dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zugeordnete Institut nimmt u.a. folgende Aufgaben wahr: (über-)regionale Fort- und Weiterbildung von LehrerInnen, pädagogisch-praktische Ausbildung zur Vorbereitung auf das Lehramt und, Beratung aller an Schule Beteiligten in Fragen des Unterrichts und der schulischen Erziehung, Evaluationen, Prüfungsauswertungen etc.
- *Landesinitiative „Demokratie lernen und leben in Mecklenburg-Vorpommern“* (DLL-MV) die sich als Fortsetzung des Bundesprogramms „Demokratie lernen und leben“ versteht. Im Rahmen von u.a. Fortbildungen für (jugend-)pädagogische Lehr- und Bezugspersonen wird die Kenntnisvermittlung demokratischer Handlungskompetenzen angestrebt, die Kinder und Jugendliche zur Mitwirkung an einer demokratischen Gesellschaft befähigen und motivieren.
- *WIR. Erfolg braucht Vielfalt*: das überparteiliche und landesweit für Demokratie und Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern werbende Bündnis geht auf die Initiative der Kirchen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Vereinigung der Unternehmens-

84 Mit Vorrang werden dabei solche Anfragen behandelt, die nicht auf alternative Angebote zurückgreifen können, die prozessorientierte Gemeinwesenberatung nahe legen, und die akute Vorfälle mit einem rechtsextremistischen Hintergrund mutmaßen lassen.

verbände und der Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zurück. Sie wird von zahlreichen BürgerInnen und Institutionen des Landes sowohl ideell als auch finanziell unterstützt, um die Möglichkeiten und Vorteile einer demokratischen Gesellschaft anhand von Veranstaltungen und Projekte sichtbar zu machen.

- *KoordinatorInnen für Demokratieerziehung*: Im Sommer 2007 startete unter Federführung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur das vor allem auf die Schulen des Landes fokussierte Programm „Demokratie-Erziehung“. Hierfür wurden in allen Schulamtsbezirken KoordinatorInnen eingesetzt, um die Programmelemente vor Ort zu koordinieren und Bedarfe abzufragen. Gemeinsam mit den Schulräten unterstützen sie die Schulen dabei, ihre Vorhaben und Projekte umzusetzen. Sie koordinieren deren Zusammenarbeit mit den PartnerInnen in der Region und sorgen dafür, dass die Angebote der PartnerInnen für die Demokratieerziehung in den Schulen optimal genutzt werden. Im Rahmen dieses Programms sollten auch die DemokratiepädagogInnen der Regionalzentren ein Arbeitsfeld finden und diesen Prozess unterstützen.⁸⁵
- *Beteiligungswerkstatt*: Nach dem Motto „Demokratie lebt durch Beteiligung“ fördert der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern seit 2001 die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern und motiviert junge Menschen, sich in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einzubringen.
- *Tage ethischer Orientierung* (TEO): Das mecklenburg-vorpommerische Bildungskonzept ist eine Kooperation zwischen den Kirchen, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und den Schulen des Landes. TEO hat sich zum Ziel gesetzt, durch gemeinsames Handeln zwischen verschiedenen BildungspartnerInnen an einer Kultur des beziehungsreichen Aufwachsens für Kinder und Jugendliche mit zu wirken.⁸⁶
- *Soziale Bildung e.V.* (SoBi): Der in Rostock ansässige Verein ist in der Kinder- und Jugendarbeit tätig, setzt Maßnahmen im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) um und fördert u.a. die politische Bildung, interkulturelle Begegnungen sowie demokratische Initiativen.
- *Netzwerk für Demokratie und Courage* (NDC): Das bundesweit aktive und mit einer Landesnetzstelle in Rostock vertretende Netzwerk führt vorrangig Projekttag zu den Themen Demokratie und Courage an Schulen und Ausbildungseinrichtungen durch. Die Bildungsveranstaltungen werden zu einem Großteil von ehrenamtlich engagierten jungen Menschen umgesetzt.
- *Landesnetzwerk Demokratiepädagogik*, das sich aus den DemokratiepädagogInnen der Regionalzentren, den KoordinatorInnen für Demokratieerziehung der Schulamtsbezirke und VertreterInnen vom Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC), Soziale Bildung e.V. (SoBi) und der Beteiligungswerkstatt zusammensetzt.
- *Landeszentrale für politische Bildung* (LpB): Als Akteurin im Bereich der politischen Bildung ist die LpB regelmäßig Ansprech- und Kooperationspartnerin im Land und an Projekten der Regionalzentren beteiligt.

85 Vgl. http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/bm/Themen/Politische_Bildung/Koordinatoren_fuer_Demokratieerziehung/index.jsp [Abruf: 07.04.2010].

86 Vgl. http://www.teoinmv.de/cms/index.php?SESS_ID=a3b30e6ab6a641d0c6c9b5f175d788c5&s_id=1 [Abruf: 07.04.2010].

Die vom Bildungsministerium ergriffenen Maßnahmen und geschaffenen Strukturen unterstützen die Arbeit der Regionalzentren auf hilfreiche und sinnvolle Weise. Zu ihnen zählt neben den bereits o.g. auch die Unterstützung des Programms „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“.⁸⁷ Die KoordinatorInnen für Demokratieerziehung sind für die Regionalzentren zwar hilfreiche AnsprechpartnerInnen, verfügen aber - neben ihrer Tätigkeit als Lehrkräfte - über eine sehr geringe Anzahl von lediglich vier Wochenstunden, um ihre Koordinationsaufgabe zu erfüllen. Aus diesem Grund sind sie kaum in der Lage, inhaltliche und konzeptionelle Entwicklungen der Regionalzentren mitzugestalten. Aus Sicht der Evaluation ist die Hoffnung, das Programm „Demokratie-Erziehung“ des Bildungsministeriums als starken Unterstützungspartner in Fragen der Demokratiepädagogik an der Seite der Regionalzentren zu haben, derzeit nicht berechtigt.

Die Strategie der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ sieht einen umfangreichen Maßnahmenplan sowohl zu den Themenfeldern Integration, Prävention, Intervention und Repression vor.⁸⁸ Diese ergänzend bzw. vertiefend betonen die MitarbeiterInnen der Regionalzentren Handlungsbedarfe, die sich im Rahmen ihrer Berufspraxis aufzeigten. Ein solcher sei bspw. bei den Sportvereinen als flächendeckende Struktur im Land gegeben und für die eine gesonderte Beratungsstruktur sowohl für die Fans, aber auch für die SpielerInnen wünschenswert sei. Zwar existiere bereits ein Fanprojekt in Trägerschaft der Rostocker Arbeiterwohlfahrt, jedoch seien die hierfür hauptamtlich tätigen MitarbeiterInnen bereits völlig ausgelastet. Ebenso wird eine intensivere Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren des Landes als notwendig erachtet. Zahlreiche Rückmeldungen aus deren Reihen würden darauf hinweisen, dass die Vorgabe vereinsrechtlicher Hilfestellungen zum Ausschluss rechtsextremer Mitglieder allein nicht zum Umgang mit diesen befähigt. Überdies sind sie nur sehr begrenzt geeignet, um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit „lediglich“ rechtsextrem-affinen Menschen zu führen. Deren Ausschluss aus sämtlichen Vereinen würde mancherorts die bereits dünnen zivilgesellschaftlichen Strukturen zusätzlich schwächen. Diesbezüglich sind daher auch langfristig orientierte Lösungen für die Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gefragt.

Qualitätsstandards

Ein weiteres Schwerpunktthema wird von allen Beteiligten in der Erarbeitung und Einhaltung verbindlicher Qualitätsstandards für die politische Bildung und Beratung in den Themenfeldern Demokratie und Rechtsextremismus gesehen. Ein entsprechendes Rahmenpapier wurde bereits als vorläufiges Arbeitsergebnis der „Arbeitsgruppe Qualitätsstandards“ im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie -Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ entwickelt und soll zu dessen Weiterentwicklung als Diskussionsgrundlage für Beratungsträger dienen.

87 Das Programm wurde 1995 in Deutschland initiiert. Seitdem wurde der Titel „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ von über 700 Schulen erworben. Die Vergabe des Titels setzt voraus, dass sich 70 Prozent der Schulangehörigen zu dem Selbstverständnis bekennen, sich gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt einzusetzen. Darüber hinaus werden die jährliche Durchführung eines themenrelevanten Projekts und die Begleitung des Programms durch einen Paten der Schule gefordert.

88 Vgl. Unterrichtung durch die Landesregierung, Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“, Strategie der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms, Drucksache 5/1599: http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=3890 [Stand: 11.7.2008; Abruf: 21.8.2010].

7. Resümee und Handlungsempfehlungen

Das abschließende Resümee der Evaluation fasst die Ergebnisse im Wesentlichen als Handlungsempfehlungen zusammen. Diese weisen kritisch sowohl auf zu bewahrende Errungenschaften und weiterhin erfolgversprechende Verfahren der Regionalzentren als auch auf Handlungsbedarfe und sichtbare Optimierungspotenziale hin. Dabei werden insbesondere Gestaltungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für die zukünftige Arbeit der Regionalzentren, ihrer Träger und der Landeskoordination aufgezeigt.

Erfolgreiche Verankerung und Akzeptanz

Die zentralen Elemente der Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern vereinen sich zu einem innovativen und in der Bundesrepublik bislang einmaligen Konzept. Dieses stützt sich in wesentlichen Anteilen auf vorausgegangene Projekterfahrungen und empirische Erkenntnisse. Insbesondere die Vorläuferstruktur der Regionalzentren, die Mobilen Beratungsteams, war hierbei wegweisend. Mit der wissenschaftlichen und partizipativ angelegten Evaluation durch die Universitäten Greifswald und Rostock wurde zudem gewährleistet, dass die als Prozess zu verstehende Entwicklung der Projektaktivitäten zeitnah reflektiert und im Bedarfsfall optimiert wird, um die nachhaltige Wirkung sowie Verankerung der Regionalzentren zusätzlich zu fördern.

Besonders bemerkenswert sind der zentrale Stellenwert der Regionalzentren im Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ und der in der Konzeption verankerte politische Wille der Landesregierung für eine zumindest mittelfristige strukturelle Förderung der Regionalzentren. Diesen Prämissen für eine eher nachhaltig wirkende Arbeit sowie der im Jahr 2007 fraktionsübergreifende Konsens und gefasste Beschluss zum Konzept folgten eine bis heute andauernde landesweite Anerkennung und Stärkung der Regionalzentren. Nicht zuletzt geht damit deren höhere Akzeptanz bei (potenziellen) BeratungsnehmerInnen und PartnerInnen einher und wird der Bedarf an Demokratie fördernden Maßnahmen sowie ein den Rechtsextremismus betreffendes Problembewusstsein manifestiert, das viele Jahre als nicht selbstverständlich galt.

Die Regionalzentren für demokratische Kultur haben sich seit ihrer Gründung konsolidiert, solide Netzwerke aufgebaut und sich konzeptionell gut aufgestellt. Aus Sicht der Evaluation ist es ihnen weitestgehend gelungen, sich als ExpertInnen in den Regionen zu etablieren und eine respektable Akzeptanz bei relevanten PartnerInnen zu erarbeiten. Diese Anerkennung ist wesentlich von der sozialen und methodischen Kompetenz der individuellen MitarbeiterInnen beeinflusst. Infolge dessen stellt jeder personelle Wechsel, insbesondere in der Leitungsposition, mit dem die Regionalzentren bereits mehrmals konfrontiert waren, unwillkürlich eine erneute Herausforderung für das gesamte Regionalzentrum dar, um das vormals aufgebaute fachliche als auch menschliche Vertrauen ihm gegenüber bewahren zu können. Weitere Überlegungen über geeignete Instrumente, welche die Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen attraktiver gestalten und sie somit eher halten, erscheinen daher angemessen.

Das Konzept der Regionalzentren findet grundsätzlich sowohl bei der Landeskoordination als auch bei den Trägern und MitarbeiterInnen eine große, wenn nicht sogar ungeteilte Zustimmung. Im Rahmen der nunmehr knapp dreijährigen Praxis der Regionalzentren und ihrer Evaluation offenbarten sich nicht nur neue Ideen und Möglichkeiten, sondern auch Bedarfe zur Überprüfung und Verbesserung der bisherigen Konzeptumsetzung.

Systematische Zusammenarbeit

Die Auswertung zur Kooperation und dem Fachaustausch aller Regionalzentren zu Themen und Konzepten, die sowohl landesweit relevant sind als auch für regionale Entwicklungen nützlich wären, ergab eine kaum vorhandene systematische Zusammenarbeit. Letztere findet vorwiegend zwischen Regionalzentren mit einem gemeinsamen Träger statt. Der fachliche Austausch mit dem explizit hierfür vorgesehenen landesweiten Beratungsnetzwerk erfolgt nur unregelmäßig und weitestgehend informell. Ähnlich unstrukturiert und bisweilen nicht unproblematisch gestaltet sich die Kommunikation zur Landeskoordination. Aus Sicht der Evaluation ist eine systematischere Zusammenarbeit sowohl zwischen den Regionalzentren als auch mit der Landeskoordination und dem landesweiten Beratungsnetzwerk unter Einbeziehung der Träger der Regionalzentren zu empfehlen. Dabei fehlt es bei den Beteiligten nicht an einer grundsätzlichen Bereitschaft oder dem sogar dringenden Wunsch nach einem organisierten Fachaustausch und Kooperation. Stattdessen lässt sich vielmehr ein gewisser Mangel an der sach- sowie fachorientierten Kommunikation einerseits und in der interpersonalen Kommunikation andererseits feststellen.

Ersterem ließe sich insbesondere durch die Intensivierung eines an Fachthemen orientierten Austausches unter steter Einbeziehung der in den Leitlinien des Bundesprogramms „Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ genannten und darüber hinaus relevanten AkteurInnen⁸⁹ begegnen. Dieser sollte im Rahmen von regelmäßigen Landestreffen mit VertreterInnen aller Regionalzentren, ihrer Träger und der Landeskoordination als auch durch die jährlich mehrmalige Einberufung des landesweiten Beratungsnetzwerkes erfolgen. Die zweijährige partizipative Evaluation bzw. das sie umsetzende Team haben sich für alle Beteiligten als ein dienliches Kommunikationsmedium zwischen den Regionalzentren und ihren Trägern einerseits und der Landesebene andererseits erwiesen. Um eine direkte Kommunikation zwischen letztgenannten auch nach Beendigung der Evaluation zu unterstützen, ist seitens der Träger deren Teilnahme an den Sitzungen der IMAG denkbar und wünschenswert.

Für die legitimen Ansprüche der Landeskoordination, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben stellt, bspw. die Einforderung von Sachberichten und Zuwendungsnachweisen, bedarf es klarer und verbindlich geltender Absprachen. Dies gilt auch - unter Berücksichtigung eines angemessenen zeitlichen Rahmens und Umfangs - für die von den Regionalzentren erwarteten und umgekehrt die ihnen zur Verfügung zu stellenden Informationen. Um Irritationen zu vermeiden, sollten hierbei feststehende Verantwortungs- und Zuständigkeitsbereiche berücksichtigt und im Bedarfsfall unter Einbeziehung der Träger geklärt werden. Demgegenüber erscheint der Anspruch, die Regionalzentren sollten die Landeskoordination über jede Veröffentlichung, Pressemeldung und Äußerung einem Journalisten gegenüber informieren, nicht umsetzbar. Andererseits greift auch die Erwartung einiger Regionalzentren, die Organisation der Vernetzung und des fachlichen Austausches der Regionalzentren ausschließlich von der Landeskoordination verlangen zu können, zu kurz. Zusätzlich und für alle Beteiligten belastend kommen die subjektiven und langfristig Frustration auslösenden Belastungssituationen der MitarbeiterInnen der Regionalzentren als auch der Landeskoordination zum Tragen. Diese entstehen seitens der Regionalzentren vorrangig durch nicht zu bewältigende Beratungs- und Fortbildungsanfragen sowie andere Erwartungen an sie, die nicht erfüllbar sind bzw. sich ihrem Verantwortungsbereich entziehen. Hier sind sowohl die Landeskoordination als auch die Regionalzentren gefordert,

89 Vgl. Leitlinien zur „Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“, S. 6: <http://www.beratungsnetzwerke.de/down/16-05-07-Leitlinien.pdf> [Stand: 11.05.2007; Abruf: 25.8.2010].

sowohl eine fachliche Diskussion als auch eine Verständigung über Aufgaben und Erwartungen versus realistische Ziele in der Zusammenarbeit und Auftragserfüllung zu initiieren.

Zur Verbesserung der interpersonalen Kommunikation ist es zunächst angeraten, dass die Landeskoordination ihre Funktion zur Koordinierung und Steuerung der Regionalzentren vornehmlich in der Rolle einer Moderatorin und als fachliche Inputgeberin ausfüllt. Laut eigener Auskunft, und auch seitens der Evaluation wahrnehmbar, pflegt die Landeskoordination einen kooperativen Arbeitsstil, der sich im Wesentlichen durch gegenseitige Unterstützung und die Bereitschaft zu offen geführten Diskussionen ausdrückt. Dieser sollte auch in der Zusammenarbeit mit den MitarbeiterInnen der Regionalzentren, die durch ihre Arbeit für demokratische Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse sensibilisiert und empfänglich sind, stärker zum Tragen kommen. Ein kooperativer Stil entbehrt Äußerungen mit einem ausschließlichen Aufforderungs- und Kontrollcharakter und stünde im Einklang mit dem von der Landesregierung angewandten Subsidiaritätsprinzip, demgemäß die Regionalzentren zwar auf Grundlage des Landeskonzepts, jedoch - dem Prinzip der „Vergabe“ an freie Träger entsprechend - auch mit eigenen Konzepten und Philosophien arbeiten.

Ein Großteil der vorausgegangenen Empfehlungen ist aus Sicht der Evaluation bereits im Konzept der Regionalzentren und insbesondere in der Funktion einer koordinierenden und steuernden Landeskoordination verankert. Darüber hinaus ist die wichtigste Prämisse für eine konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Landeskoordination und den Regionalzentren, die auf Partizipation und gegenseitiger Wertschätzung basiert, nach Auffassung der Evaluation gegeben: Beide Seiten sind an einer solchen Kooperation und einer beiderseitig zufriedenstellenden Regelung interessiert. Bei ihrer Realisierung bzw. stärkeren Berücksichtigung könnte eine extern begleitende Moderation und Mediation zusätzlich unterstützend wirken.

Rollenklärung

Auch die Definition, vor allem jedoch die Umsetzung der eigenen Rolle scheint für einige MitarbeiterInnen der Regionalzentren häufig schwierig zu sein. Die Landeskonzeption der Regionalzentren ebenso wie die trägerspezifischen Konzepte geben vor, es sei ein Selbstverständnis als BeraterIn bzw. UnterstützerIn und keineswegs als AkteurIn zugrunde zu legen. Jedoch sind diese Rollen in der Praxis nicht immer ohne weiteres zu trennen bzw. scheinen die Einhaltung der selbst definierten Rolle und ihrer Grenzziehung zu einer anderen Rolle häufig schwierig zu sein. Aus Sicht der Evaluation erscheint es nicht problematisch, in der Zusammenarbeit mit KooperationspartnerInnen und BeratungsnehmerInnen selbst (in Teilen) eine Akteursrolle einzunehmen. Demgegenüber und um Irritationen zu vermeiden, ist die Reflexion der jeweiligen Rolle und der mit ihr verbundenen Erwartungen an das Handeln des Regionalzentrums sowie die transparente Kommunikation der daraus folgenden (Handlungs-)Konsequenzen mit allen Beteiligten zentral. Darüber hinaus sollte sichergestellt werden, dass diesbezügliche Aktivitäten der Regionalzentren keinen konterkarierenden Einfluss auf das zivilgesellschaftliche Engagement vorhandener bzw. zu mobilisierender AkteurInnen ausübt.

Zielvereinbarungen

Ebenso unbestimmt wie die Klärung der Beraterrolle ist bislang das Ende von Beratungsprozessen. Allgemein formuliert verfolgen die Regionalzentren unter Berücksichtigung der spezifischen Erwartungen an eine Zusammenarbeit, das Ziel einer eigenständigen Hand-

lungsfähigkeit der BeratungsnehmerInnen. Die Arbeit mit konkreten Beratungsplänen bzw. Zielvereinbarungen ist bei allen Regionalzentren unüblich. Z.T. werden sie als kontraproduktiv wahrgenommen, da im Rahmen der Beratungen oftmals heterogene Gruppen von BeratungsnehmerInnen begleitet werden, so dass ein Konsens über die zu erreichenden Ziele nur mit großem (Zeit-)Aufwand zu erzielen sei. Andererseits werden, wenn überhaupt, nur sehr allgemeine Ziele für einen Beratungsfall festgelegt oder diese seitens der Regionalzentren lediglich latent formuliert. Somit ist das Ende einer Beratung nicht ohne weiteres definierbar und insbesondere für die BeratungsnehmerInnen wenig transparent. Vor diesem Hintergrund stellen sich mehrere Fragen. Wie können klare Abstimmungen über gegenseitige Erwartungen und deren Erfüllung erfolgen, die zur Akzeptanz der Regionalzentren und deren Wahrnehmung als verlässlicher Partner beitragen können? In welchem Verhältnis stehen dabei Orientierung und Transparenz bietende Beratungspläne einerseits und die notwendige Flexibilität im Beratungsprozess andererseits? Wie förderlich wirkt sich der Verzicht auf festgelegte und unveränderlich erscheinende Zielvereinbarungen auf einen Beratungsprozess und die Kooperationsbereitschaft aus? Diese Fragen sollten diskutiert und fallspezifisch strategisch entschieden werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der schriftlichen Erhebung und der leitfadengestützten Interviews gaben zahlreiche Befragte an, dass sie sich eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit von den Regionalzentren wünschen. Demgegenüber konstatieren die MitarbeiterInnen keine zusätzlich zur Verfügung stehenden Kapazitäten, um die durch eine intensivere Außenkommunikation ausgelösten Anfragen bearbeiten zu können. Aus Sicht der Evaluation wäre ein Marketing seitens der Landesebene für die „Marke Regionalzentren für demokratische Kultur“ durchaus und insofern wertvoll, als dieses auch als Werbung für das Engagement und die Leistungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Demokratie und Toleranz genutzt werden könnte. Jenseits ihrer bisher gelungenen trägerspezifischen Präsentation wäre zusätzlich ein einheitliches Internetportal für alle Regionalzentren sinnvoll, um deren Idee und gemeinsame Identität zu stärken. Eine solche Plattform wäre auch für die kooperative Veröffentlichung von Informationen, Handreichungen, Ratgebern etc. nützlich. Bei etwaigen Überlegungen zur Intensivierung und vereinheitlichenden Öffentlichkeitsarbeit der Regionalzentren müssen sicherheitsrelevante Aspekte zum Schutz der MitarbeiterInnen berücksichtigt werden. Die Evaluation empfiehlt die Umsetzung solcher Regionalzentrum übergreifenden Vorhaben in die Obhut der Landeskoordination zu geben. Darüber hinaus sollte die Unterstützung mit relevanten Informationen und aktuellen Meldungen aller Beteiligten gewährleistet werden.

Erfolgsindikatoren

Um die Leistungen der Regionalzentren angemessen einschätzen zu können, ist es aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung perspektivisch wichtig, den bereits mit dieser partizipativen und qualitativ orientierten Evaluation eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Damit verbunden schließt sich eine Heranziehung ausschließlich quantitativer Daten zur Beurteilung ihrer Maßnahmen und Projekte allein durch die regionalspezifischen Rahmenbedingungen der Regionalzentren aus.

Auch sonst gilt es bei der Einschätzung vom „Erfolg gegen Rechtsextremismus“ mit lediglich quantitativen Kennzahlen eher Abstand zu nehmen. Hiermit würde einer nach wie vor verbreiteten, jedoch wirklichkeitsverzerrenden und die Öffentlichkeit teilweise

fehlinformierenden Praxis entgegen gewirkt werden. Weder aktuelle Wahlergebnisse der NPD noch die TeilnehmerInnen-Zahl einer Fortbildungsveranstaltung können einen langfristigen und nachhaltigen Erfolg der Regionalzentren valide abzeichnen. Der Rechtsextremismus, genauer das Demokratiedefizit einer Gesellschaft, ist (bedauerlicherweise) nicht monokausal bedingt und demzufolge ist die Wirksamkeit von Gegenstrategien ebenso wenig auf Grundlage einiger „Datenstichproben“ messbar. Rechtsextremismus als auch dessen Prävention und die Demokratieförderung sind als lernende Systeme zu verstehen. Deren AkteurInnen und ihr soziales Handeln sind in der Gesellschaft komplex und ständig verändernd verwoben. Hier gilt es eine geduldige und zuversichtliche Haltung gegenüber langfristigen Veränderungsprozessen und dem abgestimmten Zusammenspiel von Maßnahmen auf den Ebenen von Bildungspolitik, Integration, zivilgesellschaftliche Teilhabe etc., von denen die Regionalzentren nur einen Bruchteil abdecken bzw. anregen können, zu wahren.

Praxistauglichkeit des Krisenbegriffs

Einer Klärung bedarf es auch hinsichtlich des Begriffs Krisenintervention, der ein Angebot der Regionalzentren repräsentiert und im Konzept Verwendung findet. Trotz landesweiter Debatten und Abstimmungsprozesse wird der Terminus nach wie vor sehr unterschiedlich interpretiert. Nach Auffassung der Evaluation zeigen die verschiedenen Ansichten und Betrachtungen, dass die Krisenintervention sich theoretisch nur schwer und praktisch nahezu unmöglich von den Beratungsprozessen der Mobilen Beratung und Demokratiepädagogik abgrenzen lässt. Ohne einen konkret definierten Begriff ist die Krisenintervention jedoch kaum praktikabel umzusetzen, geschweige denn zuverlässig zu dokumentieren. Nicht zuletzt durch die wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ wurde eine pragmatischere, am Unterstützungsbedarf von BeraterInnen orientierte und daher ohne Anspruchserhebung auf kurzfristige Problemlösungen angelegte Definition angeregt. Deren Erarbeitung sollte aus Sicht der Evaluation überprüft und zu einer abschließenden Klärung zum Umgang mit Krisen geführt werden. In diesem schwierigen Feld, das auch aufgrund der finanziellen Verbundenheit mit dem Bundesprogramm nicht frei agieren kann, ist die Landeskoordination als Leitstelle in besonderem Maße gefragt.

Qualitätsentwicklung und Nachhaltigkeit

Die Erfahrungen und Ergebnisse der Arbeit der Regionalzentren sollten stärker als bisher schriftlich dokumentiert und in Form von Handreichungen, Handlungsleitfäden und -empfehlungen etc. zusammengestellt und aufbereitet werden. Ein entsprechender Auftrag besteht mit Blick auf die jeweiligen Sonderprofile bereits.

Aus Sicht der Evaluation sind differenzierte Sonderprofile in den Regionalzentren nur dann sinnvoll, wenn ein funktionierender Austausch der Arbeitsergebnisse gewährleistet ist. Vor dem Hintergrund der bislang damit verbundenen Schwierigkeiten ist ein grundsätzlicher Kommunikationsprozess über die Rolle der Sonderprofile sowie die damit verbundenen Anforderungen, Erwartungen und Aufgaben der Regionalzentren als auch der Landeskoordination angeraten. Die hierfür zu tragende Verantwortung und Organisation kann dem Kommunikationsprozess anheim gestellt werden.

Grundsätzlich sollte es weiterhin das Ziel der Sonderprofil sein, nach einer konzeptionellen Erprobungsphase die gewonnenen Erfahrungen, Erkenntnisse und Praxisbeispiele allen

Regionalzentren zur Verfügung zu stellen und für sie nutzbar zu machen. Darüber hinaus bieten sich die von den Regionalzentren bisher unterschiedlich intensiv genutzten (potenziellen) BeratungsnehmerInnen und KooperationspartnerInnen nicht nur als Zielgruppen ihrer Mobilen Beratung und Demokratiepädagogik, sondern auch als MultiplikatorInnen ihres Know-how an. Handreichungen u.ä. können eine größere Streuweite als individuelle Beratungen erzielen und stellen daher eine sinnvolle Ergänzung dar. Um die Reichweite sowie Nachhaltigkeit der Arbeit der Regionalzentren zu vergrößern empfiehlt es sich aus Sicht der Evaluation diese Handlungsoptionen stärker zu nutzen.

Mit Blick auf den Arbeitsbereich Demokratiepädagogik und im Sinne seiner nachhaltigen Wirkung wären für die Regionalzentren folgende strategische Überlegungen und Orientierungen sinnvoll:

- Initiierung von Projekten und ihre Begleitung, im Zuge derer bspw. LehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen zur eigenständigen Durchführung befähigt werden
- Entwicklung einer demokratischen Schulkultur, in der Elternarbeit, schulinterne Abstimmungen im Kollegium, schulfachübergreifende Maßnahmen, Klassen- und SchülersprecherInnenwahlen etc. berücksichtigt werden, und die von einem Verständnis eines partizipativ zu gestaltenden demokratischen Entwicklungsprozesses getragen ist, demzufolge das Regionalzentrum nicht „Demokratie abliefert“, sondern Demokratie (mit dem Regionalzentrum gemeinsam) erarbeitet und gelebt werden muss
- AnsprechpartnerInnen sollten nicht nur einzelne Lehrkräfte oder Schulklassen sein, sondern die Schulen insgesamt und übergeordnete Strukturen wie Fachschaften und Schulamtsbezirke
- Kooperationen mit Gewerkschaften und berufsständigen Fachverbänden wie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft oder mit dem Verband der BerufsschullehrerInnen, um Konzepte für regionale LehrerInnen-Fortbildungen zu erarbeiten
- (stärkere) Zusammenarbeiten innerhalb vorhandener Strukturen der MultiplikatorInnen-Ausbildung, bspw. Jugendämter, kirchliche Dienste und Hochschulen

Empfohlen wird auch, die relative Handlungsfreiheit der Regionalzentren, deren Finanzierung mittelfristig nicht in Frage steht und die weniger als andere Einrichtungen an Teilnehmerzahlen gemessen werden, zu nutzen, um strategische Konzepte zu entwickeln, die die Demokratie fördernde Arbeit qualitativ verbessern und nachhaltig sichern. Neben den in einigen Bereichen der Regionalzentren bereits voran getriebenen Entwicklungen, sollen folgende Anregungen der Evaluation dazu ermutigen, in diese Richtung weiterzuarbeiten:

- Entwicklung von Qualitätsstandards, Fortbildungsmodulen etc., die landesspezifisch auch anderen Trägern angeboten werden können
- Erarbeitung eines Pools aus Beispielen guter Praxis
- Entwicklung regionaler Netzwerke, im Zuge derer die Regionalzentren jenseits ihrer Beratungsprozesse, den Aufbau von AkteurInnen, die Schulung von MultiplikatorInnen und eine koordinierende Funktionen übernehmen
- den Ansatz, AdressatInnen auch im Kreis der Regelstrukturen zu suchen, im Sinne von „Verantwortliche in ihrer Verantwortung stärken!“ weiterhin und intensiver verfolgen
- neue Themenfelder wie Migration/Integration und sich dafür engagierende AkteurInnen, die bisher wenig berücksichtigt wurden, erschließen und einbeziehen

Insgesamt ließ sich im Rahmen der Evaluation feststellen, dass die Themen Demokratie und Rechtsextremismus im Land bereits als eine Querschnittsaufgabe mit zahlreichen guten Ansätzen und Umsetzungen behandelt wird. Um auch deren nachhaltige Wirkung zu fördern und synergetische Arbeitseffekte zu erzielen, sollten diese jedoch in der Zukunft stärker koordiniert zur Anwendung gebracht werden.

Abschließend und zusammenfassend kann das Konzept der Regionalzentren für demokratische Kultur zweifellos als bislang erfolgreich bewertet werden. Wichtige Voraussetzungen für den Erhalt der Arbeit der Regionalzentren und deren nachhaltige Weiterentwicklung sind vorhanden und bereits im Konzept der Regionalzentren als auch in den Aufgabenanforderungen für die Landeskoordination explizit oder zumindest intendierend verankert. Die Evaluation ist zuversichtlich, dass deren Effektivität und Qualität sich durch die Umsetzung der Handlungsempfehlungen bzw. deren stärkere Berücksichtigung zusätzlich steigern lässt.

8. Literaturverzeichnis

- ArtSet, 2009: QB 5 Arbeitshilfe. Evaluation der Beratungsprozesse. Hannover.
- Bohn, Irina/ Klein, Ludger/ Schaffranke, Dorte, 2009: Gesamtbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für den Berichtszeitraum 01.02.2008 bis 31.08.2009, in: „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, <http://www.kompetent-fuer-demokratie.de/uploads/pdf-dateien/gesamtberichtwb-kompetent2009.pdf> [Abruf: 18.8.2010].
- Borstel, Dierk, 2010: Regionalanalyse zum Verhältnis von rechtsextremen Aktivitäten und demokratischen Strukturen in der Region Anklam, in: Buchstein, Hubertus/ Heinrich, Gudrun (Hrsg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland - Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Wiesbaden.
- Braun, Stephan (Hrsg.), 2009: Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden.
- Bringt, Friedemann/ Korgel, Lorenz: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus - ein Konzept zur Unterstützung demokratischer Kultur, in: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) und Mobiles Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen (MBT Sachsen) (Hrsg.). Mobile Beratung für Demokratieentwicklung. Grundlagen - Analysen - Beispiele. Berlin, 7-20.
- Brunner, Ewald J., 2007: Systemische Beratung, in: Nestmann, Frank (Hrsg.). Das Handbuch der Beratung. Ansätze, Methoden und Felder. Tübingen, 655-661.
- Buchstein, Hubertus/ Heinrich, Gudrun, 2007a: Teilgutachten zur Einrichtung von „Regionalzentren für demokratische Kultur“ in Mecklenburg-Vorpommern.
- Buchstein, Hubertus/ Heinrich, Gudrun, 2007b: Gutachten zur Umsetzung der Bundesprogramme und des Landesprogramms für Vielfalt, Demokratie und Toleranz - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald/ Rostock.
- Buchstein, Hubertus/ Heinrich, Gudrun/ Volkmann, Tatiana/ Seemann, Jan, 2008: Leistungsverzeichnis zur Evaluation der Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Unter Mitarbeit von Dierk Borstel, Benjamin Fischer, Kai Langer et al. Greifswald/ Rostock.
- Buchstein, Hubertus/ Heinrich, Gudrun (Hrsg.), 2010: Rechtsextremismus in Ostdeutschland - Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Wiesbaden.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006a: Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, Leitlinie zum Programmbereich „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne). Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006b: Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, Leitlinien zum Programmbereich „Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention“. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2007: Leitlinien zum Programm „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, 2007: Bundesprogramm „Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“, Berlin.
- Camino/ ISS, 2008: 1. Zwischenbericht zur Wissenschaftlichen Begleitung des Programms: „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Frankfurt am Main/ Berlin.

- Camino/ ISS, 2009a: Gesamtbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2008 – 31.08.2009 der Wissenschaftlichen Begleitung in Programmsäule 1: „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. Frankfurt am Main/ Berlin.
- Camino/ ISS, 2009b: Gesamtbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für den Berichtszeitraum 01.02.2008 bis 31.08.2009 - „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Frankfurt am Main/ Berlin.
- CJD Waren (Müritz), 2007: Konzept zur Einrichtung eines Regionalzentrums für demokratische Kultur am Standort Neubrandenburg.
- CJD Waren (Müritz): Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte. Sachbericht 01.08.2007 - 31.12.2008.
- CJD Waren (Müritz): Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte. Sachbericht 01.08.2008 - 31.03.2009.
- CJD Waren (Müritz): Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte. Sachbericht 01.01.2009 - 31.12.2009.
- Deutsches Jugendinstitut (DJI), 2009: Kurzfassung zum Ersten Zwischenbericht der Programmevaluation „VIELFALT TUT GUT“ und „kompetent. für Demokratie“: http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e6687/Zwischenbericht_DJI_Kurzfassung_2008.pdf [Abruf: 29.09.2009].
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2010: Diversity Management: integraler Bestandteil moderner Personalpolitik, in: <http://www.vielfalt-als-chance.de/index.php?id=10> [Abruf: 26.05.2010].
- Diversity als Chance - Charta der Vielfalt, in: <http://www.charta-der-vielfalt.de/content/downloads/diversity-als-chance.pdf> [Abruf: 26.05.2010].
- Esen, Ellen, 2009: Rechtsextremistinnen heute - Aktuelle Entwicklungen und Fallbeispiele, in: Braun, Stephan (Hrsg.). Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden, 208-229.
- Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern, 2007: Interessenbekundung für die Trägerschaft. Regionalzentrum für demokratische Kultur Bad Doberan.
- Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern, 2009: Regionalzentrum für demokratische Kultur Bad Doberan-Güstrow-Rostock. Sachbericht 2008.
- Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern, 2008: Regionalzentrum für demokratische Kultur Bad Doberan-Güstrow-Rostock. Sachbericht 2009.
- Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern, 2009: Rahmen- und Zielvereinbarungen 2010. Rostock.
- Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern, 2009: Regionalzentrum für demokratische Kultur Nordvorpommern-Rügen-Stralsund. Sachbericht 2008.
- Glaser, Michaela/ Schuster, Silke (Hrsg.), 2007: Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Halle.
- Günter, Thomas, 2009: Rechtliche Möglichkeiten gegen Rechtsextremismus im Internet, in: Braun, Stephan (Hrsg.). Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden, 631-646.
- Heitmeyer, Wilhelm, 2008: Abschlussbericht zur Evaluation des Landesprogramms Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz im Auftrag der Staatskanzlei Sachsen.

- Himmelfmann, Gerhard, 2004: Demokratie-Lernen: Was? Warum? Wozu? In: Edelstein, Wolfgang/ Fauser, Peter (Hrsg.): Beiträge zur Demokratiepädagogik. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“, in: <http://blk-demokratie.de/fileadmin/public/dokumente/Himmelfmann.pdf> [Abruf: 16.4.2010].
- Hövelmann, Holger/ Krems, Martin, 2009: Die Republik braucht keine Nazis. Ein Plädoyer für die wehrhafte Demokratie, in: Braun, Stephan (Hrsg.). Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden, 646-658.
- IMAG, 2008: Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“ an das Kabinett zum Themenbereich „Stärkung der Demokratie - Bekämpfung von Rechtsextremismus“ gem. Kabinettsbeschluss 21/07.
- IMAG, 2008: Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“ Kabinettsbeschluss 21/07. Power-Point-Präsentation.
- Kailitz, Steffen, 2009: Die Deutsche Volksunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtungen zu Entwicklung und ideologischem Profil, in: Braun, Stephan (Hrsg.). Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden, 109-129.
- Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises (Hrsg.), 2005: Die Legende vom Patentrezept im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen. Pädagogische, institutionelle und persönliche Handlungsstrategien. Vorträge und Ergebnisse der gleichnamigen Fachtagung vom 26.-27.11.2004 in Driedorf-Heisterberg. Wetzlar.
- Landesregierung Brandenburg, 2005: „Tolerantes Brandenburg“ - für eine starke und lebendige Demokratie. Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.
- Landtag Brandenburg, 2010: Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ gemäß Beschluss des Landtages vom 25. März 2010, Drucksache 5/632-B, „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“, Drucksache 5/1482.
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2008: Unterrichtung durch die Landesregierung. Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ Strategie der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms, Drucksache 5/1599.
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2006: Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und der Linkspartei.PDS. Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“, Drucksache 4/2169.
- Litten, Rainer, 2009: Einschränkung rechtsextremer Handlungsräume - Möglichkeiten und Grenzen des Verwaltungsrechts, in: Braun, Stephan (Hrsg.). Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden, 507-525.
- Luzar, Claudia, 2008: Strategien gegen Rechtsextremismus - eine Lehrformel?, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, 58-62.
- Lynen von Berg, Heinz, 2002: NPD - Herausforderung für die Demokratie? Berlin.
- Lynen von Berg, Heinz/ Roth, Roland (Hrsg.), 2003: Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen.
- Lynen von Berg, Heinz/ Palloks, Kerstin/ Vossen, Johannes, 2003: Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung über die Modellphase der Strukturprojekte des Programms „CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländer“. Berlin.
- Lynen von Berg, Heinz/ Palloks, Kerstin/ Steil, Armin, 2004: Pädagogische Handlungsansätze und zivilgesellschaftliches Engagement im kommunalen Raum. Kontextanalysen von Projekten zur Auseinandersetzung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Rahmen des CIVITAS-Programms. Berlin.

- Lynen von Berg, Heinz, 2005: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus - eine Frage der politischen Konjunkturen. Zur Notwendigkeit einer kritischen fachwissenschaftlichen Debatte, in: Dt. Jugend 53, 467ff.
- Lynen von Berg, Heinz 2005: Keine Patentrezepte - kritische Bilanz zu pädagogischen, institutionellen und gesellschaftlichen Handlungsstrategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt, in: Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises (Hrsg.). Die Legende vom Patentrezept im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen. Pädagogische, institutionelle und persönliche Handlungsstrategien. Vorträge und Ergebnisse der gleichnamigen Fachtagung vom 26,-27.11.2004 in Driedorf-Heisterberg. Wetzlar, 33-46.
- Lynen von Berg, Heinz/ Palloks, Kerstin, 2005: CIVITAS - ein Experiment wissenschaftlich begleitet. Ansatz und Zwischenergebnisse der Evaluierung eines Modellprogramms, in: Neue Praxis - Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, 66 ff.
- Lynen von Berg, Heinz/ Palloks, Kerstin/ Steil, Armin, 2006: Ergebnisbericht. Der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Evaluierung von CIVITAS-Projekten in kommunalen Kontexten.
- Lynen von Berg, Heinz/ Palloks, Kerstin/ Steil, Armin, 2007: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim.
- Lynen von Berg, Heinz, 2007: Gemeinwesenorientierte Beratung als Ansatz in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gewalt? Schlussfolgerungen aus der Evaluation des CIVITAS-Programms, in: Dt. Jugend 55., 322-328.
- Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, 2007a: Konzept zur Einrichtung von Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Konzeptentwurf. 07. Juni 2007.
- Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, 2007b: Aufruf zur Interessenbekundung zur Einrichtung von Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) und Mobiles Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen (MBT Sachsen) (Hrsg.): Mobile Beratung für Demokratieentwicklung. Grundlagen - Analysen - Beispiele. Berlin.
- N.N., 2010: Rahmenpapier zu Professionalität und Qualitätsstandards für die Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus und Stärkung demokratischer Kultur. vorläufiges Arbeitspapier der „Arbeitsgruppe Qualitätsstandards“ im Kontext des Programms „kompetent. für Demokratie“.
- Nestmann, Frank (Hrsg.), 2007: Das Handbuch der Beratung. Ansätze, Methoden und Felder. Tübingen.
- Palloks, Kerstin, 2007: „Große Erwartungen“ - zur Wirkungsfrage bei der Evaluation von Modellprogrammen. In: Glaser, Michaela; Schuster, Silke (Hg.): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Halle, S. 1-31.
- Palloks, Kerstin/ Steil, Armin, 2008: Von Blockaden und Bündnissen. Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen. Weinheim.
- Pfahl-Traughber, Armin, 2009: Die „alte“ und die „neue“ NPD. Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil, in: Braun, Stephan (Hrsg.). Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden, 77-91.
- RAA Mecklenburg-Vorpommern, 2007: Regionalzentrum für demokratische Kultur Südvorpommern. Interessenbekundung der RAA-MV e.V.

- RAA Mecklenburg-Vorpommern, 2007: Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg. Interessenbekundung der RAA-MV e.V.
- RAA Mecklenburg-Vorpommern, 2008: Sachbericht zum Verwendungsnachweis, Regionalzentrum für demokratische Kultur Südvorpommern, 01.08.-31.12.2007.
- RAA Mecklenburg-Vorpommern, 2008: Sachbericht zum Verwendungsnachweis, Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg, 01.08.-31.12.2007.
- RAA Mecklenburg-Vorpommern (Hg.), 2009: Im Verein - gegen Vereinnahmung. Eine Handreichung zum Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern. Waren/Müritz.
- RAA Mecklenburg-Vorpommern, 2009: Sachbericht zum Verwendungsnachweis, Regionalzentrum für demokratische Kultur Südvorpommern, 01.01.-31.12.2008.
- RAA Mecklenburg-Vorpommern, 2009: Sachbericht zum Verwendungsnachweis, Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg, 01.01.-31.12.2008.
- RAA Mecklenburg-Vorpommern, 2010: Sachbericht zum Verwendungsnachweis, Regionalzentrum für demokratische Kultur Südvorpommern, 01.01.-31.12.2009.
- RAA Mecklenburg-Vorpommern, 2010: Sachbericht zum Verwendungsnachweis, Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg, 01.01.-31.12.2009.
- Rieker, Peter, 2002: Aktionsprogramme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Überblick und Einschätzungen, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens 50, 30-40.
- Rieker, Peter, 2006: Prevention of right wing extremism, xenophobia and racism in European perspective. Halle.
- Rieker, Peter, 2007: Der soziale Faktor - Ergebnisse einer explorativen Untersuchung zu sozialen Beziehungen in der Evaluation von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, in: Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hrsg.). Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Halle, 150-168.
- Roth, Roland, 2003: Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Berlin.
- Roth, Roland, 2003: Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Berlin.
- Roth, Roland, 2005: Brauchen wir weiterhin Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt?, in: Simon, Titus (Hrsg.). Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen - abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt. Magdeburg, 86-100.
- Roth, Roland, 2007: Bildungs- und jugendpolitische Handlungsansätze in Kommunen. Gute Praxisbeispiele aus dem Wettbewerb "Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik".
- Roth, Roland, 2008: Ideen für eine Bundesstiftung zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, 115-121.
- Roth, Roland/ Benack, Anke, 2003: Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn.
- Roth, Roland, 2010: Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus. Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

- Schmidt, Mathias, 2009: Rechtsextreme in Kommunalparlamenten am Beispiel der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick, in: Braun, Stephan (Hrsg.). Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten. Wiesbaden, 491-507.
- Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage: <http://www.schule-ohne-rassismus.org/impressum.html> [Abruf: 14.6.2010].
- Simon, Titus (Hrsg.), 2005: Spurensuche. Fachliche und politische Konsequenzen für die Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen - abgeleitet aus der zurückliegenden Praxis in Sachsen-Anhalt. Magdeburg.
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern - Arbeitslose und Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt: <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=3678> [Abruf: 8.6.2010].
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern - Bevölkerung, Haushalte, Familien, Fläche: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/bhf/index.jsp [Abruf: 8.6.2010].
- Stöss, Richard, 2003: Möglichkeiten und Grenzen der Evaluierung von persuasiven Programmen, in: Lynen von Berg, Heinz/ Roth, Roland (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechts extremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen: Leske + Budrich, S. 95-100.
- Ulrich, Susanne/ Wenzel, Florian M./ Ketterle, Gabriele, 2003: Partizipative Evaluation. Ein Konzept für die politische Bildung. Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung.
- Wottowa, Heinrich/ Thierau, Heike, 1990: Lehrbuch Evaluation. Stuttgart/ Bern.
- Zech, Rainer, 2009: Kundenorientierte Qualitätstestierung für Beratungsorganisationen. Leitfaden für die Praxis.